

Systematischer Literaturüberblick: Teilbericht 2 des Projekts "Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention"; Abschlussbericht

Meijer, Laura; Sauermann, Pia; Henschelmann, Karl-Philipp; Lien, Shih-cheng; Milbradt, Björn; Kroiß, Anna-Lena; Sarnau, David

Veröffentlichungsversion / Published Version

Abschlussbericht / final report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Meijer, L., Sauermann, P., Henschelmann, K.-P., Lien, S.-c., Milbradt, B., Kroiß, A.-L., Sarnau, D. (2024). *Systematischer Literaturüberblick: Teilbericht 2 des Projekts "Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention"; Abschlussbericht*. München: Deutsches Jugendinstitut e.V.. <https://doi.org/10.36189/DJI202412>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-ND Lizenz (Namensnennung-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-ND Licence (Attribution-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0>

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**



Deutsches
Jugendinstitut

Abschlussbericht

Laura Meijer, Pia Sauermann, Karl-Philipp Henschelmann
Shih-cheng Lien, Björn Milbradt
unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Systematischer Literaturüberblick

Teilbericht 2 des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich
Demokratieförderung und Extremismusprävention“

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u. a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2024 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung April 2024
ISBN: 978-3-86379-516-0
DOI: 10.36189/DJI202412

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartner:
Dr. Björn Milbradt
Telefon +49 345 68178-37
E-Mail milbradt@dji.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt das veröffentlichende Institut die Verantwortung.

Berichte der Teilprojekte

Dieser Bericht ist Teil des Verbundprojekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“. Im Rahmen des Projekts wurden folgende sechs Teilberichte publiziert:

Björn Milbradt, Heinz Kindler, Mike Seckinger, Thomas Meysen

Teilbericht 1

Zentrale Befunde und Empfehlungen des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“

Laura Meijer, Pia Saueremann, Karl-Philipp Henschelmann Shih-cheng Lien, Björn Milbradt, unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 2

Systematischer Literaturüberblick

Andreas Rottach, Svenja Wielath

Teilbericht 3

Sekundäranalysen nationaler und internationaler Datenbasen

Karl-Philipp Henschelmann, Laura Meijer, Pia Saueremann
unter Mitarbeit von Anna-Lena Kroiß und David Sarnau

Teilbericht 4

Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren

Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte

Teilbericht 5

Einrichtungs- und Fachkräftebefragung der Kindertagesstätten und Schulen in Deutschland

Leon A. Brandt, Thomas Meysen (SOCLES),
Stepanka Kadera, Heinz Kindler, Susanne Witte (DJI)

Teilbericht 6

Explorative Analyse zu Bedarfen der Kinder- und Jugendhilfe

Inhalt

Zusammenfassung		6
1	Einleitung	10
2	Methodisches Vorgehen	12
3	Jugendspezifische Herausforderungen	14
3.1	Junge Menschen und Politik	14
3.1.1	Interesse an Politik und politischen Themen	14
3.1.2	Politische Kompetenzen und politisches Wissen	16
3.1.3	Politische Einstellungen und Haltungen	17
3.1.4	Politische Partizipation	19
3.2	Junge Menschen und Extremismus	21
3.2.1	Extremistische Einstellungen	21
3.2.1.1	Rechtsextreme Einstellungen	22
3.2.1.2	Islamistische Einstellungen	25
3.2.1.3	Linksextreme Einstellungen	27
3.2.2	Kontakt zu Extremismus	29
3.3	Demokratiegefährdende Phänomene	30
3.3.1	Desinformation/Fake News	30
3.3.2	Verschwörungsglaube	31
3.3.3	Hass im Netz	32
3.4	Zwischenfazit	34
4	Herausforderungen für die Fachpraxis	36
4.1	Schule	36
4.1.1	Politische Bildung als Unterrichtsfach	36
4.1.2	Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip	39
4.1.3	Politische Bildung im Rahmen einer demokratischen Schulkultur	40
4.1.4	Exkurs: Wahrnehmung von Angeboten außerschulischer politischer Bildung	41
4.2	Frühkindliche Bildung	41
4.3	Kinder- und Jugendarbeit	43
4.3.1	Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Demokratieförderung und Extremismusprävention	43
4.3.2	Streetwork im analogen und digitalen Raum	45
4.3.3	Erkennung von und Umgang mit demokratiefeindlichen/ extremistischen Haltungen	45
4.4	Hilfen zur Erziehung	46
4.5	Beratungsstrukturen	47
4.5.1	Zielgruppenerreichung	47
4.5.2	Bedingungen einer gelungenen Beratungspraxis	50
4.5.3	Beratungsergebnisse	51

4.5.4	Digitalisierung in der Beratungspraxis	52
4.6	Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe	53
4.7	Zwischenfazit	56
5	Anfeindung, Einflussnahme und politische Intervention Rechtsextremer	58
5.1	Verbreitung des Phänomens	58
5.2	Folgen und Umgang mit den Einflussnahmen, Anfeindungen und politische Interventionen von rechts	59
5.3	Zwischenfazit	60
6	Kooperationen	61
6.1	Kooperationen von Schule und außerschulischen Akteurinnen und Akteuren	61
6.2	Kooperationen zwischen Präventionsprojekten und Moscheegemeinden	62
6.3	Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteuren	63
6.4	Zwischenfazit	63
7	Fazit	65
8	Literaturverzeichnis	68
9	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	76
10	Anhang	77

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht basiert auf einem systematischen Literaturüberblick. Er fasst aktuelle empirische Forschungsbefunde zusammen, die Hinweise auf Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention erlauben.

Kapitel 3: Jugendspezifische Herausforderungen

Betrachtet werden empirische Studien, die das Verhältnis junger Menschen zu Politik und Demokratie beschreiben. Thematisiert werden die Themenbereiche politisches Interesse, politische Kompetenzen und Wissen, politische Einstellungen, politische Partizipation, extremistische Einstellungen und Kontakt zu Extremismus. Darüber hinaus werden Befunde zu den demokratiegefährdenden Phänomenen Desinformation, Verschwörungslüge und Hass im Netz präsentiert, die Aufschluss über die spezifische Relevanz dieser Phänomene für Jugendliche und junge Erwachsene geben. Zwar unterscheiden sich die in den Studien ermittelten Verbreitungsgrade, z. B. aufgrund der jeweiligen Fragestellungen und Antwortskalierungen, in der Gesamtschau sprechen die Befunde jedoch dafür, dass nicht zu vernachlässigende Anteile der jungen Menschen sich kaum für Politik interessieren, eine geringe politische Selbstwirksamkeit äußern, deutliche Defizite bezogen auf politische Kompetenzen und Wissen aufweisen, skeptisch gegenüber der Demokratie als Staatsform, unzufrieden mit demokratischen Prozessen in Deutschland sowie anfällig für extremistische und menschenfeindliche Einstellungen sind. Zudem ergeben die Befunde ein Bild einer in weiten Teilen nicht politisch aktiven Jugend, insbesondere mit Blick auf zeitaufwändigere Partizipationsformen. Des Weiteren zeigt sich, dass Desinformation und Hass im Netz für viele junge Menschen zum Alltag gehören, und zu deutlichen Verunsicherungen und Verhaltenseinschränkungen führen. Über die betrachteten Bereiche hinweg zeigt sich eine starke Abhängigkeit vom formalen Bildungsniveau, wobei Jugendliche mit einfachem Bildungsniveau jeweils stärker betroffen sind. Auch Mädchen äußern geringeres politisches Interesse, eine geringere Demokratiezufriedenheit und eine geringere Selbstwirksamkeit, obwohl sie bei einer objektiven Messung politischen Wissens besser als männliche Gleichaltrige abschneiden.

Die in diesem Kapitel berichteten Befunde verweisen auf einen grundlegenden und breiten Bedarf an politischer Bildung und Demokratieförderung, an spezifisch auf Jugendliche an nicht-gymnasialen Bildungsgängen sowie für Mädchen ausgerichteten Maßnahmen, an der Thematisierung im digitalen Raum verbreiteter demokratiegefährdender Phänomene und der Vermittlung entsprechender Handlungsstrategien im Rahmen politischer Bildung sowie an pädagogischen Maßnahmen, die exkludierenden und antidemokratischen Einstellungen entgegenwirken.

Kapitel 4: Herausforderungen für die Fachpraxis

Der Fokus liegt in diesem Kapitel auf Studien, die Aufschluss über Herausforderungen und Bedarfe der Fachpraxis geben. Es zeigt sich, dass sich die Verfügbarkeit empirischer Studien zwischen den verschiedenen Einsatzfeldern teilweise stark unterscheidet, sodass nicht für jedes Feld überhaupt oder umfängliche Bedarfsbeschreibungen vorliegen. Auf Basis der betrachteten Studien ergeben sich Hinweise für die Felder Schule, frühkindliche Bildung, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, verschiedene Beratungsstrukturen sowie Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe. Mit Bezug auf die Institution Schule, die unter den betrachteten Feldern die größte Reichweite im Sinne der Zielgruppenerreichung hat und zu der unter den betrachteten Feldern die meisten Studien vorliegen, wird zwischen politischer Bildung als Schulfach, als fächerübergreifendes Thema und im Rahmen einer demokratischen Schulkultur differenziert. Neben einer Vernachlässigung des Grundschulbereichs deutet sich hier an, dass Umfang und Qualität politischer Bildung vom Bildungsgang abhängt, wobei nicht-gymnasiale Bildungsgänge im Nachteil sind. Über verschiedene Bereiche hinweg zeigen sich Unsicherheiten der Fachpraxis zum adäquaten Umgang mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen der Zielpersonen oder deren Eltern. Als ausbaufähig erweisen sich demokratische Beteiligungsangebote, die das Erfahren von Demokratie ermöglichen, in den Bereichen Schule, frühkindliche Bildung und Kinder- und Jugendarbeit. Auch das Erreichen bestimmter Zielgruppen stellt für die verschiedenen Kontexte der Fachpraxis eine Herausforderung dar. Für Fachberatungsstellen im Bereich Extremismus zeigen sich verschiedenartige Herausforderungen bei der Zielgruppenerreichung und das eingeschränkte und befristete Ressourcen die Arbeit der Beratungsstellen erschweren. Außerdem zeigt sich, dass sich nur eine Minderheit direkt an Beratungsstrukturen zu Extremismus wenden würde. Deutlich wird darüber hinaus die gestiegene Bedeutung digitaler Räume. Für den Strafvollzug stellen mehrere Studien die Bedeutung von politischer Bildungsarbeit heraus, die auf die spezifischen Voraussetzungen zugeschnitten sind, sowohl mit Blick auf die Lebenssituationen als auch auf das Spannungsfeld, das politische Bildungsprozesse unter Haftbedingungen innewohnt.

Über alle Schularten hinweg werden aus den Befunden Bedarfe an gesicherter schulischer politischer Bildung, sowohl als Unterrichtsfach als auch als fächerübergreifendes Prinzip und im Rahmen einer demokratischen Schulkultur, sichtbar. Weiterhin bedarf es Fortbildungen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention für die Fachpraxis der betrachteten Einsatzfelder, insbesondere zum Umgang mit extremistischen Einstellungen und zur Integration von Beteiligungsangeboten im Rahmen der pädagogischen Arbeit, sowie flächendeckende Angebote der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug. Für die Beratungsstrukturen zeigen sich Bedarfe nach einer gesteigerten öffentlichen Sichtbarkeit, nach der Weiterentwicklung digitaler Beratungsangebote sowie der ausreichenden Finanzierung von Daueraufgaben.

Kapitel 5: Anfeindung, Einflussnahme und politische Interventionen Rechtsextremer

Berichtet werden empirische Befunde, welche die Verbreitung rechtsextremer Einflussnahmen, Anfeindungen und Interventionen sowie ihre Folgen beschreiben und diskutieren. Die Organisationen berichten von verbalen Angriffen, Bedrohungen, rassistischer und rechtsextremer Gewalt und Einschränkungsversuchen durch rechtsextreme Gruppen oder Einzelpersonen, die ihnen im Rahmen ihrer beruflichen Praxis begegnen. Darüber hinaus wird die Arbeit der Fachkräfte durch politische Interventionen infrage gestellt, z. B. in Form parlamentarischer Anfragen. Der Umgang mit rechten Aktivitäten erweist sich als ressourcenintensiv und erfordert Expertise, Supervision sowie Vernetzungen in regionale und überregionale Strukturen.

Die Studien verweisen auf Bedarfe an der Vermittlung von Wissen und Handlungsstrategien, Ressourcen und Unterstützungsstrukturen, sodass Fachkräfte in den betroffenen Strukturen souverän auf rechte Anfeindungen, Einflussnahmen und politische Interventionen reagieren können.

Kapitel 6: Kooperationen

Zwar stellen Kooperationen kein zentrales Thema der Literaturrecherche dar, in einigen der betrachteten Studien werden jedoch Potentiale und Schwierigkeiten von Kooperationen und Vernetzung angesprochen. Dazu gehören Kooperationen zwischen Schule und außerschulischen Akteurinnen und Akteuren, zwischen Präventionsprojekten im Feld islamistischer Extremismus und Moscheegemeinden und zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteuren. Es zeigt sich, dass Kooperationen mit außerschulischen Akteuren, wie z. B. mit Politikerinnen und Politikern oder Menschenrechtsorganisationen, vor allem an Gymnasien und an den höheren Jahrgangsstufen bestehen, und dass die Netzwerkarbeit durch fehlende strukturelle Verankerung, knappe personelle, monetäre und zeitliche Ressourcen sowie mangelnde Transparenz erschwert wird. Die Zusammenarbeit zwischen Präventionsprojekten und Moscheegemeinden gestaltet sich, u. a. durch die Befürchtung der Moscheegemeinden vor staatlicher oder gesellschaftlicher Stigmatisierung und eine negative Konnotation der jetzigen Präventionspraxis unter Vertreterinnen sowie Vertretern muslimischer Gemeinschaften, schwierig. Bei Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteurinnen und Akteuren liegen die Herausforderungen in eingeschränkten Informationsflüssen, in sich entgegenlaufenden Handlungslogiken und fehlenden Austauschformaten.

Entsprechend ergibt sich ein Bedarf schulische Vernetzungen strukturell zu verankern, personelle und monetäre Ressourcen bereitzustellen und Informationen über Fördermöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, bei der Zusammenarbeit mit Moscheen auf Transparenz und Mitbestimmung bei der Umsetzung von Maßnahmen zu setzen und Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren im Rahmen von Austauschformaten zu stärken.

Fazit

In einem abschließenden Kapitel werden kapitelübergreifende und wiederkehrende Tendenzen, Herausforderungen und Themen zusammengefasst sowie Empfehlungen für die Steuerung und Praxis der Demokratieförderung und Extremismusprävention abgeleitet.

1 Einleitung¹

Eine Vielzahl an wissenschaftlichen und praxisorientierten Publikationen widmet sich Phänomenen, Problemlagen oder Herausforderungen, die für die Bereiche der Demokratieförderung und Extremismusprävention aufschlussreich sind. Für einen Überblick, welche Themen und Fragestellungen bereits beforscht wurden und welche Bedarfe sich daraus ableiten lassen, wurde im Rahmen des Projekts „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ der vorliegende systematische Literaturüberblick erstellt. Dafür wurden bereits publizierte Forschungsergebnisse zu zwei Themenkomplexen gesichtet und systematisiert: 1) Jugendspezifische Herausforderungen: hierzu gehören einerseits demokratiekritische oder extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen und andererseits Phänomene, mit denen junge Menschen konfrontiert sind und die aus demokratischer Sicht problematisch sind oder werden können; und 2) Herausforderungen für die Fachpraxis, die mit jungen Menschen arbeitet: hier geht es sowohl um Herausforderungen bei der Umsetzung demokratiefördernder Maßnahmen als auch um den Umgang mit demokratiekritischen oder extremistischen Haltungen und Verhaltensweisen. Ziel dieses Vorgehens ist es, relevante Informationen für verschiedene Stakeholder wie Ministerien, Träger und Projekte zu erarbeiten, so dass gesellschaftliche Herausforderungen bearbeitet und die Leerstellen von Angeboten der Demokratieförderungen und politischen Bildung angegangen werden können.

Der vorliegende Bericht und der ihm zugrundeliegende systematische Literaturüberblick wurden in der Zeit zwischen Projektbeginn im November 2022 und Juni 2023 erstellt. Aufgrund der knappen Zeitplanung bei gleichzeitiger Fülle an relevanten Studien und Fachartikeln erhebt er nicht den Anspruch, eine erschöpfende Übersicht zu bieten. Diese wäre auch bei deutlich längerer Laufzeit nicht erreichbar. Gleichwohl lassen sich aus den Analysen Tendenzen ableiten und Empfehlungen formulieren, die empirisch fundiert und belastbar sind. Die Analysen dienen nicht nur der Information von Programmgebenden und Fachpraxis, sondern tragen dazu bei, sich über den Stand der empirischen Forschung zu vergewissern sowie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verbreitern und zu vertiefen. Im Verlauf des Projektes „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ dienten sie außerdem dazu, die folgenden qualitativen und quantitativen empirischen Primärerhebungen und -auswertungen zu unterstützen und zu fundieren.

Wichtig zu betonen an dieser Stelle ist, dass die Begriffe Demokratieförderung und politische Bildung im Diskurs nicht immer trennscharf verwendet werden, dies betrifft auch angrenzende Begriffe wie Demokratiebildung, Demokratielernen oder Demokratiepädagogik. Im vorliegenden Bericht wird Demokratieförderung als

1 Wir danken Susanne Timling für die sprachliche Überarbeitung und die formale Redaktion des Berichts.

übergreifendes Konstrukt betrachtet; auf eine größere Begriffsdiskussion, auch bezogen auf Abgrenzungen zu Extremismusprävention, wird verzichtet. Im Text werden, weitgehend, die Verwendungsweisen aus den betrachteten Studien übernommen. Eine ausführliche Betrachtung solcher Begriffsfragen findet sich beispielsweise im 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 2020).

Der Bericht ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 2 wird das methodische Vorgehen erläutert. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse dargestellt. Das Kapitel zu jugendspezifischen Herausforderungen (Kapitel 3) befasst sich mit dem Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zu Politik und Demokratie. Es werden empirische Befunde aus der Umfrageforschung hinsichtlich ihrer Implikationen für Maßnahmen der Demokratieförderung und der Extremismusprävention ausgewertet sowie Herausforderungen in diesen Bereichen herausgestellt. Gegliedert ist das Kapitel inhaltlich in Junge Menschen und Politik (Abschnitt 3.1), Junge Menschen und Extremismus (Abschnitt 3.2) sowie Demokratiegefährdende Phänomene (Abschnitt 3.3). Abschließend werden zusammenfassend Bedarfe herausgestellt (Abschnitt 3.4). Daran anschließend folgt das Kapitel Herausforderungen für die Fachpraxis (Kapitel 4). Gegliedert nach Professionen werden jeweils Problematik, Herausforderungen und Bedarfe beschrieben. Dabei werden Erkenntnisse bezüglich der Demokratieförderung und der Extremismusprävention für die Kontexte Schule (Abschnitt 4.1), Frühkindliche Bildung (Abschnitt 4.2), Kinder- und Jugendarbeit (Abschnitt 4.3), Hilfen zur Erziehung (Abschnitt 4.4), Beratungsstrukturen (Abschnitt 4.5) und Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe (Abschnitt 4.6) betrachtet. Das Kapitel schließt mit kontextübergreifenden Bedarfen (Abschnitt 4.7). Die Kapitel Anfeindung, Einflussnahme und politische Interventionen (Kapitel 5) und Kooperationen (Kapitel 6) verhandeln jeweils vertieft die bereichsübergreifenden Themengebiete mit der Perspektive auf Demokratieförderung und Extremismusprävention. Der Anhang enthält eine Übersicht über Eckdaten der im Rahmen des Literaturüberblicks referierten Studien.

2 Methodisches Vorgehen

Der Literaturüberblick zielt im Rahmen des Gesamtprojektes darauf ab, Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention aus dem bereits bestehenden Forschungsstand abzuleiten. Herangezogen werden wissenschaftliche Beiträge, die einerseits eine hohe Aktualität aufweisen und andererseits empirisch fundiert sind. Da sich nur sehr wenige Studien explizit auf Bedarfe beziehen, wird zunächst ein sehr breiter Blick auf die jüngere Forschung zum Verhältnis junger Menschen zu Politik im Allgemeinen als auch zu Extremismus sowie zu politischer Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention in und außerhalb von Regelstrukturen geworfen und untersucht, inwieweit sich die Ergebnisse als Bedarfe interpretieren lassen.

Die Datengrundlage dieses Berichts bildet vorrangig Literatur, die anhand einer systematischen Datenbanksuche gefunden wurde. Hierzu wurden in einem ersten Schritt Suchstrings entwickelt. Diese setzten sich jeweils aus zwei Schlagwortgruppen zusammen: einer Schlagwortgruppe zum Themenbereich Demokratieförderung² oder Extremismusprävention³ und einer Schlagwortgruppe entweder zu Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen oder zu einer der Regelstrukturen. Dabei wurde der Begriff Regelstruktur relativ weit gefasst und umfasst neben den Regelstrukturen des SGB VIII auch weitere soziale Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für Personen außerhalb der Regelungstatbestände des SGB VIII⁴. Insgesamt handelte es sich um 36 Suchstrings. Nach einem stichprobenartigen Test in unterschiedlichen Datenbanken, wurde sich für eine Suche in der wissenschaftlichen Suchmaschine BASE (Bielefeld Academic Search Engine) entschieden. Das lag vor allem darin begründet, dass für die Beantwortung unserer Fragestellungen gerade auch nicht-peer-reviewte Studien, wie z. B. Projektevaluationen und Forschungsberichte, relevant sind, die jedoch nicht in jeder Datenbank gleichermaßen enthalten sind. Die Liste der Artikel aus der systematischen Suche wurde anhand der Zusammenfassungen gesichtet. Nur empirische Studien, die ab dem Jahr 2015 veröffentlicht und deren Empirie in Deutschland ab dem Jahr 2012 erhoben wurde, wurden in

2 Genutzte Schlagwörter: Demokratieförderung, Demokratiepädagogik, Demokratiebildung, „politische Bildung“, „Demokratie-Lernen“, Demokratielernen, Demokratieerziehung, „Demokratie-Erziehung“, Demokratiekompetenz, Demokratiedidaktik „Politischer Unterricht“

3 Genutzte Schlagwörter: Extremismus*, rechtsextrem*, linksextrem*, rechtspopulis*, linkspopulis*, Islamismus*, „islamischer Fundamentalismus“, „islamischen Fundamentalismus“, „islamistischer Terrorismus“, „islamistischen Terrorismus“, Salafis*, Radikalisierung*, Querdenker*, Reichsbürger*, Delegitimierer*, „Hass im Netz“, „Hate Speech“, Verschwörung*, Falschnachricht, Desinformation, Falschinformation

4 Suchstrings wurden entwickelt zu: außerschulische Kinder- und Jugend sowie Jugendverbandsarbeit, Sozialarbeit, Hilfe zur Erziehung und Familienberatung/-bildung, Kindertagesbetreuung, Jugendämter, Jugendgerichtshilfe, Schule, Strukturen der Beratung, Einrichtungen und Dienste gemäß anderer Sozialgesetzbücher, Einrichtungen und Dienste der Rechtspflege/Strafverfolgung/Bewährungshilfe, Aus-/Fort-/Weiterbildungseinrichtungen, Strukturen der außerschulischen Bildung und Kultur, ehrenamtliche Engagement-Struturen und Wohlfahrtsverbände, Vereinsstrukturen außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe, Selbst(hilfe)organisationen, Interessenvertretungsstrukturen, jugendpolitische Strukturen.

den ersten Korpus aufgenommen. Dies ergab, nach Abzug von Duplikaten, 523 Artikel. Ein Schneeballverfahren ergab weitere 81 Artikel. Im nächsten Schritt wurden die Artikel im Volltext gelesen und im Hinblick auf ihre Relevanz für die Fragestellung gefiltert. Aussortiert wurden u. a. Studien, die normativ oder konzeptionell orientiert sind und keine empirischen Daten enthalten, die sich auf Erhebungen vor dem Jahr 2012 beziehen, deren Befunde keine Hinweise auf Bedürfnisse oder Bedarfe der Demokratieförderung oder Extremismusprävention enthalten⁵ und die Teil einer Studienreihe sind, von der bereits aktuellere Versionen vorliegen. Zudem wurde aufgrund der Zeitknappheit für den Bereich „Herausforderungen der Fachpraxis“ der Fokus auf die zentralen Bereiche Schule, frühkindliche Bildung, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung, Beratungsstrukturen und Rechtspflege gelegt. Insgesamt fanden 153 Studien Eingang in den systematischen Literaturüberblick. Für jeden dieser Beiträge wurden das methodische Vorgehen, zentrale Ergebnisse und Empfehlungen tabellarisch dokumentiert und nach Bezug zu Regelstrukturen, Zielgruppen und Handlungsbereich systematisiert. Diese thematische Systematisierung formt die Grundlage für diesen Bericht.

Obwohl eine systematische Suche die Grundlage für die Studienauswahl bildet, kann kein Anspruch auf Vollständigkeit gegeben werden. Aufgrund eines sehr engen Zeitrahmens im Projekt war eine vertiefte Schneeballsuche und ein Vergleich mit Ergebnissen anderer Datenbanken nicht möglich. Dennoch erlauben die hier diskutierten empirischen Studien einen Einblick in die aktuellen Forschungsergebnisse und können so eine Grundlage für die bevorstehenden empirischen Bedarfsstudien im Rahmen des Projekts bieten.

5 Hierzu zählen 1) Jugendspezifische Herausforderungen: dazu gehören einerseits demokratiekritische oder extremistische Einstellungen und Verhaltensweisen junger Menschen und andererseits Phänomene, mit denen junge Menschen konfrontiert sind und die aus demokratischer Sicht problematisch sind oder werden können; und 2) Herausforderungen für die Fachpraxis, die mit jungen Menschen arbeitet: hier geht es sowohl um Herausforderungen bei der Umsetzung demokratiefördernder Maßnahmen als auch um den Umgang mit demokratiekritischen oder extremistischen Haltungen und Verhaltensweisen.

3 Jugendspezifische Herausforderungen

Aus dem Verhältnis Jugendlicher und junger Erwachsener zu Politik und Demokratie lassen sich zentrale Implikationen für Maßnahmen der Demokratieförderung, Extremismusprävention und der politischen Bildung ableiten. Insbesondere die Umfrageforschung liefert – im Rahmen themenspezifischer Studien oder breit angelegter Surveys – regelmäßig Daten, die verschiedene Aspekte dieses Verhältnisses beschreiben. Im Folgenden liegt der Fokus auf empirischen Befunden bereits publizierter Studien, die sich als Herausforderungen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention interpretieren lassen. Hierzu gehören einerseits spezifische Kennzahlen, wie beispielsweise Verbreitungsgrade demokratiegefährdender Haltungen und Einstellungen, und andererseits Phänomene, mit denen junge Menschen konfrontiert sind und die aus demokratischer Sicht problematisch sind oder werden können.

Dieses Kapitel gliedert sich wie folgt: Zunächst wird ein problemorientierter Blick auf das Verhältnis junger Menschen zu Politik geworfen (3.1). Abschnitt 3.2 geht dann auf die Verbreitung von und den Kontakt zu extremistischen Einstellungen unter jungen Menschen ein. Im Anschluss werden spezifische demokratiegefährdende Phänomene verhandelt (3.3). Ein Zwischenfazit (3.4) schließt das Kapitel ab.

3.1 Junge Menschen und Politik

Das Verhältnis junger Menschen zur Politik wird im Folgenden zunächst anhand von Kennzahlen zu politischem Interesse, politischem Wissen, politischen Kompetenzen, politischen Einstellungen und politischer Partizipation beschrieben. Ergänzt werden diese jeweils um differenziertere Analysen, beispielsweise zu Zusammenhängen mit soziodemografischen Merkmalen, und sofern vorhanden um Befunde aus qualitativen Studien.

3.1.1 Interesse an Politik und politischen Themen

Repräsentativ angelegte Umfragestudien geben Hinweise darauf, dass ein nicht zu vernachlässigender Anteil der jungen Bevölkerung eine große Distanz zur Politik und zu politischen Themen aufweist. Die Schätzungen dieses Anteils variieren je nach Operationalisierung (Frageformulierung und Antwortmöglichkeiten) und befragter Bevölkerungsgruppe.

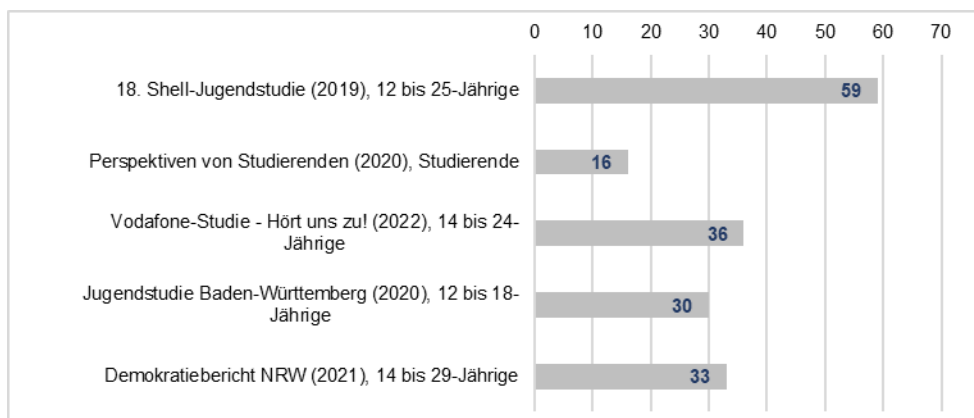
In der Shell-Jugendstudie (2019; N=2.572), der Vodafone-Studie (2022; N=2.124) und im Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in NRW (2021; Teilstichprobe der 14- bis 29-Jährigen: N=ca. 210) werden vierstufige Items zu politischem Interesse eingesetzt. In Abb. 3.1 abgebildet, ist der Anteil der Kategorie „wenig oder gar kein Interesse an Politik“ (die Vodafone-Studie und der Demokratiebericht NRW besitzen hier eine „weiß nicht“ Kategorie). In der Studie Perspektiven

von Studierenden (N= 4.559) werden fünfstufige Items eingesetzt, abgebildet sind hier die jeweiligen Anteilswerte für die beiden niedrigsten Kategorien „wenig“ oder „überhaupt nicht“ des Vorhandenseins politischen Interesses. Die Jugendstudie Baden-Württemberg (2020; N=2.311) verwendet ein dreistufiges Item: „Wie wichtig sind dir politische Themen“ von „sehr wichtig“ über „wichtig“ bis „unwichtig“, angegeben ist die Kategorie „unwichtig“. Die unterschiedlichen Antwortmöglichkeiten und die unterschiedlichen einbezogenen Altersgruppen sind bei der Interpretation der Befunde zu berücksichtigen.

Die Abb. 3.1 enthält die jeweiligen Anteilswerte junger Menschen, die sich nicht für Politik interessieren. Die genannten repräsentativen Studien weisen demnach darauf hin, dass mindestens ein Drittel der jungen Menschen sich wenig bis gar nicht für Politik interessiert. Lediglich Studierende geben seltener an, sich nicht für Politik zu interessieren (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 39).

Die in regelmäßigen Abständen durchgeführten Shell-Jugendstudien lassen erkennen, dass der Anteil der politisch uninteressierten Jugendlichen zwischen den Nullerjahren und 2015 zwar deutlich gesunken ist, aber seither auf noch immer hohem Niveau von 59% stagniert (Schneekloth/Albert 2019, S. 49–50).

Abb. 3.1: Anteilswerte zu politischem Desinteresse aus ausgewählten aktuellen Studien, in Prozent



Quelle: Eigene Darstellung

Die im Rahmen des Literaturüberblicks analysierten Studien deuten durchgängig darauf hin, dass politisches Interesse in starkem Maße mit (formaler) Bildung korreliert. Beispielsweise beurteilen Hauptschüler:innen und Werkrealschüler:innen im Rahmen der Jugendstudie Baden-Württemberg 2020 politische Themen häufiger als für sie unwichtig als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (39% vs. 22%) (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 57) und von den befragten 14- bis 24-Jährigen der Vodafone-Jugendstudie „Hört uns zu!“ geben 49% derjenigen mit formal niedriger Bildung an, sich eher oder gar nicht für Politik zu interessieren (formal höher Gebildete: 18%) (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 4). Auch an beruflichen Schulen bezeichnen sich Schüler:innen als weniger politisch interessiert als an Gymnasien und anderen Allgemeinbildenden Schulen mit höheren Jahrgängen (Achour/Wagner 2019, S. 106). Überdies weisen Schüler:innen, deren Eltern einen

hohen Bildungsgrad haben und in deren Haushalt eher hohes kulturelles Kapital in Form von Büchern vorhanden ist, ein höheres politisches Interesse auf (Achour/Wagner 2019, S. 107).

Weiterhin zeigt sich, dass Mädchen und junge Frauen deutlich häufiger politisch desinteressiert sind als Jungen und junge Männer (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 5; Achour/Wagner 2019, S. 108–109) und dass das politische Interesse mit zunehmendem Alter ansteigt (LpB NRW 2021, S. 39; Achour/Wagner 2019, S. 107). Hinweise auf Unterschiede nach Migrationshintergrund finden sich nicht (Achour/Wagner 2019, S. 109).

Bezogen auf die Themenspezifik des politischen Interesses junger Menschen, deuten sich in der betrachteten Literatur zwei Tendenzen an: Jugendliche interessieren sich eher für weniger komplexe und lebensnahe Themen (Soßdorf 2016, S. 286), bei Studierenden zeigt sich hingegen ein Interesse an internationaler Politik, globalen Themen wie Umweltverschmutzung sowie großen Konfliktthemen und Gerechtigkeitsfragen, aber weniger an lokalen und nationalen Themen (Knopke/Krüger/Siri 2017, S. 16).

3.1.2 Politische Kompetenzen und politisches Wissen

Mündige Bürgerschaft und aktive politische Teilhabe setzen ein breites Spektrum an Kompetenzen, wie politische Urteils- und Handlungsfähigkeit sowie politisches Wissen, voraus. Während politisches Wissen durch Wissenstests zumindest näherungsweise gemessen werden kann, werden politische Kompetenzen häufig in Form von subjektiven Einschätzungen der Befragten erhoben.

Subjektive Kompetenzeinschätzungen werden häufig im Rahmen von Skalen der internalen politischen Selbstwirksamkeit erhoben, die auf politische Kompetenzüberzeugungen abzielen und somit „auf das Maß, in dem Heranwachsende glauben, innerhalb des Systems zielgerichtet handeln zu können“ (Jasper/Ziemes/Abs 2017, S. 114). Im Rahmen der International Civic and Citizenship Education Study (ICCE) sollten die teilnehmenden Achtklässler:innen in 24 Ländern (in Deutschland hat nur Nordrhein-Westfalen teilgenommen) bewerten, wie gut sie sieben politikbezogene und altersangemessene Aktivitäten ausführen können (z. B. den eigenen Standpunkt zu einem politischen Problem vertreten, eine Schülergruppe organisieren, um Veränderungen an der Schule zu erreichen und einer Fernsehdebatte über ein umstrittenes Problem folgen). Je nach Item liegt der Anteil der Schüler:innen, die ihre Fähigkeiten als „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen zwischen 43% und 59% (Jasper/Ziemes/Abs 2017, S. 116). Verglichen mit dem Mittelwert der europäischen Vergleichsländer schätzen die Jugendlichen in NRW ihre Fähigkeiten signifikant weniger gut ein, die Differenz ist allerdings gering. Aus einer Erhebung mit Schülerinnen und Schülern der 9. bis 13. Jahrgangsstufe, in der eine leicht modifizierte Skala verwendet wurde, zeigt sich überdies, dass die Schüler:innen aller Jahrgangsstufen und Schulformen ihre Fähigkeit, in den sozialen Medien etwas zu politischen Themen zu posten, am kritischsten bewerten (Achour/Wagner 2019, S. 140–143). In einer Befragung zur politischen Interessensvertretung junger Menschen stimmen 50% der 14- bis 24-Jährigen Befragten „voll und ganz“ oder „eher zu“, dass es ihnen

schwerfällt, zu verstehen wie Politik in Deutschland funktioniert (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 12). Deutliche Unterschiede zeigen sich hierbei zwischen Befragten mit formal niedriger und formal hoher Bildung (62% vs. 30%) sowie zwischen weiblichen und männlichen Befragten (58% vs. 42%). Es gibt Hinweise auf eine höhere Selbstwirksamkeit unter Studierenden: Bei einer Befragung stimmen nur 12% „gar nicht“ oder „wenig“ zu, politische Fragen zu verstehen und sich an Gesprächen zu politischen Fragen beteiligen zu können, weitere 30% stimmen zumindest „etwas zu“ (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 40).

Neben der subjektiven Einschätzung politischer Kompetenzen, wurden in der ICCE-Studie auch Tests zur Erfassung politischen Wissens in den vier Inhaltsbereichen Zivilgesellschaft und Systeme, gesellschaftliche Werte, Partizipation und Identität durchgeführt (Hahn-Laudenberg/Abs 2017). Anhand der Testergebnisse lassen sich die Schüler:innen vier verschiedenen Kompetenzstufen zuordnen (Basisstufe, Kompetenzstufen I – III). In Nordrhein-Westfalen erreicht ein mit anderen europäischen Ländern vergleichbarer Anteil von 93% der teilnehmenden Achtklässler:innen die Kompetenzstufe I und ist somit vertraut mit grundlegenden demokratischen Prinzipien (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 97). Der Anteil an Schüler:innen, die die höchste Kompetenzstufe erreichen, liegt mit 31% hingegen deutlich unter dem europäischen und internationalen Vergleichswert (40% bzw. 35%) (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 96). Die Autorinnen und Autoren schlussfolgern, dass es „im Vergleich zu anderen westeuropäischen und skandinavischen Ländern seltener gelingt, Schüler*innen ein Verständnis für politische Prozesse und Zusammenhänge zu eröffnen und Fähigkeiten auszubilden, die als Ausweis eigenständiger Urteilskompetenz gelten können“ (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 97). Als weiteres Spezifikum der Verteilung politischen Wissens wird in der ICCE-Studie die starke Abhängigkeit vom kulturellen Kapital der Familie herausgestellt, die lediglich in einem der 24 teilnehmenden Länder höher ist (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 102). Somit attestieren die Daten ein unterdurchschnittliches politisches Wissensniveau bei vergleichsweise starken herkunftsbedingten Disparitäten (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 103–104). Überdies zeigt sich ein Wissensvorsprung von Mädchen sowie von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Hahn-Laudenberg/Abs 2017, S. 99).

3.1.3 Politische Einstellungen und Haltungen

Für das demokratische Zusammenleben ist es wichtig, dass die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder die demokratischen Prinzipien und Werte unterstützt. Im Folgenden werden Einstellungen und Haltungen thematisiert, die eine Distanz zu oder Ablehnung von diesen Prinzipien widerspiegeln. Darüber hinaus werden Befunde präsentiert, die nicht auf eine Ablehnung der Demokratie an sich, sondern auf Unzufriedenheit mit deren Umsetzung und Misstrauen gegenüber politischen Institutionen hindeuten. Einstellungen, die einen elementaren Bestandteil extremistischer Weltbilder darstellen, werden im Abschnitt 3.2.1 diskutiert.

Bei einer Befragung im Rahmen der Studie „Extrem einsam?“ zeigt sich, dass 30% der jungen Menschen im Alter von 16 bis 23 Jahren die Demokratie nicht als beste Staatsform erachten (Das Progressive Zentrum 2023, S. 49). Diese Einschätzung

unterscheidet sich nach Bildungsposition: In einer etwas älteren Schüler:innen-Befragung, die insgesamt auf eine niedrigere Ablehnung der Demokratie hindeutet, halten 5% der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und 14% der Schüler:innen anderer allgemeinbildender Schularten die Demokratie nicht für die beste Staatsform (Achour/Wagner 2019, S. 121).

Für die Bewertungen nicht der Demokratie an sich, sondern deren Umsetzung in Deutschland, existieren verschiedene Schätzungen: In der Shell-Jugendstudie aus der Zeit vor der Coronapandemie geben 20% der 15- bis 25-Jährigen an, mit der Demokratie in Deutschland sehr oder eher unzufrieden zu sein (Schneekloth/Albert 2019, S. 91), in der ebenfalls vor der Coronazeit durchgeführten Jugendstudie Baden-Württemberg 22% der 12- bis 18-Jährigen (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 59) und in der Vodafone-Studie „Hört uns zu“ sogar 50% der 14- bis 24-Jährigen (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 13). In der „Extrem-Einsam?“-Studie stimmen 42% der 16- bis 23-jährigen Teilnehmenden nicht zu, dass das demokratische System in Deutschland gut funktioniert (Das Progressive Zentrum 2023, S. 49). Die Befunde deuten auf eine höhere Unzufriedenheit bei formal niedrigerer Bildung (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 13; Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 60; Achour/Wagner 2019, S. 120–122) sowie bei jungen Frauen hin (Vodafone Stiftung Deutschland 2022).

Im Rahmen der Shell-Jugendstudie werden die Teilnehmenden mit (rechts)populistischen Statements konfrontiert. Deutlich wird, „dass populistische Argumentationsmuster auch bei Jugendlichen anschlussfähig sind und auf Zustimmung treffen“ (Schneekloth/Albert 2019, S. 77). Die Zustimmungswerte variieren je nach Statement und reichen von 68% („In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“) bis 22% („Deutschland wäre ohne die EU besser dran“) (ebd.). Die Autoren gruppieren die Befragten anhand ihrer Zustimmungsmuster und kommen zu dem Schluss, dass unter den Jugendlichen etwa 24% zu den Populismuseigenen und weitere 9% zu den Nationalpopulisten zählen (Schneekloth/Albert 2019, S. 80). Es zeigt sich eine starke Abhängigkeit von der Bildungsposition und der Herkunftsschicht: Jugendliche mit niedriger Bildungsposition und/oder Herkunftsschicht gehören deutlich häufiger zu den Populismus-Eigenen oder Nationalpopulisten und männliche Jugendliche finden sich in dieser Gruppe etwas häufiger als weibliche Jugendliche (Schneekloth/Albert 2019, S. 82).

Studien, die nach dem Vertrauen in zentrale politische und staatliche Institutionen fragen, attestieren den Jugendlichen insgesamt ein hohes Vertrauen (Schneekloth/Albert 2019, S. 93), das (mit Ausnahme des Vertrauens in das Bildungssystem) auch über dem europäischen Durchschnitt liegt (Ziemes u. a. 2017, S. 176 ff.). Der ICCE zufolge, an der für Deutschland nur NRW teilgenommen hat, haben junge Menschen das höchste Vertrauen in die Polizei und Gerichte (jeweils über 85% vertrauen diesen Institutionen „sehr“ oder „etwas“) (Ziemes u. a. 2017, S. 178). Auch der Bundesregierung, dem Stadt- oder Gemeinderat und der Regierung in NRW vertraut eine überwiegende Mehrheit von ungefähr 80% und mehr. Dem Bundestag, der Bundeswehr und dem Schulsystem vertrauen über 70% der Befragten. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen hingegen die politischen Parteien (61%) (Ziemes u. a. 2017, S. 176). Aus der Shell-Jugendstudie geht hervor,

dass Jugendliche Banken, Parteien, Kirchen und großen Unternehmen das geringste Vertrauen entgegenbringen (Schneekloth/Albert 2019, S. 93). Johanna Ziemes u. a. weisen darauf hin, dass ein hohes Vertrauen zwar grundsätzlich notwendig ist, im Sinne einer diffusen Unterstützung der Demokratie und politischer Institutionen, dass es aber auch „konzeptuell verbunden sein [kann] mit einer möglichen Rechtfertigung für politische Inaktivität, da davon ausgegangen wird, dass eigene Anliegen auch ohne weitere Anstöße angegangen werden“ (Ziemes u. a. 2017, S. 173).

3.1.4 Politische Partizipation

Viele Befragungen zielen darauf ab, das Ausmaß und die Form aktiver politischer Partizipation junger Menschen zu erfassen. Je nach Fragestellung resultieren dabei Kennzahlen zu verschiedenen Facetten politischer Partizipation, die jedoch jeweils nur einen kleinen Ausschnitt beleuchten. Die referierten Studien und verwendeten Daten operieren mit einem breiten Partizipationsbegriff, der sich nicht auf institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung beschränkt. Betrachtet werden Aktivitäten junger Menschen, die sowohl freiwillig ausgeführt werden als auch intentional auf eine Beeinflussung verschiedener Ebenen des politischen Systems gerichtet sind (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b; siehe auch Kaase 2000). Inwieweit diese tatsächlich einen Einfluss zeigen, wird nicht berücksichtigt.

So geben 17% der in der JuPe-Studie (Perspektiven von Jugendlichen) befragten Neuntklässler:innen an, schon mindestens an einer Demonstration oder Kundgebung teilgenommen zu haben, wobei am häufigsten Demonstrationen „gegen rechts“ genannt werden, dicht gefolgt von den Themen „Tierschutz und Umwelt“ sowie „Verbesserung von Schule und Bildung“ (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 21). In der StuPe-Studie (Perspektiven von Studierenden) werden die Befragten allgemeiner gefragt, für welches Thema sie „aktiv“ sind. Den Ergebnissen zufolge sind 39% der Studierenden „manchmal“ oder „oft“ für die Interessen junger Leute aktiv und 38% für „Tierschutz und Umwelt“ (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 34). Weiterhin weisen Befragungsergebnisse aus NRW darauf hin, dass Jugendliche und junge Erwachsene (14 bis 29 Jahre) am häufigsten schon mal bei einer Unterschriftensammlung unterschrieben (72%), an einer genehmigten Demonstration teilgenommen (38%) oder bei einem Boykott mitgemacht (32%) haben (LpB NRW 2021, S. 42). Die Shell-Jugendstudie verzeichnet einen leichten Rückgang des Engagements, insbesondere mit Blick auf die Gruppe der Nicht-Engagierten, deren Anteil von 23% (2002) auf 31% (2019) gestiegen ist (Schneekloth/Albert 2019, S. 98). In der Fragestellung wird allerdings nicht zwischen politischem und sozialem Engagement unterschieden.

Im Rahmen der International Civic and Citizenship Education Study (ICCE), für die in Deutschland nur NRW teilgenommen hat, wird nicht die tatsächliche, sondern die beabsichtigte politische Partizipation der befragten Achtklässler:innen erfasst. Hervorzuheben ist, dass die Befunde sich einerseits durch eine breite Erfassung und eine Klassifizierung verschiedener Partizipationsformen sowie durch die Möglichkeit eines Vergleichs mit anderen, insbesondere europäischen Ländern auszeichnen. Für die staatsbürgerliche Partizipation (Teilnahme an Wahlen, Informieren über Kandidaten) zeigt sich durchweg eine im europäischen Vergleich geringe

Bereitschaft. Beispielsweise planen 72% die Teilnahme an nationalen Wahlen, während dies in den anderen europäischen Ländern durchschnittlich 85% tun (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 211).

Bezogen auf Unterschiede nach Geschlecht und Migrationshintergrund, lassen sich keine eindeutigen Muster identifizieren. Es gibt Hinweise, dass Mädchen zwar eine etwas höhere Bereitschaft zur Partizipation aufweisen (Achour/Wagner 2019, S. 135), aber etwas seltener faktisch politisch partizipieren (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 55). Studien, die das Engagement für politische und soziale Ziele in einer Frage gemeinsam erheben, stellen ein ähnliches oder höheres Engagement bei Mädchen fest (Achour/Wagner 2019, S. 130; Schneekloth/Albert 2019, S. 97). Wie die in NRW durchgeführte ICCE-Studie zeigt, weisen Jugendliche mit Migrationshintergrund eine etwas geringere Bereitschaft zu staatsbürgerlicher Partizipation auf, Mädchen mit Migrationshintergrund beabsichtigen seltener institutionenbezogen zu partizipieren und ziviler Ungehorsam wird – auf insgesamt niedrigem Niveau – eher von Jungen mit Migrationshintergrund als Option erachtet (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 227).

Hinsichtlich des Wahlverhaltens verweisen Befunde der ICCE-Studie auf ein besonders niedriges Interesse bei den kommunalen Wahlen (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 211). Auch bei der institutionenbezogenen Partizipation, die eher auf die Nutzung des passiven Wahlrechts und die Unterstützung von Parteien und Gewerkschaften abzielt, liegt NRW unter dem europäischen Durchschnitt. Etwa 16% geben an, „sicher“ oder „wahrscheinlich“ in eine Partei einzutreten, in den anderen europäischen Ländern sind dies 20% (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 215). Dass auch problembezogene Partizipationsformen und ziviler Ungehorsam in NRW den im europäischen Vergleich geringsten Zuspruch erfährt, deutet darauf hin, dass sich die geringe staatsbürgerliche Partizipation nicht durch eine Hinwendung zu weniger konventionellen Partizipationsformen erklärt (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 220–224).

Die Erwartung, dass gerade junge Menschen stärker den digitalen Raum nutzen, um ihre politische Meinung auszudrücken oder politischen Einfluss zu nehmen, erfüllt sich in den betrachteten Studien nicht. So geben nur 4% der Neuntklässler:innen an, dass man anhand ihrer Social-Media-Profile ihre politische Meinung erkennen kann (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 21). Unter den 14- bis 29-Jährigen haben nur 28% schon einmal im Internet ihre politische Meinung kundgetan (LpB NRW 2021, S. 42) und unter Studierenden posten nur 9% „manchmal“ oder „oft“ Bilder, Links oder Texte mit politischem Inhalt (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 38). Auch in der ICCE-Studie zeigt sich, dass in NRW nur geringe Anteile der Achtklässler:innen beabsichtigt, onlinebasierte Aktivitäten zum Zwecke politischer Meinungsäußerung und Partizipation auszuführen (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b, S. 220). Die Bereitschaft liegt zudem deutlich unter dem Durchschnitt der europäischen Vergleichsländer (ebd.). Auf Basis einer Mixed-Methods-Untersuchung stellt Anna Soßdorf fest, dass sich viele Jugendliche von der Informationsflut und den verschiedenen Angeboten im Internet überfordert fühlen und infolgedessen „die Möglichkeiten der politischen Online-Aktivitäten nicht als Chancen oder einen Zuwachs an demokratischen Teilhabe-Optionen [bewerten] sondern als weiteres Feld, in dem sie zunächst nicht von alleine souverän agieren können“

(Soßdorf 2016, S. 291). Es ist davon auszugehen, dass auch die Phänomene Desinformation/Fake News, Verschwörungsglaube und Hass im Netz, die im Abschnitt 3.3 thematisiert werden, einen Zusammenhang mit der Unsicherheit der Jugendlichen aufweisen.

In der Sinus-Jugendstudie geben viele Jugendliche an, dass sie sich aufgrund fehlender Einflussmöglichkeiten nicht politisch engagieren (Calmbach u. a. 2020, S. 448). Genannt wird weiterhin fehlendes Interesse, Zeitmangel, fehlendes Wissen und fehlende Kompetenzen sowie der Eindruck, für politisches Engagement zu jung zu sein (Calmbach u. a. 2020, 448 ff.). Fehlende (externale) Selbstwirksamkeitserwartungen, die sich auf die Resonanz im politischen System beziehen, werden auch in weiteren Studien betrachtet. So stimmen der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ 38% der Neuntklässler:innen (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 20) und 22% der Studierenden (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 39) zu. Die Aussage „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren“ wird etwas seltener, aber immerhin von 20% der Neuntklässler:innen (Goede/Schröder/Lehmann 2019) und 10% der Studierenden (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 39) bejaht. In einer Vodafone-Studie stimmen sogar 67% der befragten 14- bis 24-Jährigen nicht zu, Politik beeinflussen zu können, wobei sich auch hier deutliche Unterschiede zwischen formal niedriger und formal hoher Bildung zeigen (71% vs. 59%) (Vodafone Stiftung Deutschland 2022, S. 15).

3.2 Junge Menschen und Extremismus

Im Folgenden wird auf die Forschung zu rechtsextremen, islamistischen und links-extremen Einstellungen unter Jugendlichen und jungen Menschen eingegangen. Im Anschluss werden Befunde präsentiert, die die Kontakthäufigkeiten und den Umgang Jugendlicher mit extremistischen Einstellungen beschreiben.

3.2.1 Extremistische Einstellungen

Wie Michaela Glaser (2012) in Bezug auf Rechtsextremismusforschung feststellt, ist quantitative Einstellungsforschung nur ein Teil der Forschungslandschaft zu Extremismus und sagt wenig über die politische Ideologie und die Erscheinungsformen unterschiedlicher extremistischer Strömungen aus. Darüber hinaus lassen sich durch Einstellungsuntersuchungen keine Aussagen darüber treffen, warum junge Menschen sich zu bestimmten extremistischen Einstellungen oder Gruppen angezogen fühlen und welche Faktoren dazu führen, dass sich ein Teil der Personen dazu entscheidet, nach diesen zu handeln. Eine ausführliche Diskussion der Ergebnisse zu den (vielfach qualitativen) Studien über Radikalisierungsverläufe, die der Komplexität der Hinwendungsprozesse zu Extremismus und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung dazu gerecht wird, ist im Rahmen dieses Berichts allerdings nicht leistbar. Stattdessen wird anhand der Einstellungsdaten eine Übersicht über die Verbreitung bestimmter Orientierungen unter jungen Menschen in Deutschland gegeben. Ergänzt werden diese jeweils um Analysen zu Zusammenhängen mit soziodemografischen Merkmalen und Hinweisen zu qualitativen Studien.

3.2.1.1 Rechtsextreme Einstellungen

Beim Vergleich unterschiedlicher, vor allem quantitativer Ergebnisse zu Rechtsextremismus unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen muss immer im Blick behalten werden, dass sowohl die Definition als auch die Operationalisierung von Rechtsextremismus nicht überall gleich gehandhabt wird. Zwar basieren viele Studien auf der von der „Konsensusgruppe“ erarbeiteten Definition zu rechtsextremen Einstellungen (Kiess/Decker/Brähler 2015), wie die sechs Dimensionen – Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus – jeweils operationalisiert werden, wie die Zustimmung oder Ablehnung gemessen wird und ab wann eine Person als (manifest) rechtsextrem eingestuft wird, ist jedoch unterschiedlich und wird teils kontrovers diskutiert (ebd.; Glaser 2012). Zusätzlich wird in einigen jugendspezifischen Studien mit der Definition von Andreas Beelmann (2019) gearbeitet. Diese phänomenübergreifende Extremismusdefinition fokussiert die „signifikante Abweichung in Einstellungen und Handlungen von bestimmten Rechtsnormen (Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung [...]) und humanitären Wertsystemen (allgemeine Menschenrechte)“ (Beelmann 2019, S. 187). Werden die Operationalisierungen nach Beelmann mit den klassischen Messungen verglichen, fällt auf, dass vor allem die Items zu Antisemitismus, Chauvinismus und einige Items zu Ausländerfeindlichkeit entfallen (siehe z. B. Schröder/Goede/Lehmann 2020b; Goede/Schröder/Lehmann 2019).

Die im systematischen Literaturüberblick betrachteten Studien der letzten Jahre zeigen, dass handfeste rechtsextreme Einstellungen von jungen Menschen weniger oft als durch ältere Bevölkerungsgruppen geteilt werden (für eine differenzierte Analyse der intergenerativen Vergleiche, siehe z. B. Zick/Berghan/Mokros 2020). Dennoch ist dieser Anteil an Jugendlichen nicht unerheblich. In zwei Befragungen des Projekts „Radikalisierung im digitalen Zeitalter“ (RadigZ), einmal im Jahr 2018 mit Jugendlichen aus dem 9. Jahrgang in 11 der 16 Bundesländer (N=6.715) und einmal mit Studierenden in den Jahren 2018 und 2019 (N=4.835), wurde erhoben, wie viele Personen mehr Zustimmung als Ablehnung zu rechtsextremen Einstellungen äußerten. Die Erhebung anhand der sechs Dimensionen klassischer rechtsextremer Einstellungen und zusätzlicher Gewaltbefürwortung ergibt, dass die Anzahl rechtsextrem eingestellter Jugendlicher bei 8% liegt (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 38). Wird eine Operationalisierung nach Andreas Beelmann (2019) verwendet, liegt der Prozentsatz bei 6% (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 41). Unter Studierenden (N=4.835) liegt der Wert bei 2% für die klassische Operationalisierung und 1% bei der Operationalisierung nach Beelmann (Schröder/Goede/Lehmann 2020b, S. 48).

Auch in der Mitte-Studie von 2021 (Zick/Küpper 2021) wird anhand von den sechs Dimensionen klassischer rechtsextremer Einstellungen gemessen, wie hoch der Anteil an Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild ist. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 1% der jüngeren Befragten (17 bis 30 Jahre, n=221) über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügt (Zick/Küpper 2021, S. 97). Dass die Zahl niedriger ausfällt als bei der Studie von Laura-Romina Goede u. a. (2019), kann, neben Unterschieden in der Stichprobe, unter anderem dadurch erklärt werden, dass hier nicht mit einem Durchschnitt der gesamten Skala

gerechnet wird. Stattdessen wird ein geschlossenes rechtsextrêmes Weltbild erst dann unterstellt, wenn die Befragten allen sechs Dimensionen zustimmen. Die Motra-Studie (Wetzels u. a. 2022) misst rechtsextrême Einstellungen zusätzlich zu den sechs klassischen Dimensionen mit einem Item zu Islamablehnung und differenziert ferner zwischen einer „Offenheit für rechtsextrême Haltungen“ und „klar rechtsextrêmen“ Personen. Sie kommen zu dem Schluss, dass 17% der 18- bis 39-Jährigen⁶ eine Offenheit zu rechtsextrêmen Haltungen aufweisen, während 3% dieser Altersgruppe klar rechtsextrêm sind (Wetzels u. a. 2022, S. 61). Damit gibt es unter den jüngeren Befragten deutlich geringere Ausprägungen rechtsextrêmer Einstellungen als unter den älteren Bevölkerungsgruppen.

Analysiert man die Zustimmungsraten der unterschiedlichen Dimensionen, fällt auf, dass vor allem Ausländerfeindlichkeit, autoritäre Haltungen und Chauvinismus unter Jugendlichen verbreitet sind, wobei aber auch nicht alle Studien zu denselben Ergebnissen kommen. Der Niedersachsensurvey 2019 (n=12.444 und Altersdurchschnitt 15) stellt fest, dass „mehr als jeder*r zehnte Jugendliche [...] ausländerfeindlich Einstellungen [teilt]“ (Krieg u. a. 2020, S. 136). Auch in den RadigZ-Studien stimmen 26% der Schüler:innen und 10% der Studierenden der Aussage „es leben zu viele Ausländer in Deutschland“ eher oder voll zu (Schröder/Goede/Lehmann 2020a, S. 47; Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 36). In der Leipziger Autoritarismus-Studie wurde nach Alter und Wohnort in Ost- oder Westdeutschland differenziert. Hier zeigt sich, dass 22% der Ostdeutschen zwischen 16 und 30 Jahren (n=77), und 9% der jungen Westdeutschen (n=379) ausländerfeindlich sind. Auch weitverbreitet unter jungen Personen ist Chauvinismus mit 20% in Ost- und 10% in Westdeutschland. In Ostdeutschland ist damit die Zustimmung zu Chauvinismus auch deutlich höher als bei den älteren Altersgruppen – diese Tendenz ist allerdings in Westdeutschland gegensätzlich (Decker u. a. 2022, S. 57).

In der Mitte-Studie 2021 ist unter jungen Menschen die Zustimmung für die Befürwortung einer Diktatur (5%) und Chauvinismus (4%) am höchsten. Damit befürworten mehr junge Personen eine Diktatur als Personen, die älter als 30 Jahre sind. Chauvinismus wird dahingegen häufiger von älteren Befragten geteilt (Zick/Küpper 2021, S. 97). Eine Studie mit Auszubildenden (n=176) fand eine hohe Zustimmung zu Autoritarismus, aber auch verbreitete nationalistische Orientierungen (Held/Hackl/Bröse 2017). In der RadigZ-Studie zeigt sich, dass vor allem „Mut zum Nationalgefühl“ als Teil von Chauvinismus unter Jugendlichen (24% Zustimmung) (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 36) und Studierenden (26% Zustimmung, 24% teils-teils) geteilt wird (Schröder/Goede/Lehmann 2020a, S. 47).

Zudem werden in einigen Studien nicht nur „klassische“ rechtsextrême Einstellungen, sondern auch rechtspopulistische oder neurechte Einstellungen gemessen. Darunter fallen beispielsweise Demokratieskepsis und weitere Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF), u. a. gegen Geflüchtete, Menschen muslimischen Glaubens, homosexuelle Personen oder Menschen mit Behinderung

6 Es fehlt die Angabe über den Umfang der Teilstichprobe dieser Altersgruppe.

(Zick/Küpper 2021; Krieg u. a. 2020). Diese Erhebungen sind wichtig, um die Anschlussfähigkeit rechtsextremer Positionen in der breiteren Bevölkerung zu analysieren. Da Demokratieskepsis und Populismus schon in Abschnitt 3.1 verhandelt werden, wird hier nur kurz auf die Dimensionen der GMF eingegangen, ohne Anspruch auf eine vollständige Beschreibung rechtspopulistischer Tendenzen unter jungen Menschen zu erheben.

Im Niedersachsen Survey 2019 zeigt sich, dass unter Jugendlichen die Ablehnung gegenüber Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfängern mit 32% relativ hoch ist. Auch menschenfeindliche Einstellungen gegenüber Geflüchteten werden durch fast jede:n fünfte:n Schüler:in geteilt. Etwa 10% der Befragten teilen menschenfeindliche Einstellungen gegenüber homosexuellen und obdachlosen Personen. Menschenfeindliche Einstellungen gegenüber Menschen mit Behinderung wurden von 4% geteilt (Krieg u. a. 2020, S. 128–129). Auch antifeministische und sexistische Einstellungen sind unter Jüngeren verbreitet: So teilen 24% der 16- bis 34-Jährigen antifeministische und 21% sexistische Einstellungen (Kalkstein u. a. 2022, S. 253). In der Studie von Carl Schröder u.a. (2020a, S. 49) wurde zudem festgestellt, dass 16% der Studierenden findet, der Islam habe zu viel Einfluss, und 11%, dass die deutsche Gesellschaft durch den Islam unterwandert wird. Damit deuten die hohen Zustimmungszahlen zu Aspekten der GMF auf eine Normalisierung von exkludierenden Positionen, auch bei jungen Personen ohne ein notwendigerweise geschlossenes rechtsextremes Weltbild, hin.

Wie oben schon erwähnt, sind Einstellungen nicht mit Handlungen gleichzusetzen. Nicht alle Personen, die rechtsextreme Einstellungen teilen, handeln nach diesen. Gleichzeitig sind auch nicht alle Handlungen durch Einstellungen zu erklären. Nur einige Studien fragen direkt nach Handlungen. Der Niedersachsensurvey 2019 ergibt, dass 14% schon mindestens selten niedrigschwelliges rechtsextremes Verhalten gezeigt haben. 10% der Jugendlichen haben schon mindestens einmal gegenüber Menschen mit Behinderung, homosexuellen, obdachlosen, ausländischen, jüdischen oder muslimischen Personen eine Straftat begangen oder diskriminierende Verhaltensweisen aufgezeigt (Krieg u. a. 2020, S. 136). In den RadigZ-Studien geben 10% der Schüler:innen (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 42) und 5% der Studierenden (Schröder/Goede/Lehmann 2020a, S. 50) an, schon einmal rechtsmotiviert deviant gehandelt zu haben. Allerdings zeigt sich hier, dass Handlungen und Einstellungen nicht identisch sind: So haben 8% der Jugendlichen mindestens einmal rechtsmotiviert gehandelt, aber zeigen bei der Befragung keine rechtsextremen Einstellungen (Goede/Schröder/Lehmann 2019).

Wie Wolfgang Frindte (2021) in einer Analyse von Daten einer Umfrage mit 2.112 Jugendlichen aus Schulen in Hamburg, Thüringen, NRW und aus Schulpreisschulen (bundesweit) feststellt, können rechtsextreme Einstellungen beispielsweise nicht einfach auf bestimmte Schularten oder regionale Unterschiede zurückgeführt werden. „Entscheidend dürfte das wechselseitige Zusammenspiel zwischen mikro-, meso- und makrosozialen Umwelten und individuellen Dispositionen sein“ (Frindte 2021, S. 125). Dennoch gibt es einige Hinweise zu Zusammenhängen mit soziodemographischen Variablen, die hier kurz beleuchtet werden. So zeigt sich in unterschiedlichen Studien, dass Jungen häufiger rechtsextreme Einstellungen teilen

(Lehmann/Goede/Schröder 2020; Schröder/Goede/Lehmann 2020a; Bergmann u. a. 2019; Kliem u. a. 2018; Baier/Manzoni/Bergmann 2016). Allerdings bleiben weibliche Personen mit rechtsextremen Einstellungen auch oft unsichtbar (Lehnert/Radvan 2016).

Eine weitere Tendenz zeigt sich bei der Schulform: Eine niedrige Schulform scheint mit höherer Zustimmung zu rechten Einstellungen einher zu gehen (Lehmann/Goede/Schröder 2020; Bergmann u. a. 2019; Goede/Schröder/Lehmann 2019; Kliem u. a. 2018). Ein intergenerativer Vergleich rechtsextremer Einstellungen ergibt zudem, dass Bildung vor allem bei jüngeren Altersgruppen einen schwächenden Einfluss auf Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen haben kann (Zick/Berghan/Mokros 2020). Wie schon teilweise besprochen, gibt es auch einige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Deutlich sind vor allem die Unterschiede bei Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus in der Leipziger Autoritarismus Studie (Decker u. a. 2022). Allerdings weisen die Autorinnen und Autoren darauf hin, dass derartige „Befunde (...) jedoch wenig mit Ostdeutschen, sondern vor allem mit den Lebensbedingungen in Ostdeutschland zu tun [haben]“ (Decker u. a. 2022, S. 14). In einer Regionalanalyse von autoritären Einstellungen in Deutschland anhand der Daten der Leipziger Autoritarismus Studie 2022 stellen Aylene Heller u. a. (2022) z. B. fest, dass eine hohe Arbeitslosenquote, niedrigere Frauenanteile, geringere Anteile an Schutzsuchenden und einem hohen durchschnittlichen Haushaltseinkommen mit hohen Autoritarismuswerten einhergeht; die ersten drei Faktoren sind in ostdeutschen Regionen eher als im Westen vertreten.

Zusätzlich zu den soziodemographischen Einflussfaktoren gibt es noch eine Reihe weiterer Einflussfaktoren. Oft genannt wird u. a. die Rolle von politischer Deprivation (das Gefühl, politisch wirkungs- und einflusslos zu sein) und Gewaltaffinität bzw. Gewaltbereitschaft, aber auch biografische und Sozialisationsdimensionen können eine Rolle spielen (siehe z. B. Milbradt u. a. 2022). Eine Diskussion der diversen Befunde zu Radikalisierungsprozessen im Bereich Rechtsextremismus können im Rahmen dieses Berichts nicht weiter diskutiert werden. Für eine Übersicht über Literatur zu Erklärungsansätzen für Radikalisierungsprozesse im Bereich Rechtsextremismus, siehe u. a. die Literaturstudien von Jutta Aumüller (2014) und Fabian Srowig u.a. (2018).

3.2.1.2 Islamistische Einstellungen

Einstellungsforschung im Bereich Islamismus hat in Deutschland eine kürzere Geschichte als Einstellungsforschung im Bereich Rechtsextremismus. Bisher gibt es keine ähnliche Konsensdefinition und nur wenige Studien, die quantitative Einstellungsforschung zu Islamismus betreiben. Die Motra-Studie (Wetzels u. a. 2022) hat unter den 1.310 Befragten muslimischen Glaubens islamismusaffine Einstellungen anhand der Dimensionen Verhältnis Religion-Politik, Intoleranz/Abwertung anderer und Pauschale Aufwertung des Islams gemessen. Insgesamt weisen 22% der bis 40-Jährigen eine Offenheit für Islamismus (Skalenwert 2–2.8, Gesamtskala 1–4) und 13% klar islamismusaffine Haltungen (Skalenwert über 2.8) auf (Wetzels u. a. 2022, S. 75). Die Autorinnen und Autoren stellen fest, dass diese Einstellungen, anders

als bei Rechtsextremismus, am häufigsten von den 18- bis 39-Jährigen geteilt werden. Hohe Zustimmung finden die Aussagen, „die Sexualmoral der westlichen Gesellschaften ist völlig verkommen“ (Intoleranz/Abwertung anderer) und „nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“ (Pauschale Aufwertung des Islams) (Wetzels u. a. 2022, S. 70). Allerdings weisen die Autorinnen und Autoren darauf hin, dass die Korrelation zwischen islamismusauffinen Einstellungen und Demokratiedistanz in der Studie deutlich kleiner ist als zwischen rechtsextremen Einstellungen und Demokratiedistanz (Wetzels u. a. 2022, S. 74).

In der RadigZ-Studie mit Jugendlichen (Goede/Schröder/Lehmann 2019) wird islamistischer Extremismus in Anlehnung an die Skala des Niedersachsensurvey 2015 gemessen und umfasst vier Dimensionen: Zustimmung zur religiösen Ideologie, Befürwortung des sogenannten Islamistischen Staat und Terrorismus, wahrgenommene Diskriminierung durch den Westen und Akzeptanz ideologisch motivierter Gruppengewalt. Gemessen nach dieser Skala weisen 2% islamistische Einstellungen auf (einen Wert von mindestens 3, Skala 1–5). Unter Personen des muslimischen Glaubens sind dies 13%. Am meisten Zustimmung finden die Aussagen „die westliche Welt ist prinzipiell gegen den Islam“ (12%) und „Der Koran ist das einzige wahre Glaubensbuch; die darin festgehaltenen Regeln müssen genau befolgt werden“ (11%) (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 46 f.). Zusätzlich wurde islamistischer Extremismus nach der Definition von Beelmann gemessen (siehe auch Abschnitt 2.2.1.1), wozu sechs Items zugeordnet wurden. Das Ergebnis zeigt, dass 1,5% der Befragten islamistische Einstellungen aufweisen. Das Item „Die islamischen Gesetze der Scharia, nach denen zum Beispiel Ehebruch oder Homosexualität hart bestraft werden, sind viel besser als die deutschen Gesetze“ bekommt in dieser Messung die höchste Zustimmung (5%) (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 50). Da die Anzahl an muslimischen Studierenden so niedrig war, lassen sich keine klaren Aussagen über die Verbreitung von islamistischen Einstellungen unter Studierenden treffen.

Auch hier wurde in der RadigZ-Studie mit Jugendlichen nach der Handlungsebene gefragt. Etwa 10% der muslimischen Schüler:innen geben an, mindestens einmal religiös-motiviert deviant gehandelt zu haben. Der Großteil davon betrifft Beschimpfungen oder Beleidigungen, 2% haben schon einmal eine Person geschlagen oder ihre Sachen beschädigt, weil sie „nicht meiner Religion angehören“. Auch hier zeigt sich allerdings wieder, dass Handlungen und Einstellungen nicht gleichzusetzen sind. In der Stichprobe weisen 2% der muslimischen Jugendlichen sowohl islamistische Einstellungen als auch Verhaltensweisen auf, 9% haben zwar Handlungen ausgeführt, vertreten aber nicht eindeutig islamistische Einstellungen (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 51).

Wie bei Rechtsextremismus zeigt sich in den Daten, dass islamistische Einstellungen umso eher geteilt werden, je niedriger der angestrebte Schulabschluss ist (Goede/Schröder/Lehmann 2019). Eine Mehrebenenanalyse der Daten des RadigZ-Projektes mit Jugendlichen stellt fest, dass es keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf die Variable Geschlecht gibt (Lehmann/Goede/Schröder 2020). Nur bei Rekrutierungs- und Missionierungsangeboten als Risikofaktor ergab sich ein kleiner Geschlechterunterschied (Goede/Lopez Trillo 2020). Diese geschlechterspezifischen Unterschiede im Radikalisierungsverlauf werden auch von

einer internationalen Studie zu Gender und islamistischer Radikalisierung belegt (Pearson/Winterbotham 2018).

Wie bei Rechtsextremismus erklären soziodemographische Merkmale nicht, warum junge Menschen sich islamistischen Orientierungen und Handlungen hinwenden. Wie Michael Kiefer (2018) darlegt, gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze für islamistische Radikalisierungsverläufe, in denen zwar regelmäßig ähnliche Aspekte genannt, diese jedoch unterschiedlich priorisiert werden. Zu diesen Aspekten zählen Attraktivitätsmomente der salafistischen Ideologie, jugendphasentypische Aspekte, Krisenerfahrungen, Diskriminierungserfahrungen, objektive Konfliktlagen, Gruppeninteraktionen und schließlich die Religion (ebd.). Eine ausführliche Diskussion der Ergebnisse dieser Studien, die der Komplexität der Radikalisierungsverläufe und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung dazu gerecht wird, ist im Rahmen dieses Berichts allerdings nicht leistbar. Für mehr Einblicke in Ergebnisse der letzten Jahre zu islamistischen Radikalisierungsverläufen, siehe z. B. die Studie von Anja Frank und Anna Scholz (2023), die unterschiedlichen Beiträge im Sammelband von Sören Sponick und Kathrin Wagner (2020) und die Studie von Sebastian Kurtenbach u. a. (2020).

3.2.1.3 Linksextreme Einstellungen

Noch kontroverser als die Debatte um die Operationalisierung von Rechtsextremismus und Islamismus ist die Debatte zu Linksextremismus. Schon die Nutzung des Begriffs Linksextremismus wird durchaus kritisch betrachtet (Pfahl-Traugber 2014), darüber hinaus „sind empirische quantitative Untersuchungen zu diesem Spektrum Mangelware bzw. bestehende Messinstrumente werden kritisiert“ (Lehmann/Goede/Schröder 2020, S. 69). Einige Expertinnen und Experten kritisieren, dass Dimensionen wie Anti-Kapitalismus und Antifaschismus in Skalen zur Messung linksextremer Einstellungen mitaufgenommen würden, obwohl sie keine extremistischen Haltungen darstellten. Dies wird vor allem dann ein Problem, wenn die Einstufung solcher Dimensionen als extremistisch zu Präventionsansätzen führt, die zentrale Aspekte einer demokratischen Gesellschaft, wie kritisches Denken über die politische und ökonomische Lage, problematisieren (Treskow/Baier 2020). Die Einstellungsforschung zu Linksextremismus nimmt darüber hinaus bisher kaum Phänomene wie Antisemitismus, Antifeminismus oder Verschwörungstheorien, die in linken Bewegungen auffindbar sind, diese aber nicht allein charakterisieren, in den Blick (ebd.)

Wenn Linksextremismus anhand der „klassischen“ Dimensionen Anti-Faschismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Repression, Anti-Militarismus, Kommunismus/Abschaffung des Staates und Gewaltbefürwortung gemessen wird, weisen in der RadigZ- Studie von Laura-Romina Goede u. a. (2019) insgesamt 4% der Jugendlichen linksextreme Einstellungen auf. Es sind allerdings auch genau die Items mit der meisten Zustimmung, die tendenziell kritisch betrachtet werden müssen und aus Sicht einiger Expertinnen und Experten keine Indikatoren eines extremistischen Weltbildes darstellen: „Rechte Parteien und Kameradschaften sollten verboten werden“ (Antifaschismus, Zustimmung 30%) und „die Wirtschaft macht die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer“ (Anti-Kapitalismus, Zustimmung 34%) (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 56).

Unter Studierenden, die ebenfalls im Rahmen des RadigZ-Projekts befragt wurden, ist die Zustimmung für Anti-Kapitalismus noch höher als unter Jugendlichen: Mehr als 50% stimmt „eher“ bis „voll und ganz zu“, 24% „teils-teils“, dass die Wirtschaft die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer macht. Auch der Aussage, dass Menschen heutzutage von den Reichen und Mächtigen ausgebeutet werden, stimmen gut 40% „eher“ oder „voll und ganz“ und 30% „teilweise“ zu. Ähnlich hohe Zustimmung findet sich für Antifaschismus. Andere Dimensionen erhalten deutlich weniger Zustimmung, vor allem Gewaltbefürwortung scheint nur von einem sehr kleinen Teil der Studierenden befürwortet zu werden (so stimmt 2% „eher oder ganz zu“, dass es „richtig [ist], wenn die Luxusautos der Reichen angezündet werden“). Insgesamt teilen anhand dieser Skala 10% der Studierenden eine Zustimmung zu linksextremen Einstellungen über den Wert 3 (Skala 1–5). Allerdings muss auch hier mitgedacht werden, dass die Dimensionen Antifaschismus und Anti-Kapitalismus eine sehr hohe Zustimmung bekommen haben, was die Index-Zustimmung beeinflusst (Schröder/Goede/Lehmann 2020a, S. 53). In der Studie von Laura Treskow und Dirk Baier (2020) wurden nur die Dimensionen „Anarchismus“ und „linke Militanz“ zur Messung der Verbreitung von linksextremen Einstellungen mitaufgenommen. Anhand einer Auswertung der Jugendbefragung in Niedersachsen in den Jahren 2013, 2015, 2017 und 2019 stellen sie fest, dass Anarchismus im Jahr 2019 deutlich niedriger liegt (2%) als in den Vorgängerjahren. Eine Zustimmung zu linksextremer Militanz liegt, wie in den Jahren davor, bei ca. 5% (Treskow/Baier 2020, S. 26).

Auch linksextreme Handlungen wurden in den drei oben genannten Studien gemessen. In den RadigZ-Studien geben 13% der Jugendlichen und 27% der Studierenden an, mindestens einmal gegen eine rechts eingestellte Person gehandelt zu haben. Es handelt sich hier in den meisten Fällen um Beschimpfen oder Beleidigen. Etwa 2% der Jugendlichen und 1% der Studierenden haben schon einmal eine Person verletzt oder deren Eigentum beschädigt, weil diese Person rechts eingestellt war (Schröder/Goede/Lehmann 2020a, S. 55; Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 61). In den Niedersachsensurveys haben über die Jahre hinweg ca. 2% der Jugendlichen angegeben, linksextremes Verhalten umgesetzt zu haben. Es gibt aber nur eine relativ schwache Beziehung zwischen Verhaltensweisen und Einstellungen (Treskow/Baier 2020, S. 26).

Männliche Befragte teilen eher linksextreme Einstellungen (Treskow/Baier 2020; Goede/Schröder/Lehmann 2019). Höhere Bildung wird mit weniger linksextremen Einstellungen in Verbindung gebracht (Lehmann/Goede/Schröder 2020; Treskow/Baier 2020). Die RadigZ-Studie hat weiterhin ergeben, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund eher linksextreme Einstellungen teilen (6% vs. 3%) (Goede/Schröder/Lehmann 2019, S. 57). Allerdings hat die Studie mit Studierenden keine starken Zusammenhänge mit soziodemographischen Merkmalen gefunden (Schröder/Goede/Lehmann 2020a). Darüber hinaus scheinen unterschiedliche Faktoren, wie Gerechtigkeitsgefühl, Gewaltaffinität und Demokratieunzufriedenheit eine Rolle zu spielen, allerdings liefern diese auch nur einen Teil der Erklärung. Eine differenziertere Diskussion von Faktoren und Literatur zu möglichen Erklärungsansätzen für Radikalisierung wird u. a. von Laura Treskow und Dirk Baier (2020) bereitgestellt.

3.2.2 Kontakt zu Extremismus

Es gibt einige Studien, die sich damit befassen, wie und mit welchen Strategien und Narrativen vor allem rechtsextreme und islamistische Gruppen und Einzelpersonen mobilisieren. Neben der Rekrutierung im analogen Raum bereitet insbesondere eine Bandbreite an digitalen Plattformen eine breite und schnelle Zugänglichkeit auch zur jugendlichen Zielgruppe (Shamdin/El-Auwad 2023; siehe z. B. Berg u. a. 2021; El-Wereny 2020; siehe z. B. Jellonnek/Reinesch 2018; Neumann u. a. 2018; Ipsen/Wörner-Schappert/Eisentraut 2017). Obwohl die Analysen dieser Mobilisierungs- und Rekrutierungsstrategien wichtig sind, um zu verstehen mit welchen Inhalten Jugendliche konfrontiert sind, wird sich an dieser Stelle nur auf empirische Erkenntnisse zur Wahrnehmung und zum Umgang mit extremistischen Inhalten fokussiert.

Unterschiedliche Studien belegen, dass junge Menschen tatsächlich öfter mit extremistischen Einstellungen und Aktivitäten in Berührung kommen. In der repräsentativen Motra-Studie (Wetzels u. a. 2022), mit Erwachsenen ab 18 Jahren wurde nach der Beobachtung intoleranter und politisch radikaler Aktivitäten gefragt. Jüngere Menschen beobachten nach Angabe dieser Befragung, mit 44%, fast doppelt so häufig wie ältere Bevölkerungsgruppen intolerante Aktivitäten in den Bereichen Antisemitismus und Rassismus (Wetzels u. a. 2022, S. 10). Weiterhin berichten 23% der 18- bis 39-Jährigen von rechtsextremistischen, 18% von linksextremistischen und 9% von islamistischen politischen Aktivitäten in ihrem Lebensumfeld. Eine Wahrnehmung von Extremismus ist allerdings nicht mit einer Bedrohung durch diese Aktivitäten gleichzusetzen: Sowohl Rechtsextremismus (25%) als auch islamistischer Extremismus (18%) werden häufiger als Bedrohung wahrgenommen als Linksextremismus (11%) (Wetzels u. a. 2022, S. 23). Dabei fühlen sich die jüngeren Befragten deutlich häufiger von Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus bedroht als die älteren Befragten. Nicht nur das Alter spielt hier eine Rolle. So fühlen sich Befragte mit Migrationshintergrund in zweiter Generation vermehrt von rechtsextremistischer Gewalt bedroht und in Ostdeutschland sind sowohl Wahrnehmung als auch Bedrohungseinschätzungen höher als in Westdeutschland. Allerdings liegen diese Daten nur für die Gesamtbevölkerung und nicht für die jüngeren Befragten vor (Wetzels u. a. 2022).

In einer jugendspezifischen Befragung (n=1.061, Altersdurchschnitt 17) zu Jugend, Medien und Extremismus geben 40% der Befragten an, „manchmal“ bis „sehr häufig“ mit rechtsextremistischen, 33% mit religiös-extremistischen und 21% mit linksextremistischen Einstellungen und Botschaften in Kontakt gekommen zu sein. Abseits journalistischer Berichterstattung passiert dies oft in sozialen Netzwerken, aber auch traditionelle Nachrichtenmedien und das unmittelbare soziale Umfeld spielen eine Rolle (Reinemann u. a. 2019, S. 84–87). Die Verbreitung von extremistischen Botschaften im digitalen Raum belegt auch die JIM-Studie 2021. Hier geben 56% der 12- bis 19-Jährigen an, im letzten Monat online extremen politischen Ansichten begegnet zu sein. Der Kontakt mit extremen politischen Ansichten ist höher, je jünger die Befragten (81% der 12- bis 13-Jährigen vs. 36% der 18- bis 19-Jährigen). Junge Menschen auf der Haupt- oder Realschule geben öfter an, extremen politischen Ansichten begegnet zu sein als Gymnasiastinnen und

Gymnasiasten. Zwischen Jungen und Mädchen gibt es nur einen minimalen Unterschied (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2021, S. 61–63).

Einige Studien analysieren, wie junge Menschen solche extremistischen Inhalte, vor allem im digitalen Raum, rezipieren und wie sie damit umgehen. Grundsätzlich kommen diese Studien zu dem Ergebnis, dass Jugendliche regelmäßig Schwierigkeiten bei der Erkennung und Zuordnung solcher Inhalte haben. Dies gilt sowohl für rechtsextreme als auch islamistische Botschaften. Vor allem satirische Botschaften sind nicht einfach einzustufen (Dörfer 2021; Materna/Lauber/Brüggen 2021; Reinemann u. a. 2019). Zudem werden Inhalte eher positiv bewertet, wenn eigene Erfahrungen widererkannt werden. Dies ist vor allem im Bereich islamistischer Extremismus relevant, wo Diskriminierungserfahrungen durchaus auch instrumentalisiert werden (Klevesath u. a. 2021; Materna/Lauber/Brüggen 2021).

In einer Mixed-Methods-Studie mit Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren stellen Carsten Reinemann u. a. (2019) fest, dass sich extremismusbezogene Kompetenzen bei Jugendlichen verbessern, wenn in der Schule, der Familie oder im Freundeskreis über aktuelle und extremismusbezogene Themen gesprochen wird. Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass Kompetenzen nur dann dazu führen, dass extremistische Botschaften richtig eingeschätzt werden, wenn sie auch mit Institutionenvertrauen und gesellschaftlicher Akzeptanz einhergehen. Zusätzlich scheinen auch politisch interessierte Jugendliche extremistische Inhalte tendenziell eher zu erkennen und negativ einzustufen. Georg Materna u. a. (2021) stellen anhand von Interviews mit 45 Jugendlichen im Rahmen der Begleitstudie zum Modellprojekt „bildmachen: Politische Bildung und Medienpädagogik zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen in sozialen Medien“ fest, dass junge Menschen mit einem höheren Bildungsniveau niedrigschwellige islamistische und rechtspopulistische bzw. islamfeindliche Inhalte tendenziell eher reflektieren bzw. sich dazu äußern.

3.3 Demokratiegefährdende Phänomene

Im Folgenden werden Befunde zu drei Phänomenen beschrieben, mit denen junge Menschen häufig in Kontakt kommen: Desinformation, Verschwörungsglaube und Hass im Netz. Es handelt sich hierbei nicht um demokratiegefährdende Phänomene, von denen nur junge Menschen betroffen sind. Allerdings sind sie stark mit dem digitalen Raum verwoben, der gerade für junge Menschen eine große Bedeutung als politische Informationsquelle hat (siehe. z. B. Schneekloth/Albert 2019, S. 53).

3.3.1 Desinformation/Fake News

Die Studie „Die Jugend in der Infodemie“ fokussiert sich dezidiert auf die Bedeutung von Desinformation und Falschnachrichten für junge Menschen im Alter von 14 bis 24 Jahren (Paus/Börsch-Supan 2020). Den Ergebnissen zufolge stoßen 76% der Befragten mindestens einmal pro Woche im Internet, in sozialen Medien oder in Messenger-Diensten auf Falschnachrichten (Paus/Börsch-Supan 2020, S. 4). Im Vergleich zu einer Befragung, die im Jahr 2018 und somit vor Pandemiebeginn

durchgeführt wurde, hat sich dieser Anteil um etwa 50% erhöht (ebd.). Demgegenüber steht ein Anteil von gut einem Drittel der Befragten, die sich beim Erkennen von Falschnachrichten unsicher fühlen (Paus/Börsch-Supan 2020, S. 5). Besonders hoch ist dieser Anteil unter den Befragten mit niedriger formaler Bildung (39%) und denjenigen, die sich selten politisch informieren (49%) (ebd.). Überdies gibt über die Hälfte der Befragten an, aufgrund von Falschnachrichten nicht mehr zu wissen, welchen Informationen man trauen kann (Paus/Börsch-Supan 2020, S. 9) Johannes Kiess u. a. (2022) reanalysieren die Daten und zeigen, dass der Glaube an Falschnachrichten mit steigendem Bildungsniveau und durch Thematisierung im Unterricht sinkt und somit „über entsprechende Themensetzung im Unterricht“ (Kiess u. a. 2022, S. 10) bearbeitet werden kann.

Im Zusammenhang mit Falschnachrichten verweisen Befunde der Bepanthen Vertrauensstudie 2022 auf ein hohes Misstrauen gegenüber Medien unter Jugendlichen (12 bis 16 Jahre). So vermuten 38%, dass Zeitungen und Nachrichtensendungen absichtlich Nachrichten verschweigen, und 33% gehen davon aus, dass diese vor allem ihre eigene Meinung verbreiten (Bepanthen-Kinderförderung). In der Shell-Jugendstudie, die das Vertrauen in Medien differenzierter abfragt, zeigen sich jedoch, insbesondere mit Blick auf die ARD-/ZDF-Nachrichten und große überregionale Tageszeitungen, ein relativ hohes Vertrauen der befragten 12- bis 25-Jährigen. YouTube und vor allem Facebook und X (vormals Twitter) wird dahingegen eher wenig Vertrauen entgegengebracht (Schneekloth/Albert 2019, S. 54).

3.3.2 Verschwörungsglaube

Auch wenn Verschwörungsglaube kein genuin jugendspezifisches Problem ist, sind Verschwörungsmymen durchaus auch bei jungen Menschen anschlussfähig. Die Mitte-Studie erfasst eine generalisierte Verschwörungsmentalität über vier stark korrelierende Dimensionen: Überzeugung, dass geheime Gruppen die Politik beeinflussen, Überzeugung einer Medienverschwörung, Wissenschaftsfeindlichkeit sowie Klimawandelleugnung (Lamberty/Rees 2021). Der Anteil an Personen mit Verschwörungsmentalität liegt dieser Messung zufolge bei den 16- bis 30-Jährigen bei 14% und somit unter den 31- bis 60-Jährigen (27%) (Lamberty/Rees 2021, S. 290). Auch coronabezogenen Verschwörungsmymen stimmen unter den 16- bis 30-Jährigen zwar weniger als unter den älteren Befragten, aber immerhin 11% zu (Lamberty/Rees 2021). Der „Extrem einsam?“-Studie zufolge, weisen 9% der 16- bis 23-Jährigen eine deutliche Verschwörungsmentalität und weitere 18% eine Tendenz zur Verschwörungsmentalität auf, basierend auf der Zustimmung zu drei Items, die vor allem auf die Überzeugung einer Verschwörung durch die Regierung und geheimer Gruppen abzielen (Das Progressive Zentrum 2023, S. 52). In einer Befragung mit Erwerbstätigen ab 16 Jahren stimmen 10% der Befragten in der Altersgruppe von 16 bis 25 Jahren zwei Aussagen zu, die auf ein Verschwörungsdenken, bezogen auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, hinweisen (Hövermann 2022, S. 15). Im Unterschied zu früheren Studien, weisen die jüngeren Befragten hier tendenziell höhere Zustimmungswerte auf als ältere Befragte. Hövermann zeigt überdies, dass es die Gruppe der jungen und geringverdienenden Menschen mit niedriger formaler Bildung ist, die den Aussagen vergleichsweise häufig zustimmt (34%) (Hövermann 2022, S. 17).

Johannes Kiess u. a. (2022) reanalysieren Befragungsdaten der „Jugend in der Infodemie“-Studie (Paus/Börsch-Supan 2020) und zeigen, dass der Verschwörungsglaube junger Menschen (14 bis 24 Jahre) zwar vom Bildungsniveau abhängt, allerdings in weniger starkem Maße als der Glaube an (nicht-verschwörungsbezogene) Falschnachrichten. Zudem hat das Thematisieren von Falschnachrichten im Unterricht keinen Einfluss auf Verschwörungsglaube. Die Autorinnen und Autoren schlussfolgern, dass Verschwörungsglaube zentrale psychische Bedürfnisse befriedigt, denen im Unterschied zu Falschnachrichten weniger durch Bildungsinhalte als durch erlebte Demokratie und die Vermeidung autoritärer Strukturen begegnet werden kann (Kiess u. a. 2022, S. 10). Die Befunde weisen des Weiteren darauf hin, dass vor allem die Nutzung von Messenger-Diensten, zur Information über politische Themen und allgemein, positiv mit Verschwörungsgläubigkeit korreliert, während sich keine Alters- oder Geschlechtsunterschiede zeigen (Kiess u. a. 2022, S. 8–9).

3.3.3 Hass im Netz

Hass im Netz⁷ ist ein Teil der Lebenswelt vieler junger Menschen. Wie in den zuvor berichteten Bereichen variieren die Angaben je nach Operationalisierung (z. B. je nach erfasstem Zeitraum) und befragter Altersgruppe. In der repräsentativen JIM-Studie 2021 (N=1.200) geben 58% der 12- bis 19-Jährigen an, im letzten Monat Hass im Netz begegnet zu sein. Die Anzahl der Betroffenen ist damit höher als im Jahr 2020 (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2021, S. 62). In der JIMPlus-Studie aus 2022 (N=1.060) sind es 75%, die Hass im Netz online mindestens selten begegnet sind (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2022). Die Forsa-Umfrage aus dem Jahr 2020 ergibt, dass insgesamt 94% der 14- bis 24-Jährigen schon einmal Hass im Netz wahrgenommen haben, 68% sogar häufig bis sehr häufig (Landesamt für Medien NRW 2020, S. 2). Im Altersvergleich ist Hass im Netz präsenter unter jungen Menschen: In der Befragung von Daniel Geschke u. a. (2019) geben 73% der 18- bis 24-Jährigen an, Hass im Netz wahrgenommen zu haben, im Vergleich zu 51% der 25- bis 44-Jährigen, 33% der 45- bis 59-Jährigen und 26% der über 60-Jährigen (Geschke u. a. 2019, S. 19).

Die Angaben zur eigenen Betroffenheit von Hass im Netz fallen niedriger aus, schwanken jedoch ebenfalls. In der letztgenannten Studie berichten 17% der 18- bis 24-Jährigen, selber betroffen gewesen zu sein (Geschke u. a. 2019, S. 23). In einer Befragung unter 16- bis 25-Jährigen (n=1.180) geben sogar ungefähr 50% an, Opfer von Hass im Netz geworden zu sein (Obermaier/Schmuck 2022, S. 5). Die meisten Befragten, sowohl in der Studie von Magdalena Obermaier und Desirée Schmuck (2022) als auch von Daniel Geschke u. a. (2019), identifizierten Aussehen, Herkunft bzw. Migrationsgeschichte, politische Ansichten, Gender oder Sexualität

7 Studien verwenden unterschiedliche Begriffe (u. a. Hass im Netz, Hatespeech, Hassbotschaften usw.). Im vorliegenden Bericht wird zur Vereinheitlichung überall der Begriff Hass im Netz verwendet. Zur Verwendung von Hatespeech in der deutschen Forschungslandschaft siehe z. B. Sponholz (2020).

als Grund für Hass im Netz. Zudem gibt es einen kumulativen, intersektionalen Effekt: Von den Betroffenen geben 20% an, aufgrund von verschiedenen Identitätsmerkmalen von Hass im Netz betroffen zu sein (Obermaier/Schmuck 2022, S. 7).

In der JIM-Studie 2021 geben Mädchen und jüngere Befragte öfter an, Hassbotschaften und beleidigenden Kommentaren begegnet zu sein als Jungen und ältere Befragte. Auch gilt dies etwas häufiger für Befragte auf der Haupt- oder Realschule (49% sind beleidigenden Kommentaren begegnet, 62% Hassbotschaften) im Vergleich zu Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (45% beleidigende Kommentare, 55% Hassbotschaften) (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2021, S. 63). Die Studie von Matthias Quent u. a. (2017) zeigt darüber hinaus, dass Personen mit Migrationshintergrund sowohl mehr Hass im Netz wahrnehmen als auch eher davon betroffen sind, allerdings liegen dazu keine altersspezifischen Daten vor.

Selbstverständlich können Jugendliche auch selbst an Hass im Netz beteiligt sein. In der Forsa-Studie geben 5% der 14- bis 24-Jährigen an, schon einmal einen Hasskommentar geschrieben zu haben (Landesamt für Medien NRW 2020, S. 5). Eine Studie mit 1.480 Schülerinnen und Schülern aus Brandenburg, Bremen und Berlin hat ergeben, dass die eigene Betroffenheit von Hass im Netz die Wahrscheinlichkeit erhöht, selbst daran beteiligt zu sein. Bessere Kompetenzen bei der technischen Bewältigung oder bei der aktiven Gegensprache gegen Online-Hassrede reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass Opfer von Online-Hassrede auch selber zu Tätern werden (Wachs/Wright 2021).

Die weite Verbreitung von Hass im Netz kann auch zu einer Normalisierung führen. In einer bundesweiten Befragung von jungen Menschen zwischen 14 und 24 Jahren (n=1.250) stimmen 64% zu, dass Menschen, die sich im Internet öffentlich beteiligen, damit rechnen müssen, beschimpft oder beleidigt zu werden (Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet 2018, S. 67). Hass im Netz führt nach Angabe von 38% der Befragten dazu, dass sie sich im Internet nicht mehr öffentlich äußern, weil sie nicht beleidigt werden wollen (ebd.). Auch in der JIM-Studie gibt ein Drittel der Befragten an, aus Angst vor negativen Kommentaren ihre Meinung nicht mehr in öffentlichen Kanälen zu teilen (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2022). In der Studie von Daniel Geschke u. a. (2019, S. 28) sind dies sogar 60% der 18- bis 24-Jährigen, und 25% haben aufgrund von Hass im Netz ihr Profil bei einer Internet-Plattform deaktiviert oder gelöscht.

Aktive Gegenrede scheint zumindest unter den Befragten der JIM-Studie noch nicht weit verbreitet (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) 2021). Allerdings ergibt die Forsa Befragung, dass sich im Vergleich zu den älteren Befragten, Personen unter 25 Jahren häufiger mit Hasskommentaren auseinandersetzen oder diese beim Portal melden. Ein Anteil von 33% der Befragten, die schon einmal Hass im Netz gesehen haben, hat angegeben, schon einmal einen Hasskommentar beantwortet zu haben, um dagegen zu agieren (Landesamt für Medien NRW 2020, S. 5). Laut einer Analyse spezifisch zu Interventionen gegen Hass im Netz (16 bis 25 Jahre, n=1.180) erhöht sich die Chance, dass junge Menschen gegen Hass

im Netz agieren, wenn sie sich verantwortlich fühlen und ihr Selbstwirksamkeitsgefühl größer ist (Obermaier 2022). Die Rolle von Selbstwirksamkeit bei der aktiven Gegenrede wird auch von Georg Materna u. a. (2021) identifiziert. Zusätzlich positiv wirken sich u. a. Kenntnisse über Hass im Netz von Peers oder von Kampagnen aus (Obermaier 2022).

3.4 Zwischenfazit

In diesem Kapitel wurden auf Basis der aktuellen Forschungsliteratur Problemlagen und Herausforderungen, bezogen auf das Verhältnis junger Menschen zu Politik, auf die Verbreitung von und den Kontakt zu extremistischen Einstellungen unter jungen Menschen und auf den Kontakt zu und Umgang mit demokratiegefährdenden Phänomenen, beschrieben. Aus den zentralen Studienergebnissen lassen sich Hinweise auf Bedarfe in den Bereichen Demokratieförderung, politischer Bildung und Extremismusprävention ableiten.

Die vorliegende Forschungsliteratur zeigt unterschiedliche Herausforderungen im **Verhältnis junger Menschen zu Politik**. So interessiert sich mindestens ein Drittel der jungen Menschen wenig bis gar nicht für Politik und ein substantieller Teil der jungen Menschen weist Unsicherheiten bezogen auf politische Kompetenzen und Wissensbeständen auf. Diese Befunde verweisen auf einen grundlegenden Bedarf an politischer Bildung und Demokratieförderung für Jugendliche und junge Erwachsene. Dabei ist es wichtig, dass entsprechende Angebote an altersspezifische Interessenslagen anknüpfen und auf altersspezifische Kompetenzen und Wissensbestände zugeschnitten sind, da die betrachtete Literatur darauf hinweist, dass Jugendliche sich vor allem für lebensnahe Themen interessieren und nicht selten Schwierigkeiten haben, politische Prozesse und Zusammenhänge zu verstehen und eine eigene politische Meinung zu entwickeln.

Die Forschungsliteratur zeigt insbesondere einen Bedarf an Demokratieförderung und politischer Bildung, **die Jugendliche an nicht-gymnasialen Bildungsgängen erreichen**. Das formale Bildungsniveau spielt beim Verhältnis zu Politik und Demokratie, bei der Zustimmung zu extremistischen Einstellungen und beim Kontakt zu demokratiegefährdenden Phänomenen eine deutliche Rolle. Entsprechend sollten Zugänge entwickelt werden, die thematisch wie methodisch auf die Zielgruppen einfacher und mittlerer Bildungsgänge zugeschnitten sind.

Die Befunde zeigen überdies, dass Mädchen weniger Interesse an Politik äußern, weniger Vertrauen in ihrer politischen Selbstwirksamkeit haben und weniger zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind. Dies deutet auf einen **Bedarf nach gezielter politischer Bildung und Demokratieförderung für Mädchen**, die empowernd wirkt und sowohl das politische Interesse als auch die politische Selbstwirksamkeit stärkt.

Deutlich zeigt sich auch **die Relevanz des digitalen Raums**. Junge Menschen begegnen online extremistischen Inhalten und Hassbotschaften und stoßen regelmäßig auf Falschnachrichten. Solche demokratiegefährdenden Inhalte zu erkennen und

einzuordnen stellt allerdings für einen Teil der jungen Menschen eine Herausforderung dar. Dies deutet auf einen Bedarf nach Räumen hin, in denen junge Menschen sich über diese Phänomene austauschen können und Handlungsstrategien vermittelt bekommen, z. B. zum Erkennen von Falschnachrichten oder extremistischen Medieninhalten. Darüber hinaus verweist die Literatur auf einen Bedarf nach Stärkung der Selbstwirksamkeit von jungen Menschen im digitalen Raum.

Mit Blick auf die Ergebnisse zu **rechtsextremen Einstellungen** zeigt sich, dass vor allem Ausländerfeindlichkeit, autoritäre Haltungen und Chauvinismus unter jungen Menschen verbreitet sind. Zudem deuten die hohen Zustimmungszahlen zu Aspekten der gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit (GMF) auf eine Normalisierung von exkludierenden Positionen hin, auch bei jungen Personen ohne ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Dieses deutet auf einen Bedarf nach Präventionsansätzen, die schon bei weiter verbreiteten neurechten und rechtspopulistischen Einstellungen ansetzen. Mit Blick auf die Stabilität autoritärer Einstellungen müssen Ansätze entwickelt werden, mithilfe derer sich verfestigte autoritäre Haltungen aufbrechen lassen.

Für die Bereiche **islamistischer Extremismus und Linksextremismus** liegen deutlich weniger Einstellungsdaten vor. Die Daten zu islamistischen Einstellungen zeigen, dass Aussagen zur pauschalen Aufwertung des Islams, Intoleranz/Abwertung anderer und wahrgenommene Diskriminierung durch den Westen die höchste Zustimmung erfahren. Dies deutet auf einen Bedarf an Ansätzen, die einer Abwertung anderer und einer „totalisierenden Islamauslegung“ (Frank/Glaser 2020, S. 56) entgegenwirken und einen Raum schaffen, in dem antimuslimischer Rassismus thematisiert und für dessen Instrumentalisierung durch islamistische Akteurinnen und Akteure sensibilisiert werden kann. Bezogen auf die zielgenaue Prävention von Linksextremismus verweist die betrachtete Literatur auf grundlegende Defizite, die sich schon bei der wissenschaftlichen Beschreibung des Phänomens niederschlagen. Entsprechend besteht hier die Notwendigkeit, Zugänge und Maßnahmen grundlegend zu entwickeln und zu erproben.

4 Herausforderungen für die Fachpraxis

Das folgende Kapitel behandelt für die Bereiche Demokratieförderung und Extremismusprävention Problematiken, Herausforderungen und Bedarfe der Fachpraxis. Dabei orientiert sich die inhaltliche Untergliederung an zentralen Institutionen und Bereichen der Fachpraxis, die mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten. Ausgespart bleibt allerdings der Grundschul- und Hortbereich mangels empirisch fundierter Literatur zu demokratischer bzw. politischer Bildung im Grundschulalter (s. auch Braun u. a. 2022; Peyrerl/Züchner/Dozert 2021). Einschränkung ist anzumerken, dass keine umfassenden Ergebnisse aus der zugrundeliegenden Literatur ableitbar sind. Hier fehlt ein systematischer und erschöpfender Überblick über die verschiedenen Handlungsfelder hinweg.

Im Folgenden werden die Kontexte Schule (4.1), Frühkindliche Bildung (4.2), Kinder- und Jugendarbeit (4.3), Hilfen zur Erziehung (4.4), Beratungsstrukturen (4.5) und Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe (4.6) betrachtet. Das Kapitel schließt in einem Zwischenfazit zu kontextübergreifenden Bedarfen (4.7).

4.1 Schule

Aufgrund ihrer hohen Reichweite gilt die Institution Schule als zentrale politische Sozialisationsinstanz (Achour/Wagner 2019, S. 18). Mit Blick auf politische Bildung unterscheiden sich drei Praxisfelder: politische Bildung als Unterrichtsfach, politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip und politische Bildung im Rahmen einer demokratischen Schul- und Unterrichtskultur (Henkenborg 2014). Die folgenden drei Unterkapitel gliedern sich entsprechend dieser Einteilung. In einem kurzen Exkurs zum Ende des Unterkapitels wird die Wahrnehmung außerschulischer politischer Bildung aufgegriffen.

4.1.1 Politische Bildung als Unterrichtsfach

Bezogen auf den quantitativen Umfang von Politikunterricht fängt die Studie „Wer hat, dem wird gegeben“ von Sabine Achour und Susanne Wagner (2019) subjektive Einschätzungen der Schüler:innen ein. Der bundesweiten Befragung zufolge ist politische Bildung ab der neunten Klasse an allen Schulformen fest verankert, allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede nach Schulform: An Gymnasien geben 59% der Schüler:innen in den Jahrgangsstufen 9 und 10 an, zwei Stunden pro Woche politische Bildung zu erhalten (gegenüber 33% an anderen Schulen). Auch in den höheren Jahrgangsstufen berichten Schüler:innen an den zum Abitur führenden Schulformen einen höheren Umfang politischer Bildung als an den beruflichen Schulen (Achour/Wagner 2019, S. 56–57). Auch das jährlich durchgeführte „Ranking Politische Bildung“, das den Umfang des Leitfachs politische Bildung anhand

der Stundentafeln analysiert, beklagt mit Blick auf die obligatorische politische Bildung eine (in den Bundesländern unterschiedlich stark ausgeprägte) Geringschätzung politischer Bildung (Gökbudak/Hedtke/Hagedorn 2022).

Überdies gibt es Hinweise auf einen hohen Anteil fachfremd Politik unterrichtender Lehrkräfte, die sich ebenfalls ungleich auf die Schulformen verteilen: Nach Angaben des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW liegt der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts an Haupt- und Sekundarschulen über 80%, bei Real- und Gesamtschulen über 60% und an Gymnasien knapp unter 30% (Abs u. a. 2020, S. 75; Manzel/Hahn-Laudenberg/Zischke 2017, S. 328). In der Befragung von 440 Lehrkräften im Rahmen der „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCE) zeigt sich darüber hinaus, dass sich die Politik unterrichtenden Lehrkräfte durch ihre Ausbildung besser auf nicht-fachspezifische Themenbereiche vorbereitet fühlen (z. B. das Unterrichten von kritischem Denken oder Konfliktlösung) als auf fachspezifische Themen (z. B. Menschenrechte, Wahlen und Abstimmungen) (Manzel/Hahn-Laudenberg/Zischke 2017, S. 341). Insbesondere auf die Themen Weltgemeinschaft und internationale Organisationen sowie Europäische Union fühlt sich mehr als ein Drittel nicht gut vorbereitet (Manzel/Hahn-Laudenberg/Zischke 2017, S. 339).

Eine Studie von Carolin Apfel (2022) verweist auf eine Vernachlässigung politischer Bildung an Förderschulen. Auf Basis einer qualitativen Befragung von Lehrkräften an Förderschulen mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung deutet sich an, dass politische Bildung in der Ausbildung von Förderschulkräften kaum eine Rolle spielt. Ressourcen wie Zeit und Raum fehlen, Lehrkräfte an Förderschulen bei Fortbildungen und Netzwerkzusammenarbeit werden vergessen und entsprechende Unterrichtsmaterialien fehlen (ebd.). Der Autorin zufolge sollte dieser Leerstelle insbesondere durch eine stärkere Verankerung politischer Bildung im Curriculum von Förderschulen sowie der Lehrkräfteaus- und -fortbildung begegnet werden (ebd.).

Schulische Lerngelegenheiten im Politikunterricht werden im Rahmen der ICCE-Studie aus Perspektive der befragten Achtklässler:innen erhoben (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a). Während knapp zwei Drittel der Schüler:innen angeben, etwas oder viel über die Teilnahme an Wahlen und die Einführung und Änderung von Gesetzen gelernt zu haben, fühlen sich nur 42% durch die Schule informiert, wie man zur Lösung kommunaler Probleme beitragen kann (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a, S. 260). Thorsten Hippe und Reinhold Hedtke (2020) zeigen anhand einer Curriculumsanalyse in den sechs bevölkerungsreichsten Bundesländern (Sekundarstufe I und gymnasiale Sekundarstufe II), dass die Themen Wirtschaft, politisches System in Deutschland, internationale Beziehungen und EU stark dominieren, während die Themen ökologische Nachhaltigkeit, multikulturelle Gesellschaft, Migration, Sozialisation, Geschlecht und Extremismus eher randständig sind. Die Autorinnen und Autoren schließen daraus, dass es „in den curricularen Vorgaben also primär um System-Orientierungen (politisches System und Wirtschaftssystem), weniger um Problemorientierungen im bildungstheoretischen Sinne [geht]“ (Hippe/Hedtke 2020, S. 7). Entsprechend liegt der Fokus auch auf der makropolitischen Ebene (EU, internationale Beziehungen) gegenüber der mikropolitischen Schul-Demokratie und Kommunalpolitik (Hippe/Hedtke 2020). Die Befunde der ICCE-Studie weisen darüber hinaus darauf hin, dass die Unterrichtsgestaltung mit

Blick auf politische und soziale Themen von einem größeren Anteil der Schüler:innen nicht als offen und diskursiv wahrgenommen wird (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a). Zwar fühlen sich über zwei Drittel der Schüler:innen manchmal oder oft von Lehrkräften ermutigt, Stellung zu nehmen (72%) und nehmen wahr, dass in der Klasse abweichende Meinungen geäußert werden (74%), aber nur 59% berichten, dass Schüler:innen aktuelle politische Ereignisse in der Klasse zur Diskussion bringen (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a, S. 265).

Bezogen auf die Vermittlung von Kompetenzen werden nach Einschätzungen von Schülerinnen und Schülern im Politikunterricht vorrangig politische Analyse- und Urteilsfähigkeiten und weniger politische Handlungsfähigkeiten vermittelt und alle drei Kompetenzbereiche werden an Gymnasien besser unterrichtet (Achour/Wagner 2019, S. 68–69). Bei einer Messung der Argumentations- und Urteilskompetenz von Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe stellt Anja Schmidt (2022) jedoch fest, dass nur wenige Schüler:innen über elaborierte politische Argumentations- und Urteilskompetenzen verfügen und empfiehlt eine stärkere Gewichtung des fachkonzeptuellen Wissens sowie der Fachsprachlichkeit im Politikunterricht. Thorsten Hippe und Reinhold Hedtke (2020) beklagen mit Blick auf Kompetenzen im Bereich Partizipationsmöglichkeiten eine Fokussierung des Curriculums auf institutionalisierte Akteure und Verfahren gegenüber Bürgerinitiativen, Verbänden und Nicht-Regierungsorganisationen. Sie merken an, dass problemorientiert-kritisches Denken in den curricularen Vorgaben nur selten Eingang findet. Eine qualitative Befragung von Lehrkräften verweist zudem darauf, dass das Verständnis von Demokratie auch den Ausgangspunkt für die Handlungspraxis der Politiklehrenden im Unterricht darstellt, was insbesondere bei einem Verständnis von Demokratie als Ordnungsprinzip zu einer reinen Wissensvermittlung ohne Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen oder Befähigung zur eigenständigen Urteilsbildung abläuft (Kessler 2021).

Nur wenige der im Rahmen der Literatursuche gefundenen empirischen Beiträge widmen sich dem Umgang mit Extremismus innerhalb der Institution Schule. Monika Oberle u. a. (2018) analysieren die Vorstellungen von Lehrkräften zum Beutelsbacher Konsens und dem daraus folgenden Umgang mit Extremismus im Unterricht. Zum einen zeigt sich eine fehlende Kenntnis des Beutelsbacher Konsens (BK) bei nicht zu vernachlässigenden Teilen der befragten politikunterrichtenden Lehrkräfte (N=125), und zwar insbesondere bei fachfremd unterrichtenden Lehrkräften (66%) gegenüber ausgebildeten Politiklehrkräften (18%) sowie Referendarinnen und Referendaren (0%) (Oberle/Ivens/Leunig 2018, S. 55). Überdies scheinen viele Lehrkräfte aus dem BK zu schließen, dass sie ihre eigene politische Haltung im Unterricht verbergen (über die Hälfte) und extremistische Positionen im Unterricht gleichberechtigt behandeln müssen (etwa ein Viertel), was den Autorinnen und Autoren zufolge ein Missverständnis darstellt und dringend in der Lehreraus- und -fortbildung bearbeitet werden sollte (Oberle/Ivens/Leunig 2018, S. 60).

Sebastian Fischer (2019) verweist anhand von zwei empirischen Studien auf spezifische Herausforderungen für den Umgang mit Rechtsextremismus in Schulen. Zum einen zeigt er, basierend auf einer Befragung von Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern eines Gymnasiums (N=83), dass das Thema Rechtsextremismus stark auf den Nationalsozialismus bezogen und im Zuge dessen historisiert, depolitisiert und

externalisiert wird. Für den Politikunterricht ergebe sich dadurch die Aufgabe, „ein umfassenderes Bewusstsein der gegenwärtigen Herausforderungen für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft zu schaffen“ (Fischer 2019, S. 116).

Weitere Studien geben Hinweise auf Verbesserungspotentiale der (fach-)didaktischen Ausrichtung des Politikunterrichts. So zeigt sich in einer quantitativen Befragung von Realschülerinnen und Realschülern der neunten Klasse, dass Bestandteile der Motivation (subjektiv eingeschätztes politisches Wissen, fachspezifisches Selbstkonzept und politisches Interesse) eng zusammenhängen und einen positiven Effekt auf das Fachwissen aufweisen (Weißeno/Weschenfelder/Landwehr 2015). Folglich sollten im Politikunterricht verständnisvolle und unterstützende Lernprozesse stattfinden, die Relevanz von Themen dargestellt und individuelle Lernvoraussetzungen beachtet werden (ebd.). Luisa Lemme und Julia Neuhof (2015) stellen auf Basis einer quantitativen Befragung von 13- bis 15-Jährigen heraus, dass die Vorstellungen von Staat insgesamt sehr heterogen, inkonsistent, mehrdimensional sowie unverbunden sind und empfehlen die Entwicklung eines analytischen Kategoriensystems für den Politikunterricht, um eine zusammenhängende Beschreibung und Erklärung von Staat zu ermöglichen.

4.1.2 Politische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip

Da grundsätzlich alle Schulfächer politische Fragen tangieren, müssen diese – einem weiten Verständnis politischer Bildung folgend – auch entsprechend in allen Fächern berücksichtigt und thematisiert werden (Achour/Wagner 2019, S. 98). Lediglich die Studie „Wer hat, dem wird gegeben“ gibt Hinweise über die Umsetzung dieser Querschnittsaufgabe. Die teilnehmenden Schüler:innen der Jahrgangsstufen 9 bis 13 wurden gefragt, wie stark elf vorgegebene politikbezogene Themen außerhalb des Politikunterrichts vertreten waren. Es zeigt sich eine nur teilweise Umsetzung der demokratiebezogenen Inhalte, insbesondere der Themen Muslimfeindlichkeit, verschiedene Formen des Zusammenlebens, Rechtsextremismus und Antisemitismus (Achour/Wagner 2019, S. 99–101).

Auch der Umgang mit rechtsextremen Äußerungen durch Schüler:innen ist Teil der politischen Bildung als fächerübergreifendes Prinzip. Im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung eines Modellprojekts mit Berufsschullehrkräften in Sachsen zeigt sich, dass die Lehrkräfte ihre eigenen Kompetenzen und Wissensstände zum Umgang mit Rechtsextremismus eher gering einschätzen und entsprechende Auseinandersetzungen scheuen und, dass rechtsextremistische Haltungen vor allem als Folge von Defiziten und schwierigen Lebenslagen erachtet werden (Fischer 2019). Entsprechend wird, dem Selbstverständnis als grundsätzlich unterstützende Lehrkraft folgend, „die Auseinandersetzung mit ausgrenzenden Haltungen (...) als abträglich für eine gelingende Lehrer*innen-Schüler*innen-Beziehung erachtet“ (Fischer 2019, S. 119).

4.1.3 Politische Bildung im Rahmen einer demokratischen Schulkultur

Einige Formen schulischer Mitbestimmung durch Schüler:innen werden durch das Schulgesetz geregelt und sind Teil des Kernlehrplans (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a, S. 267). Dennoch berichten, von den im Rahmen der ICCE-Studie befragten Achtklässlerinnen und Achtklässlern in NRW, nur 57%, dass sie in den vergangenen zwölf Monaten eine Klassensprecherin oder einen Klassensprecher gewählt haben (Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a, S. 269). In der Jugendstudie Baden-Württemberg weiß ein knappes Viertel der teilnehmenden Schüler:innen weiterführender Schulen nicht, worum es sich bei einer Schülervollversammlung handelt, alle weiteren abgefragten Mitgestaltungsformate haben höhere Bekanntheitswerte (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 41). Die Mehrheit der Schüler:innen kannte die jeweiligen Formate, hatte aber – mit Ausnahme der Mitgestaltung eines Schulfestes oder einer Projektwoche – noch nicht daran mitgewirkt (Schülervollversammlung, Streitschlichter:in/Schulsanitäter:in, Schülermitverwaltung/Schülerrat, Amt des Klassensprechers/der Klassensprecherin) (ebd.).

Die Befunde von Sabine Achour und Susanne Wagner (2019) deuten darauf hin, dass Schüler:innen aller Schulformen (Jahrgänge 9–13) die Schulkultur insgesamt als demokratisch empfinden, allgemeinbildende Schulen schneiden diesbezüglich allerdings etwas besser ab als berufliche Schulen. Insbesondere nehmen viele Schüler:innen die Schule als Ort wahr, an dem sie lernen, dass es verschiedene Meinungen gibt und wie sie ihre Meinung gegenüber anderen begründen (Achour/Wagner 2019, S. 102–104). Eine Schwachstelle zeigt sich jedoch bei der Wahrnehmung eigener Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen, die alle betreffen (Achour/Wagner 2019, S. 104–105). Bezogen auf die Mitgestaltung des Unterrichts zeigt die Jugendstudie Baden-Württemberg, dass nur 10% der Schüler:innen schon aktiv an der Unterrichtsgestaltung mitgewirkt hat, während weitere 58% daran Interesse hätten (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 43). Weiterhin leitet Peter Große Prues (2022) aus problemzentrierten Interviews mit Lehrkräften ab, dass sich Lehrkräfte von nicht-gesellschaftswissenschaftlichen Fächern für die Demokratieerziehung kaum verantwortlich fühlen.

Nele Rathke (2022) verweist im Rahmen einer explorativen Studie auf die grundsätzliche Diskrepanz zwischen dem Anspruch demokratischen Lernens und „der dominanten Logik der Organisation Schule“ (Rathke 2022, S. 182), die sich unter anderem in der starken Hierarchisierung, der zeitlichen Rhythmisierung und der Bewertungspraxis niederschlägt. Christine Gardemann (2021) ergänzt, dass auch das Selbstverständnis von Lehrkräften als Expertin bzw. Experte für Fach und Unterricht und das daraus folgende Auftreten und Eingreifen ein potentiell Hindernis für Mehrstimmigkeit und Partizipation sein kann. Gleichzeitig mangelt es den befragten Institutionen an klaren Definitionen und Strukturen, bezogen auf das Lernen und die Umsetzung demokratischer Prozesse (Rathke 2022). Der Autorin zufolge kann Demokratielernen innerhalb der Organisation Schule durch selbstverwaltete Räume und Gelegenheitsstrukturen zum Demokratielernen, ein kooperatives Umfeld, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Angstfreiheit bei partizipativen Prozessen und Begegnungen auf Augenhöhe begünstigt werden (Rathke 2022, S. 178).

4.1.4 Exkurs: Wahrnehmung von Angeboten außerschulischer politischer Bildung

Zwei Studien zu politischen Bildungsangeboten geben Hinweise darauf, welche jungen Menschen außerhalb der Schule politische Bildungsangebote wahrnehmen und wo dies stattfindet. In einer quantitativen Studie mit jungen Menschen aus Baden-Württemberg (N=2.311) im Alter zwischen 12 und 18 Jahren, geben 77% der Jugendlichen an, dass sie bisher noch kein politisches Bildungsangebot außerhalb der Schule wahrgenommen haben. Die Prozentzahl der Jugendlichen, die außerschulische Bildungsangebote wahrgenommen haben, liegt bei Gymnasiastinnen und Gymnasiasten (22%) etwas höher als unter Real- und Hauptschüler:innen (jeweils 16%) (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 61–62). Obwohl die Studie keine Aussagen darüber trifft, was die Befragten unter „politische Bildung außerhalb der Schule“ verstanden haben, macht die Zahl deutlich, dass politische Bildung oder Demokratieförderung außerhalb der Schule, zumindest unter baden-württembergischen Jugendlichen, keine zentrale Rolle spielt. Mehr als jede:r zweite Jugendliche in Baden-Württemberg gibt an, dass es kein ausreichendes jugendgerechtes Angebot zur politischen Bildung gibt (Antes/Gaedicke/Schiffers 2020, S. 61).

Diese Unzufriedenheit, die unter Jugendlichen aller Schularten geteilt wird, deutet auf einen Bedarf nach weiteren Angeboten und/oder einer besseren Kommunikation der bestehenden Angebote hin. Hinweise dazu, welche Formate sich am ehesten für die Vermittlung von politischem Wissen eignen, gibt der Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung 2020 in NRW (N=1.000, ab 14 Jahre) (LpB NRW 2021). Die Ergebnisse zeigen, dass 14- bis 29-Jährige in NRW zur Information über politische und gesellschaftliche Themen vor allem niedrigschwellige Formate wählen, wie z. B. über soziale Medien. 60% der Befragten geben an, eine Gedenkstätte oder ein zeitgeschichtliches Museum besucht zu haben. Ungefähr 25% können sich vorstellen, an Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen, Seminaren oder Workshops zu politischen oder gesellschaftlichen Themen teilzunehmen (LpB NRW 2021, S. 59).

4.2 Frühkindliche Bildung

Auch im Bereich der frühkindlichen Bildung schlagen sich aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen nieder. So stellt unter anderem der Umgang mit extremistischen Bestrebungen eine deutliche Herausforderung für Einrichtungen der frühkindlichen Bildung dar.

Bezüglich der Prävention von Extremismus zeigt eine Mixed-Methods-Studie von Sabina Schutter und Magdalena Braun (2018, S. 24) mit 94 standardisiert befragten Fachkräften und zuzüglich 10 Interviewten, dass bei Fachkräften im Bereich der frühkindlichen Bildung Unsicherheiten insbesondere im pädagogischen Umgang mit Kindern rechtsradikaler Eltern bestehen. Ein knapper Personalschlüssel und Fachkräftemangel sind darüber hinaus problematisch für die Umsetzung pädagogischer Aktivitäten und die Zusammenarbeit mit Eltern (Schutter/Braun 2018, S. 32). Auch Thomas Meysen u. a. (2022, S. 7 f.) berichten in ihrer qualitativen Untersu-

chung mittels Fokusgruppen mit u. a. Fachkräften aus der Kita zum Thema fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit demokratiefeindlichen Überzeugungen, dass Rechtsextremismus eine größere Herausforderung als andere Extremismen darstelle. Darüber hinaus beschreiben die Fachkräfte Unsicherheit in der Arbeit mit Eltern, bei denen religiöse und weltanschauliche Sichtweisen bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung eine Rolle spielt, aufgrund mangelndem Wissens über die entsprechende Religion oder Weltanschauung. Auch Kommunikationsprobleme wegen unterschiedlicher Sozialisation oder sprachlichen Eigenheiten können die Arbeit zwischen Fachkräften und Eltern erschweren (Meysen u.a. 2022, S. 5). Fachkräfte äußern Fortbildungsbedarf im Bereich Kinderrechte, Partizipation und antirassistischen pädagogischen Konzepten (Schutter/Braun 2018, S. 35 f.) und Bedarf nach einer stärkeren und strukturellen Vernetzung mit der Kinder- und Jugendhilfe für multipersonelle Konfliktlagen im Bereich frühkindlicher Bildung (Meysen u.a. 2022, S. 12). Außerdem bedarf es weiterer Forschung zum konkreten Bedürfnis der Fachkräfte zur Entwicklung von Strategien im Kontakt mit rechtsextremen Familien (ebd.).

Forschungsergebnisse legen nahe, dass schon junge Kinder sich beteiligen, mitbestimmen und entscheiden möchten (Nentwig-Gesemann/Walther/Thedinga 2017, S. 41) und über ein, zumindest basales, Verständnis von Politik verfügen (Goll 2020, S. 4). So kann die Förderung von demokratischen Kompetenzen bereits im Vorschulalter ansetzen. Eine Untersuchung zu Begriffshäufigkeiten in den Kita-Bildungsplänen aller Bundesländer findet, dass der Begriff Demokratie durchschnittlich auf 15% aller Seiten eher selten, dafür der Begriff Beteiligung durchschnittlich auf 32% aller Seiten häufiger genutzt wird (Wolter 2020, S. 6 f.). Das weist darauf hin, dass demokratische Bildung in den Kita-Bildungsplänen weniger explizit behandelt wird und damit ausbaufähig ist.

Beispiele für demokratische Partizipation im Vorschulbereich stellen Kindertagesstätten dar, die ihre pädagogische Arbeit an dem Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ ausrichten (Richter/Lehmann/Sturzenhecker 2017, S. 9). Qualitative Untersuchungen zeigen jedoch, dass Rituale der Demokratieförderung eher als Vorbereitung für die Schule, statt als demokratische Beteiligungsgremien dienen (Lehmann 2020, S. 289) oder eher als Informationsaustausch und Transparenz statt als ein Entscheidungsgremium, verstanden werden (Höke 2018, S. 106). Eltern hingegen scheinen von der Mitbestimmung der Demokratiebildung weitestgehend ausgeschlossen (Richter/Lehmann/Sturzenhecker 2017, S. 110 ff.).

Nach Einschätzungen der Fachkräfte rufen Konzepte und Materialien für die Praxis eine hohe Resonanz hervor und werden zur Selbstreflexion der Arbeit gewünscht. Diese Angebote sollten niedrigschwellig sein und eine klare Praxisnähe aufzeigen (Stärck/Wach/Zankl 2019, S. 68).

4.3 Kinder- und Jugendarbeit

Kinder- und Jugendarbeit ist ein zentrales Feld der Kinder- und Jugendhilfe (§ 11 SGB VIII). Zur Jugendarbeit gehören eine Reihe von verschiedenen Handlungsfeldern. Die empirischen Studien, die im Rahmen der Literaturrecherche gefunden wurden, decken Teile dieser Arbeit ab, geben aber keineswegs einen flächendeckenden Überblick über die Herausforderungen und Themen, die in diesen Handlungsfeldern verhandelt werden. In diesem Abschnitt wird auf die Jugendarbeit, als Ort der Demokratieförderung und Extremismusprävention, eingegangen. Demokratieförderung und Extremismusprävention sind in der Jugendarbeit, wie unten thematisiert wird, nur ein Thema unter vielen. Ungeachtet dessen finden die Themen immer wieder Eingang in die Kinder- und Jugendarbeit.

4.3.1 Kinder- und Jugendarbeit als Ort der Demokratieförderung und Extremismusprävention

Mit der Kinder- und Jugendarbeit wird häufig das normative Verständnis verknüpft, dass Demokratieförderung ein zentrales Arbeitsfeld der Jugendarbeit darstellt (Rapplenglück 2018, S. 56). Allerdings liegen nur wenige umfassende empirische Erkenntnisse über die Alltagspraxis der Demokratieförderung in der Jugendarbeit vor. Helle Becker (2020, S. 70 f.) hat anhand einer Dokumentenanalyse sowie 14 Interviews mit Expertinnen und Experten, die Praxis der Demokratieförderung/politischen Bildung in der Jugendarbeit untersucht. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in den verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit Demokratieförderung/politische Bildung vorkommt, dessen Formen und Möglichkeiten aber abhängig vom jeweiligen Setting sind (wird z. B. mit einer festen Gruppe gearbeitet, sind es offene Angebote). Oftmals sind es Alltagsthemen, über die demokratiefördernde Situationen entstehen.

Die Ergebnisse von zwei bundesweiten Befragungen zu Rahmenbedingungen, Strukturcharakteristika und konzeptioneller Orientierung der Einrichtungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) geben ein konkretes Beispiel, welchen Stellenwert die Demokratieförderung in der gesamten Angebotspalette dieser Einrichtungen einnimmt. Demnach boten 2018 etwa ein Drittel der befragten Einrichtungen (N=1.350) demokratische Beteiligungsangebote an. Gegenüber der Befragung 2011, handelt es sich hier um einen Anstieg um 7 Prozentpunkte (Mairhofer u. a. 2022, S. 51). Dahingegen geben neun von zehn Einrichtungen an, die Kernangebote der OKJA, wie z. B. Offener Treff/Café und ferienfreizeitbezogene Angebote/Ausflüge, anzubieten. Die Beratungsarbeit ist ein weiteres Handlungsfeld, in dem die OKJA demokratiefördernde bzw. extremismuspräventive Maßnahmen umsetzt. Auch wenn Beratungsthemen wie Rechtsextremismus/Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Salafismus/islamistische Gruppen nur in einem kleinen Teil der Einrichtung nachgefragt werden (17% bzw. 7%), zeigen diese Zahlen, dass die Einrichtungen der OKJA eine erste Anlaufstelle für junge Menschen sein können, die Fragen zu diesen Themen haben (Mairhofer u.a. 2022, S. 129). Dabei muss auch betrachtet werden, dass Beratungen zu Rechtsextremismus/Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Salafismus per se eine kleinere

Gruppe ansprechen als z. B. Konflikte im Allgemeinen oder familiale Probleme, die einen Großteil der Jugendlichen betreffen können.

Regionale qualitative Studien (z. B. Kessler 2018, Ahlrichs 2019), die das Selbstverständnis und die Handlungspraxis demokratischer Bildung in der Jugendverbandsarbeit⁸ sowie speziell in der OKJA untersuchten, weisen darauf hin, dass das eigene Demokratieverständnis den Handlungsorientierungen der Jugendarbeiter:innen sowie Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten zugrunde liegt. Rolf Ahlrichs (2019, S. 368) kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Jugendverbände hinsichtlich der innerverbandlichen Möglichkeiten zur Teilhabe in den formellen demokratischen Strukturen und in den non-formellen bzw. informellen Bereichen unterscheiden. Diese Struktur- und Angebotsselemente fördern oder beschränken die Demokratiebildung der Kinder und Jugendlichen in den Jugendverbänden. Darüber hinaus führen das verengte demokratische Selbstverständnis und die eigene Rollendefinition der Fachkräfte dazu, dass der Demokratiebildung keine Priorität eingeräumt wird. Den Einfluss der eigenen Position der Fachkräfte bestätigen auch Autorinnen und Autoren einer Modellprojektevaluation, in deren Rahmen Jugendliche und Fachkräfte interviewt wurden. Sie kommen zu dem Schluss, „dass Problemwahrnehmungen und (demokratie-)pädagogisches Handeln in der Praxis maßgeblich von der Positioniertheit der Fachkräfte, also ihren Einstellungen, Werten als Privatperson, ihrer Sozialisation aber auch den Kontextbedingungen und gesellschaftlichen Diskursen abhängig sind“ (Dietrich u. a. 2019, S. 29). Schließlich begrenzen gesellschaftliche Einflüsse, wie knappe Zeitressourcen von Kindern und Jugendlichen sowie die Schulentwicklung, die Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe und Teilnahme in den Jugendverbänden.

Um Demokratiebildung in der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit zu stärken, empfiehlt Rolf Ahlrichs (2019, S. 385), den Fachkräften der Jugendbildung und Jugendarbeit Fortbildung und Begleitung etwa in Bezug auf das eigene demokratische Selbstverständnis sowie ihre Aufgaben im eigenen Jugendverband und in der kommunalen Öffentlichkeit anzubieten. Auch Kai Dietrich u. a. (2019, S. 29) weisen auf das Potenzial von Praxisreflexionen im Rahmen einer längerfristigen Prozessbegleitung hin, die auf das eigene Weltbild und die Positioniertheit der Fachkräfte aufmerksam machen kann und Raum für Perspektiverweiterung schafft. Darüber hinaus empfiehlt Rolf Ahlrichs Demokratiebildung in Jugendverbänden selbst (Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Mitgliederversammlung, kollegiale Beratung in der Runde der Gruppenleiter:innen) und auch Demokratiebildung in der kommunalen Öffentlichkeit (Verständigung und öffentliche Diskurse zwischen Kommune und Verein) zu stärken (Ahlrichs 2019, S. 383–401).

8 In der Studie sind der Jugendring sowie sportliche, konfessionelle, politische, helfende und ökologische Jugendverbände eingeschlossen.

4.3.2 Streetwork im analogen und digitalen Raum

Streetwork mit Jugendlichen, die sich von rechtsextremistischen Szenen angezogen fühlen oder bereits dort aktiv sind, ist Thema zweier Studien. In ihrem Buch „Einstiege Verhindern, Ausstiege begleiten“ geben Sally Hohnstein und Frank Greuel (2015) Einblicke in Streetwork- und Beratungsarbeit im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Für Streetwork kommen sie zu dem Ergebnis, dass die Zielgruppenerreichung der aufsuchenden Jugendarbeit anspruchsvoller geworden ist, da sowohl die Begegnungsorte als auch die Stile der rechtsextremen Szene weniger öffentlich erkennbar sind (Hohnstein/Greuel 2015, S. 43). Eine weitere Herausforderung ist die Erreichung von Mädchen, da sie weniger auffällige Verhaltensweisen zeigen (Hohnstein/Greuel 2015, S. 64). Zudem bewegen sich immer mehr Aktivitäten der extremen Rechten im digitalen Raum, wo die klassische Streetwork nicht agiert (Hohnstein/Greuel 2015, S. 199). Einen Versuch, auch Jugendliche im digitalen Raum zu erreichen, hat ein Projekt der aufsuchenden Online-Jugend-Sozialarbeit im Bereich Rechtsextremismus gemacht. Dieses Projekt wurde von Simone Rafael u. a. (2017) anhand von 50 Gesprächen, die im Rahmen dieses Projekts geführt wurden, analysiert. Sie stellt fest, dass es für solche neuen Formate viel spezifisches Wissen zu den Techniken und digitalen Räumen braucht, die Arbeit sehr zeit- und ressourcenaufwändig ist und eine feste pädagogische Beziehung mit den Jugendlichen deutlich schwieriger aufzubauen ist. Ob und unter welchen Bedingungen digitale Streetwork-Formate gut gelingen würden, lässt sich anhand dieser wenigen empirischen Daten nicht schlussfolgern. Die aktuelle Expertise von Sally Hohnstein und Maren Zschach (2023) gibt einen vertieften Einblick in die Diskussion um digitale Extremismuspräventionsansätze einschließlich digitaler Streetwork, und die internationalen Angebote und Anregungspotenziale für die deutsche Praxis.

4.3.3 Erkennung von und Umgang mit demokratiefeindlichen/ extremistischen Haltungen

Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit werden immer wieder mit demokratie- oder menschenfeindlichen Einstellungen und Haltungen konfrontiert. Um solche Situationen einschätzen zu können und daraus Handlungsbedarf abzuleiten, braucht es einerseits Kenntnisse zu den Phänomenen und deren Ausdrucksformen, und andererseits Handlungsorientierungen zum Umgang damit. Eine qualitative Studie von Michael Görtler (2022), in deren Rahmen 20 Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe interviewt wurden, verdeutlicht, dass Fachkräfte Schwierigkeiten bei der Erkennung und Urteilsbildung in Bezug auf Rechtspopulismus haben, in Abgrenzung zu Konzepten wie Rechtsextremismus und GMF. Die subtileren Erscheinungsformen des Rechtspopulismus erschweren die für Fachkräfte notwendige Einschätzung, ob interveniert werden sollte. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kommen Sally Hohnstein und Frank Greuel (2015, S. 177 f.). Sie weisen darauf hin, dass die Ausdrucksformen und die Akteure der rechtsextremen Szene sich beständig ändern und dass sich Fortbildungsangebote dazu für Fachkräfte der Jugendarbeit als hilfreich erwiesen haben. So betont Kai Dietrich u. a. (2019), dass Fachkräfte dabei nicht nur über solche Phänomene informiert sein sollten, sie müssen sich auch zu

den lokalspezifischen Ausprägungen (z. B. lokale Deutungssysteme oder lokale Bezugnahme auf gesamtgesellschaftlichen Debatten) dessen Verhalten. Sowohl Michael Görtler (2022), Helle Becker (2020) und Maurice Döring u. a. (2020) betonen daher in ihren Studien, dass es einen Bedarf an Bildungsangeboten über Phänomene und Radikalisierungsverläufe für Fachkräfte gibt.

Auch David Yuzva Clement (2020) stellt in seiner qualitativen Studie fest, dass es für Fachkräfte in der OKJA Weiterbildungsbedarf sowohl zu den Erscheinungsformen von Islamismus als auch den Methoden zum Umgang damit gibt. Er stellt fest, dass die durch ihn interviewten pädagogischen Fachkräfte (N=12) die Bandbreite an Methoden, u. a. zu Risikoeinschätzungen, noch nicht ausschöpfen. Wenn fachspezifisches Wissen und Reflexionsgelegenheiten über Haltungen und Methoden fehlen, können „Radikalisierungsprozesse oder -tendenzen Jugendlicher innerhalb der Jugendarbeit durch Praxen der Essentialisierung womöglich aufrechterhalten und mitunter verstärkt werden [...], was sich weder mit dem Präventionsgedanken noch mit dem Bildungsauftrag Offener Kinder- und Jugendarbeit vereinbaren lässt“ (Yuzva Clement 2020, S. 455).

Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe und angrenzender Bereiche (z. B. Schule), die in ihrer täglichen Arbeit Kontakte mit fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung (Kinder, Jugendliche, Eltern, Familie) haben, sind darüber hinaus damit konfrontiert, dass sie Kindeswohl und Religions- bzw. Meinungsfreiheit ausbalancieren müssen. Der Studie von Meysen u. a. (2022) zu Folge bemühen sich viele Fachkräfte um eine tolerante und wertschätzende Grundhaltung gegen Religionen, äußern aber auch Unsicherheiten im Kontakt mit ihnen fremder Religiosität. Dies kann dazu führen, dass unintendiert u. a. Stereotypisierungen der Betroffenen stattfinden. Um dieser entgegenzuwirken sind sozialpädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte in der Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie in der Berufsausübung insgesamt in einer kritisch-reflektierten neugierigen Grundhaltung zu stärken.

4.4 Hilfen zur Erziehung

Nach Gregor Behrendt u. a. (2017, S. 54) spielen Rechtsextremismus und rechte Einstellungen bei Jugendlichen oder Eltern in der praktischen Arbeit von sozialpädagogischer Familienhilfe und Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen keine vorrangige Rolle. Dennoch zeigt sich in ihrer standardisierten Befragung, dass fast 78% der zu Rechtsextremismus befragten Fachkräfte „im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit zumindest gelegentlich mit menschenfeindlichen, auf Ungleichwertigkeit abhebenden oder diskriminierenden Einstellungen konfrontiert [sind], wenngleich die jährliche Fallzahl innerhalb der einzelnen Stellen und Dienste in der Mehrzahl gering ist“ (Behrendt u. a. 2017, S. 54 f.). Auch steigt der Beratungsbedarf von Menschen und Fachkräften, die mit neonazistischen Familien konfrontiert sind, in den letzten Jahren an (Hempel 2017, S. 73).

Für das Phänomen Rechtsextremismus lässt sich feststellen, dass „die besonders bildungsfernen und die besonders hoch belasteten Haushalte von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen Abstand halten“ (Behrendt u.a. 2017, S. 63). Hier besteht

ein Bedarf nach pädagogischen Ansätzen, welche Kinder aller Schichten erreichen und diskriminierungsfreie Zugänge ermöglichen (ebd.). Für den Bereich Rechtsextremismus und Familie im Speziellen zeigen Erfahrungen aus der Praxis, dass „Spezialangebote zur Beratung im Themenfeld Rechtsextremismus Vorrang vor integrierten Angeboten in bereits bestehende Beratungsangebote haben sollten“ (Hempel 2017, S. 73 f.). Dazu sind in jedem Bundesland qualifizierte Ansprechpartner:innen notwendig (ebd.).

Im Zeitraum von 2013 bis 2017 reisten über 1.000 junge Menschen aus Deutschland in die Gebiete der Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staats in Syrien aus. Für diesen Spezialfall der aus dem Dschihad Rückkehrenden, gibt Kerstin Sischa (2019, S. 90) für die Familienberatung zu bedenken, „ob nicht eine psychodynamische Familienbegleitung oder psychoanalytisch-therapeutische Angebote einen Beitrag zur Überwindung der notwendig gewordenen Spaltungen und Verleugnungen leisten könnten“. In diesem speziellen Fall geht es in der Familienberatung zunächst um eine psychische Integrationsleistung der Eltern, bevor eine gelingende soziale Re-Integration der Dschihad-Rückkehrerinnen und -Rückkehrer möglich ist (Sischa 2019, S. 91).

4.5 Beratungsstrukturen

Im Folgenden wird auf Grundlage der vorliegenden Studien auf die Herausforderungen und Gelingensfaktoren der Bereiche Opferberatung (OB), Mobile Beratung (MB) und Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (ADA) eingegangen. Da Fälle bezogen auf Linksextremismus nur selten Eingang in die Beratungspraxis finden (Vogt u.a. 2021; Bischoff u. a. 2020), wird im Weiteren der Fokus bei Beratungen auf Rechtsextremismus und islamistischem Extremismus liegen. Wo möglich, werden beratungsformübergreifende Aussagen getroffen, an verschiedenen Stellen werden aber auch Spezifika der Beratungsformen oder -themen beleuchtet.

4.5.1 Zielgruppenerreichung

Um einen allgemeinen Eindruck zu bekommen, an wen sich Personen im Falle eines Beratungsbedarfs zu Extremismus (unabhängig vom Phänomen) wenden würden, führten Marc Allroggen und Thea Rau (2021) eine repräsentative quantitative Befragung (Alter ab 14 Jahre, Altersdurchschnitt 49,52) durch. Von 2.503 Befragten hatten 99% bisher noch keinen Beratungs- oder Hilfebedarf mit Bezug zu Extremismus. Im Falle eines Beratungsbedarfs würden sich die meisten dieser Personen aber in erster Linie an Sicherheitsbehörden (40%), 14% an Ärzte/Psychologen/Psychotherapeuten und jeweils 13% an Erziehungs- und Familienberatungsstellen oder Fachberatungsstellen für Radikalisierung wenden (Allroggen/Rau 2021, S. 251). Unterscheidet man nach Soziodemografie, fällt auf, dass Erziehungs- und Familienberatungsstellen öfter von Frauen als von Männern und Fachberatung eher von Personen mit höherem Bildungsniveau angegeben wurden. Relevant ist auch das Alter: Von jüngeren Personen würden Sicherheitsbehörden weniger oft und Fachkräfte in Gesundheitsberufen eher in Anspruch genommen. Grundsätzliche Inanspruch-

nahme ist weiterhin auch verbunden mit der Geschlechtsidentität und dem sozio-ökonomischen Status: Für männliche und Personen mit niedrigerem Einkommen und/oder niedrigem Bildungsniveau ist es wahrscheinlicher, dass sie sich bei einem Beratungsbedarf an niemanden wenden würden (Allroggen/Rau 2021, S. 252).

In einer Studie mit Fachkräften in NRW (n=349) zu Kontakt mit rechter- und rassistischer Gewalt wurden Fachkräfte gefragt, welche Art der Beratungsstellen Betroffene aufsuchen, wenn sie sich bei Beratungsstellen Unterstützung gesucht haben. Sie gaben an, dass Betroffene am ehesten psychosoziale Beratungsstellen aufsuchen (57%). 42% der Fachkräfte geben an, dass eine Antidiskriminierungsstelle besucht wurde und nur 28%, dass eine Opferberatungsstelle aufgesucht wurde (Farrokhzad/Jagusch 2022, S. 34). Die Ergebnisse beider Studien zeigen, dass eine Minderheit sich direkt an Fachberatungsstellen wenden würde. Neben gesteigerter öffentlicher Sichtbarkeit dieser Beratungsstellen sollten auch andere Stellen, wie Sicherheitsbehörden und Gesundheitspersonal, über Wissen verfügen, an wen sie Personen weiterleiten können (Allroggen/Rau 2021).

Zielgruppen(-erreichung) der Mobilen Beratung

Eine Analyse der Mobilen Beratung (MB) in NRW (Wenzler u. a. 2019, S. 30 ff.) zeigt, dass Beratungsanfragen sowohl von öffentlichen bzw. staatlich geförderten Institutionen als auch von nichtstaatlichen Akteuren gestellt werden. Auch eine Analyse des Beratungsnetzwerk Hessen (2022) und die Evaluation der Mobilen Beratung im Rahmen von „Demokratie leben!“ (Bischoff u. a. 2020) belegen, dass Beratungsanfragen hauptsächlich von zivilgesellschaftlichen Initiativen, pädagogischen Fachkräften oder Einzelpersonen kommen. ebd. (2020) geben an, dass sich die Prozentzahl der Anfragen von zivilgesellschaftlichen Akteuren von 2016 zu 2018/2019 fast verdoppelt hat: „das bedeutet, dass sich der Schwerpunkt von der Reaktion auf rechtsextreme Vorfälle hin zu Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren bei der Gestaltung des demokratischen Zusammenlebens verschoben hatte (anteilig 20% im Jahr 2016 auf 40% im ersten Halbjahr 2019)“ (S.67). Insgesamt beschreiben Beratungsnehmende die Bekanntheit der MB als relativ hoch und die Zugänge als vielfältig (ebd.)

Zielgruppen(-erreichung) der Opferberatung

Die Zielgruppen der Opferberatung (OB) haben sich über die Jahre von eher alternativen Jugendlichen zu Personen mit Migrationsgeschichte und Geflüchteten verschoben (Bischoff u. a. 2020, S. 147). Eine Analyse der OB in der jetzigen Förderperiode von „Demokratie leben!“ zeigt, dass vor allem wohnungslose Menschen, Menschen mit Behinderung und LSBTIQ, die von rechts motivierter Gewalt betroffen sind, schwerer zu erreichen sind. Auch Betroffene von Antisemitismus und Antiziganismus gehören zu den schwerer erreichbaren Zielgruppen (Haase 2021, S. 24). Zur Erreichung dieser Zielgruppen braucht es kontinuierliche Netzwerkarbeit und das proaktive Herantreten an die Betroffenen und Communitys in ihren Sozialräumen. Dies benötigt ausreichend Ressourcen. Darüber hinaus könnte über weitere Zugangsmöglichkeiten, z. B. Online-Angebote, nachgedacht werden (Haase 2021).

Im Rahmen der Programmevaluation von „Demokratie leben!“ wurden im Jahr 2019 73 Beratungsnehmende der OB befragt. Die meisten geben an, durch das

persönliche Umfeld von der Beratung erfahren zu haben (45 Personen). Eine weitere Analyse der Beratungsanfragen selber zeigt allerdings, dass oft ein nichtstaatlicher Akteur als vermittelnde Instanz bei der Kontaktaufnahme unterstützt hat. Zusätzlich ergibt die Umfrage, dass die aufsuchende Beratungsarbeit bei der Zielgruppenerreichung eine zentrale Rolle spielt: mehr als ein Drittel kam durch direkte Ansprache zur OB. Weniger zentral bei der Zielgruppenerreichung waren schriftliche Unterstützungsangebote, Internetpräsenz oder auch die Verweisung durch Polizei oder durch eine Anwältin oder einen Anwalt (Bischoff u. a. 2020, S. 54–57).

Dass die Polizei nur bedingt als vermittelnde Instanz fungiert, belegte auch eine Studie mit Opfern rechter Gewalt in Thüringen (Quent/Geschke/Peinelt 2017). Nur in wenigen Fällen wurden die Opfer durch die Polizeibeamtinnen bzw. -beamten (vollständig) über die verschiedenen Möglichkeiten des Opferschutzes informiert (ebd.). Die Polizei, aber auch weitere Fachkräfte, die in Kontakt sind mit von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffenen Personen, sollten für die Unterstützungsmöglichkeiten sensibilisiert werden, um Personen an die richtigen Stellen zu verweisen (ebd.).

Zielgruppen(-erreichung) der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit

Mehrere Studien zur Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit (ADA) im Bereich des islamistischen Extremismus stellen fest, dass nur selten Indexpersonen selber zur Beratungsstelle kommen. Stattdessen sind es entweder Personen aus dem direkten Umfeld oder Fachkräfte, die den ersten Kontakt aufnehmen bzw. sich im Umgang mit der Person Beratung wünschen (Emser u. a. 2022a; Möller/Lempp/Maier 2022; Röing 2021). Oft bleibt es auch nur beim Kontakt mit dem persönlichen oder professionellen Umfeld der Indexperson: In einer Analyse der Fachstelle Salam wurde festgestellt, dass nur in circa einem Fünftel der Fälle durch die Beratungsstelle ebenfalls Kontakt mit der Indexperson hergestellt wurde (Möller/Lempp/Maier 2022, S. 89). Auch im Bereich Rechtsextremismus spielen das Umfeld und Fachkräfte bei der Zielgruppenerreichung eine wichtige Rolle, stellten Carmen Figlestahler und Katja Schau (2021) in ihrer Analyse der ADA im Handlungsbereich Land von „Demokratie leben!“ und Kurt Möller u. a. (2015) in ihrer Evaluation eines Aussteigerprogramms für Rechtsextreme in NRW fest. Zur Erreichung der potenziellen Beratungsnehmer:innen sollten daher Beratungsangebote in beiden Themenfeldern im Umfeld der Personen sichtbar und präsent sein (Emser u. a. 2022b; Röing 2021).

Hemmend für die Erreichung der Zielgruppe sind vorherige schlechte Erfahrungen mit Beratungsangeboten oder mit anderen Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe oder der Sozialarbeit (Selby/Walkenhorst/Weyda 2021). Die Forschungsergebnisse zur ADA im Bereich Rechtsextremismus zeigen darüber hinaus, dass Angebote überwiegend Jugendliche erreichen, die strukturelle Integrationsdefizite oder sozio-emotionale und therapierelevante Problematiken aufweisen (Hohnstein/Greuel 2015, S. 72 f.). Schwierigkeiten zeigen sich beim Erreichen von nicht-tatverdächtigen oder nicht-straftälligen Jugendlichen sowie von Mädchen und jungen Frauen (Hohnstein/Greuel 2015, S. 193; Möller u. a. 2015). Auch in der aktuellen Laufzeit von „Demokratie leben!“ wird klar, dass die Erreichung von weiblichen Personen weiterhin eine Herausforderung bleibt (Figlestahler/Schau 2021, S. 18). Um bisher weniger erreichte Teilzielgruppen besser zu erreichen, sind neben einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit weitere Strategien der Zugangserschließung zu

diskutieren und zu erproben, z. B. offene Gruppenangebote und aktive Ansprache im Internet (ebd.). Zugleich sollen die Fachkräfte und Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren über die notwendige Sensibilität verfügen, rechtsextreme Orientierungen und Verhalten bei Mädchen und Frauen zu erkennen (Hohnstein/Greuel 2015, S. 74). Auch ein „verstärkte[-r] fachliche[-r] Austausch mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis zur Analyse von Gelingens- und Scheiternsbedingungen für Angebote für Frauen und Mädchen“ wird in diesem Kontext empfohlen (Figlesthler/Schau 2021, S. 49).

Eine Besonderheit im Bereich des islamistischen Extremismus besteht darin, dass ein Teil der Beratungsanfragen auf Situationen beruhen, die nicht unbedingt auf eine Radikalisierung hinweisen. Kurt Möller u. a. (2022) stellten fest, dass bei etwa 20 % der Beratungsanfragen bloß eine Hinwendung zum Islam oder eine verstärkte Glaubensausübung Grundlage für eine Beratungsanfrage war. Die Autorinnen und Autoren weisen deswegen darauf hin, dass in solchen Fällen die Umfeldpersonen sensibilisiert und Stigmatisierung von Musliminnen und Muslimen entkräftet werden sollten (Emser u. a. 2022b; Möller/Lempp/Maier 2022).

4.5.2 Bedingungen einer gelungenen Beratungspraxis

In mehreren Studien zur ADA und OB wurde als zentrale Ausgangsbedingung einer gelungenen Beratungspraxis ein Vertrauensverhältnis zwischen Berater:in und Beratungsnehmenden und eine kontinuierliche Begleitung genannt (Emser u. a. 2022a; Hohnstein/Greuel 2015; Palloks/Steil 2015). Das Vertrauensverhältnis ist dabei nicht nur wichtig für die jetzige Beratungsarbeit, sondern kann auch dazu führen, dass die Beratungsnehmenden sich für weitere Hilfsangebote öffnen (Palloks/Steil 2015). Im Bereich Distanzierung von islamistischem Extremismus kommen Studien zu unterschiedlichen Einschätzungen darüber, ob für das Vertrauensverhältnis zu den Beraterinnen bzw. Beratern u. a. eine geteilte Lebenserfahrung als muslimische Person in Deutschland positiv beitragen kann (Selby/Walkenhorst/Weyda 2021; Sponick u. a. 2020; Figlesthler u. a. 2019). In allen Fällen scheint es wichtig, dass durch ein diverses und multiprofessionelles Team der passende Zugang zu den individuellen Jugendlichen einfacher geschafft werden kann (Sponick u. a. 2020).

Im Bereich der ADA mit rechtsextremen Jugendlichen wurden neben der Kontinuität und Langfristigkeit der Distanzierungsangebote zusätzlich auch fachliche (Zusatz-)Qualifikationen und eine kompetenzbündelnde Zusammenarbeit (im Team und durch Kooperation mit Akteurinnen sowie Akteuren aus anderen Handlungsfeldern) als Gelingensfaktoren identifiziert (Hohnstein/Greuel 2015). Ebenfalls förderlich sind der Austausch zu fachlichen und politischen Fragen, die Mitarbeit in Gremien, der Rückhalt in der Bundespolitik, beim Landesdemokratiezentrum bzw. dem Beratungsnetzwerk sowie die Arbeit von Bundesverbänden bzw. Bundesarbeitsgemeinschaften (Figlesthler/Schau 2021, S. 12).

Gerade Projektförmigkeit und Befristung der Angebote, der Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich sowie die eingeschränkte Ressourcenausstattung können die

Langfristigkeit der Beratung jedoch negativ beeinflussen (Karliczek u. a. 2023; Figlestahler/Schau 2021, S. 12). Die Gewinnung von geeignetem Fachpersonal ist über alle Beratungsbereiche hinweg, aber insbesondere im Beratungsfeld gegen Islamismus und Islam- und Muslimfeindlichkeit eine Herausforderung (Bischoff u. a. 2020). In Kombination mit mangelnden Ressourcen ergeben sich Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Qualitätsstandards für eine gute Beratungspraxis (Figlestahler/Schau 2021; Haase 2021; Bischoff u. a. 2020).

4.5.3 Beratungsergebnisse

Ab wann eine Beratung im Bereich Extremismus(-prävention) als erfolgreich eingestuft wird, ist Teil einer kontinuierlichen Debatte. Vor allem in der ADA tut sich immer wieder die Frage auf, ab wann über einen Ausstieg oder eine erfolgreiche Distanzierung gesprochen werden kann, da sich schwer allgemeingültige Indikatoren für gelungene ADA entwickeln lassen (Greuel/König/Langner 2020). Zudem bleibt die Frage offen, wer den Erfolg einer Beratung beurteilen kann. Wie eine Beratungssituation beschrieben und interpretiert wird und welche Faktoren als relevant für die Distanzierung eingestuft werden, ist, so zeigt eine Studie von Till Baaken u.a. (2020), u. a. abhängig von der Perspektive der Befragten (Beratungsnehmer:innen, Beraterinnen und Berater oder systemisches Umfeld). Welche Outcomes oder sogar Wirkungen die verschiedenen Beratungsformate ergeben, lässt sich also nicht übergreifend beantworten. Unterschiedliche Studien geben aber Hinweise dazu, wie die Beratung beurteilt wurde und wo Lücken identifiziert wurden.

In der Befragung der Beratungsnehmenden der Mobilen Beratung (MB) (Bischoff u. a. 2020) wurde vor allem auf einen deutlichen Wissenszuwachs hingewiesen. Die Möglichkeit, sich mit kompetenten Personen zu unterschiedlichen Anliegen auszutauschen und ernst genommen zu werden, wurde als wichtig empfunden (Bischoff u. a. 2020, S. 60–61). Dies scheint in Übereinstimmung mit den Beratungsbedarfen, die Nils Wenzler u. a. (2019) für NRW identifizierten, wo neben Handlungsfähigkeit in Krisensituationen und Organisationsentwicklung Wissensvermittlung und Austauschräume ein zentraler Grund für Beratungsanfragen bei der Mobilen Beratung waren. Darüber hinaus wurden die aufgebauten (lokalen) Netzwerke für zivilgesellschaftliche Beratungsnehmende als klares Ergebnis von Beratungsprozessen beschrieben (Bischoff u. a. 2020).

In einer Befragung von Beratungsnehmenden der Opferberatung antworteten 60 der 63 Befragten, die diese Frage ausgefüllt haben, generell zufrieden mit der Beratung gewesen zu sein und bei Bedarf wieder eine Beratung in Anspruch nehmen zu wollen (Bischoff u. a. 2020). In einer Studie, in der autarke und begleitete Distanzierungsfälle miteinander verglichen wurden, konnten einige positive Ergebnisse von Beratungsprozessen identifiziert werden. So kann die Beratungsarbeit beim Ausbau von sozialen Kompetenzen unterstützend wirken, kritisches Denken fördern und die Beziehung zur Familie stärken (Selby/Walkenhorst/Weyda 2021).

Was sowohl in Studien zur Opferberatung (OB) als auch zur ADA als weniger positiv beurteilt wurde, war die geringe Vermittlung von medizinischer und psycholo-

gischer Beratung. Als Grund dafür wird in den meisten Fällen ein Mangel an Therapieplätzen genannt (Dittmar 2022; Emser u. a. 2022b; Haase 2021; Bischoff u. a. 2020). Um diese Situation zu ändern, bräuchte es einen Ausbau der psychotherapeutischen Versorgungsstrukturen (Emser u. a. 2022b; Haase 2021; Bischoff u. a. 2020). Darüber hinaus könnte ein Austausch mit Fachkräften im psychotherapeutischen Bereich gewinnbringend sein (Figlesthler/Schau 2021, S. 13). Zusätzlich wird empfohlen, dass Geldgeber den Ausstiegsprojekten ermöglichen, therapeutisches Fachpersonal fest in die Arbeit zu integrieren (Röing 2021).

Sowohl in Bezug zur MB als auch zur OB, wurde auf die Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstellen hingewiesen, um der Arbeit der Beratungsstellen und der dort bearbeiteten Problematiken Sichtbarkeit zu verschaffen. Auch für die Beratungsnehmenden kann Öffentlichkeit ein wichtiges Outcome der Beratungspraxis sein (Haase 2021; Bischoff u. a. 2020). Jedoch äußern Beratende, nicht über ausreichend Ressourcen und Zeit zu verfügen, um diese zusätzliche Aufgabe fachgerecht umsetzen zu können (Haase 2021).

4.5.4 Digitalisierung in der Beratungspraxis

Während der Pandemie sahen sich Beratungsstellen teilweise dazu gezwungen, digitale Beratungsangebote bereitzustellen (Haase 2021). Dies führte zu unterschiedlichen Herausforderungen, wie die Beratungsstellen der OB berichteten: So wurden Schulungsbedarf der Fachkräfte und die fehlende Unterstützung in Bezug auf datenschutzrechtlich konforme Onlineberatungstools genannt. Auch nicht alle Zielgruppen waren gleichermaßen erreichbar durch Onlineangebote (ebd.).

Eine Analyse zu hybriden Beratungsangeboten für Distanzierungsarbeit (Online-Beratung und Begleitung) anhand von Experteninterviews und Diskussionen mit Praktikerinnen und Praktikern aus der Beratungsarbeit im Bereich islamistischer Extremismus (Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ 2021) deuten auf mehrere Entwicklungspotenziale in der digitalen Beratungspraxis hin:

- Zielgruppengewinnung (Personen in strukturschwachen bzw. ländlichen Gegenden, in kontrollierten und restriktiven sozialen Umfeldern sowie in Filterblasen bzw. radikalisierten Online-Communitys),
- Entwicklung von neuen interdisziplinären Ansätzen und Methoden (etwa Teams mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, Peers und Aussteigerinnen und Aussteigern aus der extremistischen Szene),
- ein stärkeres Verstehen und eine Annäherung an die Lebenswelt der „digital natives“,
- mehr theologische Online-Angebote und eine stärkere Einbindung von muslimischen Gemeinden,
- Aus- und Weiterbildung (z. B. „scenario-based-training“).

4.6 Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe

Das folgende Kapitel stellt Erkenntnisse aus empirischen Studien zu Bedarfen der Demokratieförderung und Extremismusprävention im Bereich der Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe dar. Dabei scheint Extremismusprävention in diesem Bereich deutlich stärker untersucht als Demokratieförderung. Die Studien stellen nahezu ausschließlich qualitative Untersuchungen dar. Nur eine der betrachteten Studien verwendet Mixed Methods. Dies gilt es, bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten. Nach einem kurzen thematischen Problemaufriss zum jeweiligen Inhaltsgebiet erfolgt die Darstellung der Bedarfe – zunächst für Demokratieförderung, anschließend für Extremismusprävention.

In der ausgewerteten Literatur für diesen Abschnitt, wird der Begriff Demokratieförderung kaum verwendet. Zumeist wird der Begriff politische Bildung für tatsächliche Bildungsangebote, aber auch für strukturbezogene und prozedurale Aspekte genutzt. Politische Bildung wird im Bereich der Rechtspflege, Strafverfolgung und Bewährungshilfe verstärkt mit dem Ziel der Deradikalisierung und Extremismusprävention diskutiert (Schneider 2019, S. 180). Auch aus pädagogischer Perspektive ist es geboten, den sich im Jahr 2022 in Deutschland in Haft befindlichen 2.654 männlichen und 106 weiblichen jungen Menschen (Statista 2023) ein „qualifiziertes, hochwertiges (politisches) Bildungsangebot angedeihen zu lassen“ (Schneider 2019, S. 185). Ziel von politischer Bildung im Jugendstrafvollzug ist es, „inhaftierten Jugendlichen Diskussions- und Reflexionsräume zu den Themen Demokratie, Mitbestimmung, Diversität, Identität und Meinungsfreiheit zu bieten und ihre Selbstwirksamkeit und Resilienz gegenüber antidemokratischen Einstellungen zu stärken“ (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, Zitat aus Zusammenfassung). Unabhängig von der hohen Relevanz steht infrage, inwieweit die Möglichkeit von gelingenden Bildungsprozessen unter Haftbedingungen besteht, da sich das Spannungsfeld zwischen Kernelementen der politischen Bildung, wie Mitbestimmung, Erziehung zu Mündigkeit und demokratischen Aushandlungsprozessen sowie einer bestehenden Machtkonstellation und der institutionalisierten Unfreiheit kaum auflösen lässt (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, S. 35; Schneider 2019, S. 185). Dennoch besteht nach der qualitativen Studie von Lisa Schneider (2019, S. 189) bei jungen Menschen in Unfreiheit ein großer Bedarf nach politischer Bildung, wobei „die Aushandlung ihrer Lebenslagen in Haft und die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse eine zentrale Rolle spielen“. Auch Alina Neitzert u. a. (2021, S. 18) finden in ihrer qualitativen Untersuchung, dass die Nachfrage nach politischer Bildung das Angebot übersteigt.

Nach der qualitativen Untersuchung von Sina Tultschinetski u. a. (2022, S. 15 f.) fehlt es in Deutschland bisher an flächendeckenden, verstetigten Angeboten der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug. Die interviewten Expertinnen und Experten sprechen sich dafür aus, „politische Bildungsangebote zu einem größeren, wenn nicht gar regulären Bestandteil des Jugendvollzugs zu machen“ (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, S. 16). Außerdem sei es notwendig sowohl Angebote der politischen Bildung als auch Evaluationen an die Besonderheiten des Haftkontextes anzupassen, um damit einhergehenden Herausforderungen begegnen zu können.

Aufgrund dieses erheblichen Mehraufwands sind dafür mehr Ressourcen für Anbahnungs- und Aushandlungsprozesse einzuplanen (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, S. 35). Auch werden mehr Ressourcen und Strukturen für den Aufbau von Fachnetzwerken zur politischen Bildung im Jugendstrafvollzug benötigt, um Wissens- und Erfahrungsbestände in diesem Bereich zu erweitern (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, S. 34). Darüber hinaus ist eine langfristig angelegte wissenschaftliche Begleitung, z. B. in Form von formativen Evaluationen von Angeboten, notwendig, um die empirische Basis zur Messbarkeit und Wirkung von politischer Bildung in Haft zu verbreitern (Tultschinetski/Theis/Rieth 2022, S. 35). Auch für die Prävention von Extremismus im Jugendstrafvollzug ist insbesondere die politische Bildung gefragt. Thematisch bestehen viele Ansatzpunkte, so bei Themen wie Nahostkonflikt, Antisemitismus, Gleichberechtigung von Mann und Frau oder Homophobie, bei denen Jugendstrafgefangene erhebliche Defizite aufweisen bzw. zum Teil recht problematische Positionen vertreten (Stelly u. a. 2022, S. 133 f.). Wissenschaftliche Studien legen nahe, dass aufgrund der herausfordernden und sozial marginalisierten Zielgruppe eine niederschwellige politische Bildungsarbeit ein wichtiges Mittel zur Radikalisierungsprävention darstellt (Neitzert u. a. 2021, S. 17). Dabei muss Präventionsarbeit in diesem Bereich auf wissenschaftlicher und grundrechtlicher Basis erfolgen (Hatton 2020, S. 8) und auf den Haftkontext zugeschnitten sein (Neitzert u. a. 2021, S. 12). Speziell für das tendenzielle Problem der Versicherheitlichung von (sozial-)pädagogisch ausgerichteten Angeboten gilt es, im Kontext Haft einen Umgang zu finden (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 181).

In der Forschung und Praxis zum Umgang mit radikalisierten Gefangenen ist ein deutlicher Fokus auf demokratiefeindlichen Islamismus festzustellen. Der Umgang mit Rechtsextremismus im Gefängnis wird in wissenschaftlichen Debatten kaum aufgegriffen und zu linker Militanz finden sich keine Beiträge (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 18). Bezüglich der Wirkung von Präventions- sowie Ausstiegsarbeit sollten die Erwartungen nicht groß sein, stellt eine Studie zu Musliminnen und Muslimen im Jugendstrafvollzug fest. Schon Zweifel gegenüber einfachen Weltbildern und politischen Lösungen zu erzielen, sei ein Erfolg (Stelly u. a. 2022, S. 134).

Insgesamt ist es schwierig zu bestimmen, wie viele Inhaftierte anfällig für Radikalisierung sind (Hatton 2020, S. 15). In der Wissenschaft ist umstritten, ob Radikalisierung in Haft einen so hohen Stellenwert hat, wie es Medienberichte suggerieren (Neitzert u. a. 2021, S. 7). Die Haft stellt für die Betroffenen eine Herausforderung und kritische Lebensphase dar. Dies prägt sich in Form von psychischen Belastungserscheinungen bei Inhaftierten aus (Hatton 2020, S. 16). Daraus folgt insbesondere im Jugendstrafvollzug eine erhöhte Anfälligkeit für Radikalisierung (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 9; Neitzert u. a. 2021, S. 12). Extremistische Ideologien stellen dabei ein Angebot zur Bewältigung der persönlichen Krise dar (Hatton 2020, 16 f.). Dabei fehlen bisher empirische Belege, dass „der deutsche (Jugend-) Strafvollzug einen ‚hot-spot‘ der Radikalisierung darstellt“ (Stelly u. a. 2022, S. 131).

Das Phänomen des islamistischen Extremismus betrifft eher eine kleine Gruppe der Jugendstrafgefangenen, bei welchen die Bearbeitung der Radikalisierungsproblematik über individuelle Unterstützungsangebote erfolgen kann (Stelly u. a. 2022, S. 131). In der Untersuchung von Wolfgang Stelly u. a. (2022, S. 131) zeigte sich bei

muslimischen Jugendstrafgefangenen eine besondere Ansprechbarkeit für religiöse Themen und ein geringes Wissen über den Islam, wobei Zustimmung zu islamistischen Aussagen vereinzelte Minderheitenpositionen darstellten. Eine islamistische Rekrutierung im Gefängnis stellt somit kein Massenphänomen dar und eine islamistische Radikalisierung in Haft beläuft sich nach derzeitigem Kenntnisstand in Deutschland auf Einzelfälle (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 15; Eifert 2021, S. 123 f.; Neitzert u. a. 2021, S. 11; Hatton 2020, S. 15).

Trotz der politischen und medialen Aufmerksamkeit auf das Phänomen des Islamismus konstatierten im Jahr 2017 die von Anika Hoffmann u. a. befragten Expertinnen und Experten, dass im deutschen Strafvollzug „nach wie vor mehr rechtsextreme als islamistische Radikale zu finden seien“ (Hoffmann u. a. 2017, S. 123). Aktuell sind nach Alina Neitzert u. a. (2021, S. 12) verstärkt rechtsextreme Einstellungen unter Inhaftierten feststellbar, was ein intensivierter Verfolgungsdruck seitens der Sicherheitsbehörden erklären und ein Resultat der Radikalisierung der Gesamtgesellschaft sein kann. Im Bereich der Rechtsextremismusbearbeitung im Kontext Haft fehlen systematische Erkenntnisse, trotz einer zunehmenden Anzahl an Aussteigerprojekten sowie Trainingsangeboten (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 14 f.).

Die wissenschaftliche Begleitung zu Modellprojekten zivilgesellschaftlicher Träger stellt die herausforderungsvollen Rahmenbedingungen von Angeboten zu Radikalisierungsprävention im Kontext Gefängnis heraus (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 179). Übergreifend ist festzustellen, dass zivilgesellschaftlichen Trägern Ressourcen fehlen, um die Nachfrage aus Haftanstalten abzudecken (Neitzert u. a. 2021, S. 19). Um einer Radikalisierung im Jugendstrafvollzug vorzubeugen, ist außerdem von Bedeutung, wie Erfahrungen von Deprivation und Entrechtung vermieden werden können (Stelly u. a. 2022, S. 134). Dazu ist ein positives Anstaltsklima anzustreben, welches von „Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungen (Verfahrensgerechtigkeit), dem respektvollen Umgang zwischen Beschäftigten und Gefangenen und der Vermeidung von Frustrationen“ (ebd.) getragen wird. Bedienstete im Justizsystem und in Haftanstalten sollten dazu über das nötige Wissen zur Radikalisierungsprävention verfügen, sodass sie Radikalisierungsprozesse identifizieren können. Dazu ist es notwendig, sie in diesem Bereich sensibilisierend weiterzubilden (Jakob/Jukschat/Herding 2023, S. 19; Hatton 2020, S. 81). Aufgrund der stärkeren Verbreitung von Rassismus und Menschenfeindlichkeit, im Vergleich zu islamistischen Einstellungen, braucht es insbesondere mehr Schulungen und praxisorientierte Empfehlungen für Justizpersonal zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und verwandten Phänomenen wie Verschwörungserzählungen (Neitzert u. a. 2021, S. 20). Außerdem können Fortbildungen über das Reflektieren eigener Einstellungen präventiv wirken (Cobbinah/Danielzik 2022, S. 31). Zudem sollten Mandate von in Justizvollzugsanstalten eingesetzten Präventionsbeauftragten über Islamismus hinaus auf sämtliche Formen von Extremismus und Menschenfeindlichkeit in Haft, insbesondere dem Phänomen des Rechtsextremismus, ausgeweitet werden (Neitzert u. a. 2021, S. 5).

Verstärkt sollte auch die Bewährungshilfe bei der Präventionsarbeit mitgedacht werden. Fachkräfte in diesem Bereich haben Bedarf an praxisorientierten Schulungen zum Thema Extremismus und Radikalisierung und „ein Handlungsleitfaden zum Umgang mit potenziell radikalisierten Klientinnen und Klienten sowie zu diesem

Thema geschulte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in den Gerichtsbezirken können die Handlungssicherheit der Bewährungshelfer:innen erhöhen“ (Neitzert u.a. 2021, S. 6).

Speziell für den Bereich der Prävention von islamistischem Extremismus ist eine Ausweitung der professionellen islamischen Religionsbetreuung von Bedeutung. Diese kann eine beträchtliche präventive Wirkung entfalten und das Risiko einer problematischen Radikalisierung verringern (Neitzert u. a. 2021, S. 15). Allerdings verfügen Imame derzeit über unzureichende Kapazitäten für die islamische Religionsbetreuung, da die Nachfrage das Angebot übersteige und Imame oft nebenberuflich und auf Honorarbasis tätig sind (Neitzert u. a. 2021, S. 16).

4.7 Zwischenfazit

Die Ergebnisse der oben diskutierten Studien zu Demokratieförderung und Extremismusprävention in den verschiedenen Regelstrukturen zeigen eine Fülle spezifischer Bedarfe für den jeweiligen Kontext. Übergreifend zeigt sich einerseits ein **Bedarf nach Stärkung der Demokratieförderung bzw. politischer Bildung** in verschiedenen Regelstrukturen, mit denen junge Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen in Kontakt kommen (können). Im Kontext Schule gilt es, politische Bildung als Unterrichtsfach, aber auch als fachübergreifendes Prinzip und im Rahmen einer demokratischen Schulkultur zu stärken. Besonders hoch ist dieser Bedarf im nicht-gymnasialen Bereich, da dort weniger Stunden für politische Bildung vorgesehen sind und gleichzeitig der Anteil der Lehrkräfte, die fachfremd Politik unterrichten, besonders hoch ist. Entsprechend steigt das Niveau politischer Bildung mit dem Level der formalen Bildung. Die Bedeutung von Schule als Ort politischer Bildung wird auch dadurch betont, dass politische Bildung oder Demokratieförderung außerhalb der Schule für Jugendliche keine zentrale Rolle spielt. Die Leerstelle in der Forschung zu Demokratieförderung in Hort und (Ganztags-)Grundschule spiegelt einen Bedarf für die Fachpraxis der Demokratieförderung wieder, der bereits vom 16. Kinder- und Jugendbericht herausgestellt (Bundestagsdrucksache 2020, S. 16–18) und im Rahmen von Kontext- und Wirkanalysen der wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Braun u. a. 2022) bestätigt wurde.

Auch im Bereich frühkindliche Bildung besteht ein Bedarf nach Stärkung demokratischer Bildung, da die demokratischen Kompetenzen bereits im Vorschulalter gestärkt werden können, demokratische Bildung jedoch nur in wenigen Kita-Bildungsplänen auftaucht. Für die Kinder- und Jugendarbeit ist festzuhalten, dass deutlich weniger demokratische Beteiligungsangebote im Vergleich zu Kernangeboten der OKJA bestehen und Demokratiebildung bisher in der Jugendverbandsarbeit keine Priorität darstellt. Um an dieser Stelle die Demokratieförderung zu stärken, werden Fortbildungsangebote für Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten sowie Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter benötigt. Bisher fehlt es in Deutschland zudem an flächendeckenden, verstetigten Angeboten der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug. So kann derzeit die Nachfrage nach politischer Bildung im Kontext Haft durch zivilgesellschaftliche Träger nicht abgedeckt werden.

Für die Fachpraxis ist übergeordnet darüber hinaus ein **Bedarf nach Fortbildung** zur Demokratieförderung und Extremismusprävention festzustellen. So schätzen Lehrkräfte ihre Kompetenz und ihren Wissenstand zum Umgang mit Extremismen teilweise als gering ein. Bei Fachkräften der frühkindlichen Bildung bestehen Unsicherheiten im Umgang mit extremistischen Bestrebungen und insbesondere im pädagogischen Umgang mit Kindern rechtsradikaler Eltern. Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit äußern ebenso Schwierigkeiten bei der Erkennung und Urteilsbildung in Bezug auf Rechtspopulismus, insbesondere in Abgrenzung zu Konzepten wie Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und auf Ausprägungen von religiös begründetem Extremismus. Dementsprechend gibt es einen Bedarf an Bildungsangeboten zu Phänomenen und Radikalisierungsverläufen. Auch im Bereich Strafvollzug zeigt sich, aufgrund der stärkeren Verbreitung von Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ein Fortbildungsbedarf zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, verwandten Phänomenen wie Verschwörungserzählungen und zur Radikalisierungsprävention. Hinzu kommt, dass die Bewährungshilfe bei der Präventionsarbeit verstärkt mitgedacht werden muss. Fachkräfte in diesem Bereich haben Bedarf an praxisorientierten Schulungen zu den Themen Extremismus und Radikalisierung.

Das **Erreichen bestimmter Zielgruppen** stellt für die verschiedenen Kontexte der Fachpraxis eine Herausforderung dar. So lassen sich insbesondere Mädchen und junge Frauen schwieriger erreichen, da sie weniger auffällige Verhaltensweisen zeigen und ein Präventionsbedarf entsprechend weniger erkannt wird. Dies gilt für die aufsuchende Jugendarbeit und ebenso für Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Schwierig ist es auch, Zugänge zu marginalisierten Gruppen zu etablieren, die von rechts motivierter Gewalt betroffen sind. Nur eine Minderheit Betroffener würde sich direkt an Fachberatungsstellen zu Extremismus wenden. Zudem halten weniger privilegierte Haushalte von Beratungsangeboten, wie z. B. bei den Hilfen zur Erziehung, Abstand. Eine gesteigerte öffentliche Sichtbarkeit von Beratungsstellen wäre wichtig, allerdings fehlt ihnen oft die Zeit für Öffentlichkeitsarbeit. Geeignete Ansätze, die Familien und junge Menschen aller Schichten erreichen und diskriminierungsfreie Zugänge ermöglichen, sollten gezielt entwickelt und ausgebaut werden. Auch andere Stellen, wie Sicherheitsbehörden und Gesundheitspersonal, benötigen Wissen, an wen sie Betroffene oder deren Angehörige weiterleiten können.

Digitale Räume spielen für Aktivitäten extremistischer Akteure, aber auch für die Zielgruppenerreichung speziell junger Menschen eine zunehmende Rolle. Es besteht ein Bedarf, Angebote der Jugendarbeit und der Beratungspraxis ergänzend auch im digitalen Raum anzubieten. Entsprechende Ansätze und Methoden sollten kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dies betrifft auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie Jugend- und Sozialarbeiter:innen, was den Umgang mit digitalen Medien, das Wissen über digitale jugendliche Lebenswelten und deren Funktionsweisen angeht.

Den **Nachteilen der Projektförmigkeit und Befristung von Angeboten** der Demokratieförderung und Extremismusprävention kann eine ausreichende Finanzierung von begleiteten Daueraufgaben wie Supervision und Netzwerkarbeit entgegenwirken. Diese sind notwendige Bestandteile professionellen Handelns.

5 Anfeindung, Einflussnahme und politische Intervention Rechtsextremer

In der Literatur zu unterschiedlichen Regelstrukturen wird gelegentlich auf die Einflussnahme, Anfeindungen und politische Interventionen von rechtsextremen Gruppen oder Einzelpersonen hingewiesen. Im Folgenden wird die Verbreitung dieses Phänomens vorgestellt (Abschnitt 5.1), die Folgen und Umgangsweisen thematisiert (Abschnitt 5.2) und abschließend Bedarfe formuliert (Abschnitt 5.3).

5.1 Verbreitung des Phänomens

Wolfgang Schroeder u. a. (2022) analysieren in ihrem Buch „Einfallstor für rechts?“ die Aktivitäten von rechten bzw. rechtspopulistischen Aktivitäten in unterschiedlichen Strukturen der Zivilgesellschaft und den Umgang dieser Strukturen mit solchen Aktivitäten. Obwohl nicht alle Strukturen gleichermaßen betroffen sind, berichten alle davon, bereits mit rechten Anfeindungen konfrontiert worden zu sein. Auf Bundesebene geben 18 der 24 zivilgesellschaftlichen Bundesverbände an, mit rechten Aktivitäten in Berührung gekommen zu sein, wobei verbale Angriffe am häufigsten genannt werden (Schroeder u. a. 2022, S. 46).

Ähnlich hohe Zahlen gibt es in einer quantitativen Studie mit Fachkräften in NRW zu deren Kontakt zu rassistischer und rechtsextremer Gewalt: Acht von zehn Fachkräften berichten von rechter oder rassistischer Gewalt in ihrer beruflichen Praxis. BPoC (Black people und Person of Color)-Fachkräfte geben auch an, innerhalb ihrer eigenen Arbeitskontexte rechte oder rassistische Gewalt zu erleben (Farrokhzad/Jagusch 2022, S. 23). Auch im Rahmen der verschiedenen wissenschaftlichen Begleitungen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wird immer wieder auf Situationen von Bedrohungen und Einschränkungen der geförderten Projekte und Beratungsstrukturen durch demokratie- und menschenfeindliche Akteurinnen und Akteure hingewiesen (Figlesthler/Schau 2021; Bischoff u. a. 2020; Bohn u. a. 2019). Im Programmbereich „Partnerschaften für Demokratie“ meldete mehr als jede:r dritte Koordinator:in Aktionen von rechtsextremen Gruppen oder Einzelpersonen bzw. entsprechende Geschehnisse, welche die Handlungsspielräume der Partnerschaften einzuschränken versuchen (Bohn u. a. 2019, S. 255).

Es handelt sich bei diesem Thema, so belegen verschiedene Studien, allerdings nicht nur um verbale oder physische Angriffe. Im Bereich OKJA befragten Nils Schuhmacher u. a. (2021) bundesweit 262 Einrichtungen der OKJA zu ihren Erfahrungen mit politischen Interventionen in den letzten fünf Jahren. Politiker:innen (überwiegend AfD) bilden die am häufigsten intervenierende Gruppe. Die Formen der Interventionen sind vielfältig, es handelt sich nicht nur um unspezifische verbale Angriffe und Infragestellungen, sondern auch um parlamentarische Anfragen bzw. Anträge oder behördlich-administrative Einflussnahmen. Auch Befragungen von

Fachkräften der sozialen Arbeit in NRW (Gille/Jagusch 2019), Mecklenburg-Vorpommern (Krüger/Gille/Wéber 2022) und Niedersachsen (Besche u. a. 2021)⁹ verdeutlichen, dass es unterschiedliche Strategien gibt, die Arbeit der Fachkräfte infrage zu stellen und damit die Legitimität der Arbeit anzugreifen. Eigene Angebote der extremen Rechten im Bereich der Sozialen Arbeit kannten 12% der Fachkräfte in NRW (Gille/Jagusch 2019, S. 44) und 18% in Mecklenburg-Vorpommern (Krüger/Gille/Wéber 2022, S. 204). 14% der Fachkräfte in NRW (Gille/Jagusch 2019, S. 44) und 16% in Mecklenburg-Vorpommern (Krüger/Gille/Wéber 2022, S. 204) stellten eine externe Einflussnahme auf die soziale Arbeit fest. Jeweils 4% in NRW (Gille/Jagusch 2019, S. 44) sowie 16% in Mecklenburg-Vorpommern (Krüger/Gille/Wéber 2022, S. 204) interne Einflussnahmeversuche durch Fachkräfte innerhalb den eigenen Strukturen. Darüber hinaus werden, ähnlich wie in der Studie von Schuhmacher u. a. (2021), Einflussnahmen via parlamentarischer Anfrage und weitere diskursive Strategien identifiziert. Ähnlich wie in der Kinder- und Jugendarbeit wurden in einer qualitativen Studie mit sechs Beraterinnen bzw. Beratern und Beratungsexpertinnen bzw. -experten aus unterschiedlichen Beratungskontexten zu rechtsextremen Anfeindungen und Einflussnahmen mehr Gewaltphänomene gegen Einrichtungen, die Versuche der Einflussnahme und Angriffe durch rechte Kampagnen erwähnt (Mayer 2022).

5.2 Folgen und Umgang mit den Einflussnahmen, Anfeindungen und politische Interventionen von rechts

Unabhängig von der Erfolgsquote solcher Angriffe und Versuche der Einflussnahme beobachten Christine Krüger u. a. (2022) und Christoph Gille und Birgit Jagusch (2019) Rückzüge der Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit, was eine Verstärkung des Problems verursachen kann, da vor allem fehlende soziale Infrastrukturen Einflussnahmen ermöglichen (Krüger/Gille/Wéber 2022). Im direkten Umgang mit rechten Angriffen und Einflussnahmen wurden in der OKJA bisher nicht-öffentliche Umgangsweisen und langfristige Strategien wie Konzepte/Leitbilder, Kommunikationsstrategien, Stärkung der Mitarbeitenden, externer Austausch und Beratung durch Expertinnen und Experten häufiger unternommen als öffentliche Umgangsweisen (Schuhmacher/Zimmermann/Schwerthelm 2021). Allerdings stellen Wolfgang Schroeder u. a. fest, dass die organisierte Zivilgesellschaft „nur bedingt in der Lage [zu sein scheint], eigenständig, pro-aktiv und souverän handlungswillig und -fähig zu sein“ (2022, S. 295).

Generell wird betont, dass der Umgang mit rechten Aktivitäten sich als ressourcenintensiv darstellt und eine Vernetzung bzw. Einbindung in regionale und überregionale Strukturen verlangt, damit wirkmächtige Handlungsstrategien entwickelt werden können. Auch Supervision und der Austausch innerhalb der Organisation sowie

⁹ Hier handelt es sich allerdings um eine Stichprobe von fünf Vertreterinnen und Vertretern der sozialen Arbeit.

Selbstfürsorge und Care-Arbeit können dazu beitragen, Beratende beim Umgang mit oder nach konkreten Angriffen zu unterstützen (Mayer 2022). Dafür fehlen bisher jedoch finanzielle Ressourcen und Unterstützungsstrukturen. Auch fehlt es bisher teilweise an Expertise und Reflexion innerhalb von Einrichtungen, um extrem rechte und rassistische Gewalt zu erkennen (Farrokhzad/Jagusch 2022; Mayer 2022). Auch die Erarbeitung von Konzepten zum Schutz von Mitarbeitenden und Adressatinnen und Adressaten gegen Rassismus und rechte Gewalt sollte weiter vorangetrieben werden (Farrokhzad/Jagusch 2022; Bohn u. a. 2019).

5.3 Zwischenfazit

In der Literatur finden sich Hinweise auf Einflussnahmen, Anfeindungen und politische Interventionen von rechtsextremen Gruppen oder Einzelpersonen auf Akteure der Regelstrukturen. Fachkräfte der sozialen Arbeit und Berater:innen berichten von internen und externen Einflussnahmen rechtsextremer Akteure und Kontakt zu rechtsextremer und rassistischer Gewalt. Vernetzung, Supervision, Austausch und Selbstfürsorge werden als wichtige Bausteine beim Umgang mit rechten Angriffen und Einflussnahmen genannt. Jedoch fehlt es in der Organisationslandschaft bisher teilweise an Wissen, Handlungsstrategien, Ressourcen und Unterstützungsstrukturen, um einen adäquaten Umgang zu gewährleisten.

Um Fachkräfte gegenüber Angriffen und dem Versuch der Einflussnahme zu stärken, zeigt sich daher der Bedarf, diese mit den dazu notwendigen Ressourcen auszustatten. Dazu zählen insbesondere Supervision und Austausch innerhalb der Organisation, sowie Raum für Selbstfürsorge, um Beratende beim Umgang mit oder nach konkreten Angriffen zu unterstützen. Außerdem sollte die Vernetzung in regionalen und überregionalen Strukturen unterstützt werden, damit wirkungsvolle Strategien zum Handeln entwickelt werden können. Auch hierfür sind Ressourcen bereitzustellen.

Einrichtungen sollten außerdem dabei unterstützt werden, die notwendige Expertise und Reflexionsmöglichkeiten innerhalb der Einrichtungen aufzubauen, um extrem rechte und rassistische Gewalt erkennen zu können. Dies sollte durch Konzepte zum Schutz von Mitarbeitenden und Adressatinnen und Adressaten gegen Rassismus und rechte Gewalt ergänzt werden.

6 Kooperationen

Kooperationen und Vernetzung zwischen unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren spielen bei der Bewältigung von verschiedenen Herausforderungen eine wichtige Rolle und können eine wertvolle Ressource darstellen. Für den vorliegenden Bericht wurde nicht systematisch nach empirischer Literatur zu Kooperationen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention gesucht. Dennoch verweisen einige der analysierten Beiträge auf diesbezügliche Herausforderungen und Bedarfe, die zwar kein umfassendes Bild ergeben, aber verschiedene relevante Aspekte betonen. Im Folgenden werden Befunde zu drei in der gesichteten Literatur angesprochenen Kooperationsformen mit Entwicklungsbedarf präsentiert: zwischen Schule und außerschulischen Akteurinnen und Akteuren (6.1), zwischen Präventionsprojekten im Feld islamistischer Extremismus und Moscheegemeinden (6.2) und zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteuren (6.3). Abschließend wird ein kurzes Zwischenfazit gezogen (6.4).

6.1 Kooperationen von Schule und außerschulischen Akteurinnen und Akteuren

Hinsichtlich der Einbindung schulexterner Akteurinnen und Akteure in den Unterricht verweisen Ergebnisse einer Schüler:innenbefragung (Jahrgangsstufen 9 bis 13) auf deutliche Unterschiede zwischen Schulformen (Achour/Wagner 2019). Schüler:innen der Jahrgangsstufen 11 bis 13 an Gymnasien geben mit 45% am häufigsten an, dass in den letzten zwölf Monaten Politiker:innen, Menschenrechtsorganisationen, Demokratieprojekte u. Ä. in ihren Unterricht eingeladen wurden. Selten wird dies hingegen von Berufsschülerinnen und -schülern (19%), Schülerinnen und Schülern an beruflichen Gymnasien (23%) und Berufsfachschülerinnen und -schülern (27%) berichtet (Achour/Wagner 2019, S. 96–97). An allgemeinbildenden Schulen scheinen derartige Kooperationen mit steigender Jahrgangsstufe häufiger zu werden.

Im Kontext des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gibt Martin Rüttgers (2022) einen systematischen Überblick zu den Kooperationen zwischen den Courage-Schulen mit ihren Regional- und Landeskoordinationen und kommunalen Akteurinnen und Akteuren. Das Netzwerk setzt sich aus Schulen, außerschulischen Bildungsträgern, Theatern, Museen, staatlichen Einrichtungen, Koordinationsstellen und Wissenschaftlerinnen sowie Wissenschaftlern zusammen. Die Akteurinnen und Akteure der Partnerschaften und die Koordinierungsstellen machen Erfahrungen mit guter Kooperationspraxis, nennen aber auch Hindernisse für die Zusammenarbeit:

- keine strukturelle Verankerung des Zusatzengagements von Schulkolleginnen und -kollegen,
- keine systematische Bedarfsabfrage an Schulen,
- knappe personelle, monetäre sowie zeitliche Ressourcen und
- mangelhafte Transparenz und Bekanntheit der Fördermöglichkeiten und die bürokratische Förderung.

Darüber hinaus wurde angeregt, die Angebote der politischen Bildung insbesondere für Grundschulen und Förderschulen auszubauen und weitere Formate für Austausch und Zusammenarbeit zu etablieren.

6.2 Kooperationen zwischen Präventionsprojekten und Moscheegemeinden

Moscheegemeinden wird eine ambivalente Rolle in Radikalisierungs- und Distanzierungsprozessen im Bereich des islamistischen Extremismus zugeschrieben. Einerseits können sie Radikalisierungsprozesse anstoßen oder beschleunigen (Emser u. a. 2022b), andererseits können, wie Anne Selby u. a. (2021) für sowohl autarke als auch begleitete Distanzierungsfälle feststellen, dass Mitglieder aus der muslimischen bzw. Moscheegemeinschaft eine wichtige Rolle bei der Distanzierung spielen. Beratende schätzen die Reintegration in Moscheegemeinden mehrheitlich als wichtig ein, vor allem wenn Beratungsnehmenden bei religiösen Fragen eine Orientierung suchen (Emser u. a. 2022b). Die Zusammenarbeit zwischen Präventionsprojekten und Moscheegemeinden gestaltet sich allerdings schwierig.

Gründe hierfür sind einerseits die Angst der Moscheegemeinden vor staatlicher oder gesellschaftlicher Stigmatisierung (Emser u. a. 2022b; Döring/Röing/Boemcken 2020) und eine negative Konnotation der jetzigen Präventionspraxis unter Vertreterinnen sowie Vertretern muslimischer Gemeinschaften, wie beispielsweise Engin Karahan (2016) in einer qualitativen Studie mit Akteurinnen und Akteuren unterschiedlicher Moscheegemeinden und Joachim Langner (2020) in Bezug auf Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ feststellen. Andererseits werden Moscheegemeinden teilweise durch Beratungsnehmende der Ausstiegsberatung aus Scham oder Angst vor erneutem Verdacht gemieden (Emser u. a. 2022b).

Wenn Präventionsprojekte mit Moscheegemeinden zusammenarbeiten wollen, ist es wichtig, dass die Zusammenarbeit nicht als Instrumentalisierung wahrgenommen wird. Transparenz und Mitbestimmungsrecht bei der Umsetzung der Maßnahmen können dabei helfen (Karahana 2016). Beratende berichten exemplarisch von einem größeren Bedarf an Angeboten von Moscheegemeinden für Frauen und Mädchen sowie im ländlichen Raum (Emser u. a. 2022b). Auch Angebote für junge Konvertiten oder muslimische Jugendliche, die noch nicht in eine Moscheegemeinde eingebunden sind, werden als möglichen Bedarf erwähnt (Kiefer 2020).

6.3 Kooperationen zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteuren

In der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren im Allgemeinen wird festgestellt, dass Informationsflüsse an manchen Stellen verbessert werden können. So stellt Laura Pfirter (2022) für den Bereich Hass im Netz in Bayern fest, dass auf beiden Seiten Wissen über Angebote und Ansprechpersonen fehlt (Ergebnisse zu Bayern ebd.).

Eine besondere Herausforderung stellt die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden dar, die eine andere Logik als viele zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte haben. Während bei Letzteren die Arbeit größtenteils auf Freiwilligkeit basiert, wird beim sicherheitsbehördlichen Umgang eher aus einer Zwangs- und Gefahrenlogik heraus agiert (Dittmar 2022). Eine Analyse zum Umgang von Trägern der sozialen Arbeit mit Sicherheitsbehörden im Bereich der Extremismusprävention zeigt, dass Träger sich vielfach in Aushandlungsprozessen befinden, um eine Grenzziehung in Zuständigkeiten zu gewährleisten (Faglestahler/Schau 2020). So eine Grenzziehung kann wichtig sein, um Misstrauen gegenüber Angeboten vorzubeugen (Emser u. a. 2022b).

In einer Studie mit unterschiedlichen Präventionsakteuren im Bereich islamistischer Extremismusprävention wird betont, dass eine nähere Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Beratungsstellen eine Hürde für die Zielgruppenreichung und Teilnahme sein kann. Wichtig sei Transparenz über die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden (Döring/Röing/Boemcken 2020, S. 5). Auf Basis einer Studie zu Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern empfiehlt Tim Röing (2021, S. 31) Austauschformate zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern, Justiz, Bewährungshilfe und Justizbehörde, um sich gegenseitig besser kennenzulernen und Vertrauen aufzubauen. Ein Austausch zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik könnte zudem die Chancen, Herausforderungen und Risiken einer Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sowie Sicherheitsbehörden vertiefen (Faglestahler/Schau 2020, S. 50).

6.4 Zwischenfazit

Anhand der Studien in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention kristallisieren sich drei anspruchsvolle Bereiche der Kooperation heraus:

- Erstens zeigt sich, dass die Einbindung schulexterner Akteurinnen und Akteure in die Schule je nach Schulform unterschiedlich ausfällt, wobei dies in Gymnasien häufiger und bei anderen Schulformen seltener erfolgt. Außerdem variieren bestehende Kooperationen zwischen Schulen und kommunalen Akteurinnen und Akteuren hinsichtlich ihrer Qualität. Wichtige Erfolgsfaktoren einer guten Kooperationspraxis sind: die strukturelle Verankerung der Kooperation, systematische Bedarfsabfragen an Schulen, ausreichende personelle, monetäre sowie zeitliche Ressourcen und Transparenz und Bekanntheit der Fördermöglichkeiten.
- Zweitens gestalten sich Kooperationen zwischen Präventionsprojekten im Feld islamistischer Extremismus und Moscheegemeinden als schwierig, aufgrund

von Angst der Moscheegemeinden vor staatlicher oder gesellschaftlicher Stigmatisierung. Hinzu kommt, dass Moscheegemeinden durch Beratungsnehmende in der Ausstiegsberatung aus Scham oder Angst vor erneutem Verdacht teilweise gemieden werden. Dies gibt Hinweise auf einen Bedarf nach Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Transparenz und Mitbestimmungsrecht bei der Umsetzung der Maßnahmen können dabei helfen.

- Drittens besteht ein Bedarf, Informationsflüsse zwischen zivilgesellschaftlichen Präventionsprojekten und staatlichen Akteuren zu verbessern, da auf beiden Seiten mitunter Wissen zu Angeboten und Ansprechpersonen fehlt. Besonders herausfordernd gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden, da diese eine andere Logik als viele zivilgesellschaftliche Präventionsprojekte haben.

7 Fazit

In den kapitelbezogenen Zwischenfazits wurden zentrale Ergebnisse der jeweils präsentierten empirischen Befunde und die daraus abgeleiteten Hinweise auf Bedarfe der Demokratieförderung und Extremismusprävention dargestellt. Die empirisch ermittelten Hinweise auf mögliche Bedarfslagen betreffen insbesondere Potenziale für die Entwicklung neuer oder passgenauerer Ansätze und Angebote, die Reaktion auf neue oder veränderte Phänomene sowie auf bisher weniger beachtete oder bearbeitete Herausforderungen. Aber auch Hinweise auf Aspekte, die beispielsweise eine breite Versorgung mit Beratungspraxis, die Häufigkeit von Beratungsbedarfen oder eine (teils: bundesweite) Stärkung von Kooperationen, Aus-, Fort- und Weiterbildung betreffen, konnten gegeben werden.

Aufgrund der Breite der im systematischen Literaturüberblick verhandelten Themenfelder fasst das vorliegende Schlusskapitel nicht noch einmal diese Ergebnisse und Bedarfe zusammen, sondern stellt zentrale Schlussfolgerungen und Empfehlungen vor, die nach Ansicht der Autorinnen und Autoren übergreifende und zentrale Themen, Herausforderungen sowie Bedürfnisse aufgreifen und zusammenfassen. Für spezifische empirische Befunde zu den jeweiligen jugend- oder fachpraxispezifischen Herausforderungen und den daraus abzuleitenden Bedarfen empfiehlt es sich, einen Blick in die jeweiligen Unterkapitel und Zwischenfazits zu werfen.

Vorab muss gesagt werden, dass immer genau geprüft werden muss, inwiefern Phänomenausprägungen bzw. -belastungen überhaupt zielgenau mit Demokratieförderung oder Extremismusprävention bearbeitbar sind. Wo beispielsweise rechtspopulistische Akteure und Parteien im Aufwind sind, weil die gesellschaftliche Unsicherheit zu- und das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der Politik und des Staates abnimmt, muss es auch um die Bearbeitung von Ursachen gehen. Das können und sollen Extremismusprävention und Demokratieförderung nicht alleine leisten.

Übergreifend konnte deutlich herausgearbeitet werden, dass Haltungen zu Demokratie und Politik mit dem formalen Bildungsgrad und auch mit Geschlecht zusammenhängen, u. a. beim politischen Interesse oder bei der Partizipationsbereitschaft. Andererseits zeigen die Befunde, dass sowohl politische Bildung als Unterrichtsfach und auch die demokratische Kultur gerade an Schulen, die nicht zum Abitur führen, sowohl im Umfang als auch in der Qualität im Rückstand sind. Damit erreicht schulbasierte Demokratieförderung sozioökonomisch benachteiligte Schüler:innen nur in geringem Maße.

Dass Angebote der politischen Bildung bzw. Demokratieförderung insbesondere diejenigen jungen Menschen erreichen, die bereits empfänglich dafür oder engagiert sind, ist eine bereits lang bekannte, aber immer noch zu wenig in Handlungsstrategien überführte Feststellung. Dies kann beispielsweise in die Empfehlung umgemünzt werden, auch **für nicht-gymnasiale Schulformen und für Berufsschulen eine gute Versorgung mit politischer Bildung sicherzustellen**. Gleichzeitig markiert dieser Befund auch die Notwendigkeit, weiterhin und ergänzend zu One-Size-Fits-All-Lösungen verstärkt auf spezifische Zielgruppenzugänge zu jungen

Menschen zu setzen, die sich beispielsweise in sozioökonomischen Deprivationslagen befinden, sowie auf Ansätze und Inhalte, die an den jeweiligen Lebenswelten, Problemlagen und Interessen von spezifischen Zielgruppen orientiert sind.

Auch darüber hinaus wird empfohlen, die **Partizipation junger Menschen umfassend zu stärken**. Die empirischen Befunde verweisen diesbezüglich auf Bedarfe, partizipative Strukturen auszubauen, beispielsweise im Rahmen einer demokratischen Schulkultur sowie politische Handlungskompetenzen, Wissen zu (auch unkonventionellen) politischen Partizipationsmöglichkeiten und die politische Selbstwirksamkeitswahrnehmung gezielt zu fördern.

Die Befunde verweisen ferner auf einen Bedarf, **digitale Räume stärker in die Demokratieförderung und Extremismusprävention zu integrieren**. Junge Menschen zeigen sich mehrheitlich durchaus verunsichert in Bezug auf politische Informationen und Nachrichten sowie politische Meinungsäußerung im Internet und sind dort in hohem Maße mit verschiedenen demokratiegefährdenden Phänomenen wie (verschwörungsbezogenen) Falschnachrichten, Hass im Netz oder extremistischen Medieninhalten konfrontiert. Entsprechend sollten Medienkompetenzen in diesen Bereichen gefördert und die Verzahnung medienbezogener und politischer Bildung ausgebaut werden. Überdies besteht ein Bedarf, Angebote der Jugendarbeit und der Beratungspraxis ergänzend auch im digitalen Raum anzubieten. Entsprechende Ansätze und Methoden sollten kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dies betrifft auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte sowie Jugend- und Sozialarbeiter:innen, was den Umgang mit digitalen Medien, das Wissen über digitale jugendliche Lebenswelten und deren Funktionsweisen angeht.

Ein deutliches Defizit zeigt sich auch im Bereich **Demokratieförderung im Grundschulalter**. Einerseits existiert kaum Forschung zu politischer oder demokratischer Bildung in Hort und Ganztagsgrundschule, andererseits gibt es Hinweise, dass dringende Bedarfe in der Fachpraxis existieren. Es wird daher die konzeptionelle Weiterentwicklung, Erprobung und Auswertung von Ansätzen politischer und demokratischer Bildung sowie deren strukturelle Verankerung in Hort und Ganztagsgrundschule sowie in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Fachkräfte empfohlen (siehe auch Braun u. a. 2022).

Für bestehende Projekte im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention ist zu empfehlen, **Ressourcen für begleitende Daueraufgaben, Fortbildungen und langfristige Anstellungsverhältnisse bereitzustellen**. Dies trifft insbesondere an den Stellen zu, wo ein Mangel an Ressourcen dazu führt, dass die Nachfrage nach Bildungsangeboten, Beratungsmöglichkeiten oder Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern nicht abgedeckt oder die notwendige Expertise nicht aufgebaut werden kann.

Mit dem hier vorliegenden Teilbericht 2 des Projektes „Ermittlung von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention“ wurde mittels eines systematischen Literaturüberblicks eine empirische Grundlage für die Einschätzung und Ermittlung bestehender Bedarfe geschaffen. Für Entscheider:innen in Politik, politischer Administration und Fachpraxis kann ein solcher Überblick ein

wichtiges Element von Bedarfsplanungen sein. Deutlich geworden ist, dass es forschungsseitig mittlerweile eine Fülle an Studien gibt, die ein relativ gutes Bild von den Herausforderungen, Leerstellen und Leistungen in den Bereichen Demokratieförderung und Extremismusprävention ergeben, sowie über Phänomenausprägungen und -entwicklungen. Jedoch gibt es auch eindeutige **Forschungslücken**, z. B. zu Demokratieförderung und Extremismusprävention in der frühkindlichen Bildung, bei den Hilfen zur Erziehung oder bei migrantischen Selbstorganisationen. Dennoch können die für diesen Bericht gesichtete Literatur und die daraus abgeleiteten Befunde als Grundlage zur Identifizierung von Forschungslücken und zur Planung von Forschungsprojekten dienen.

8 Literaturverzeichnis

- Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin/Deimel, Daniel/Ziemes, Johanna F. (2020): Zum Stand der Vorbereitung auf die Demokratie. Die International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) untersucht politische Bildung bei 14-Jährigen im schulischen Kontext. In: UNIKATE, 55. Jg., S. 68–79
- Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin
- Ahlrichs, Rolf (2019): Demokratiebildung im Jugendverband. Grundlagen – empirische Befunde – Entwicklungsperspektiven. Weinheim
- Allroggen, Marc/Rau, Thea (2021): Inanspruchnahme von Angeboten der Extremismusprävention. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Studie. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 15. Jg., H. 3, S. 248–254
- Antes, Wolfgang/Gaedicke, Valerie/Schiffers, Birgit (Hrsg.) (2020): Jugendstudie Baden-Württemberg 2020. Die Ergebnisse von 2011 bis 2020 im Vergleich und die Stellungnahme des 13. Landesschülerbeirats. Baltmannsweiler
- Apfel, Carolin (2022): Politische Bildung an Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. Ergebnisse einer explorativen qualitativen Studie an hessischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung. In: Behindertenpädagogik, 61. Jg., H. 1, S. 87–98
- Aumüller, Jutta (2014): Forschung zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Eine Bestandsaufnahme von Ursachen, Gefährdungsfaktoren und pädagogischen Interventionen. Berlin
- Baaken, Till/Korn, Judy/Ruf, Maximilian/Walkenhorst, Dennis (2020): Dissecting Deradicalization: Challenges for Theory and Practice in Germany. In: International Journal of Conflict and Violence (IJCV), 14. Jg., H. 2, S. 1–18
- Baier, Dirk/Manzoni, Patrik/Bergmann, Marie Christine (2016): Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 99. Jg., H. 5, S. 171–198
- Becker, Helle (2020): Demokratiebildung und politische Bildung in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendarbeit (SGB VIII § 11–13). Studie. Deutsches Jugendinstitut e.V. München
- Beelmann, Andreas (2019): Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena
- Behrendt, Gregor/Bertram, Michael/Jahnke, Carolin/Kunstmann, Richard/Maikath, Susanne/Prell, Luise/Riedel, Maximilian/Simon, Titus/Wassilenko, Alexander (2017): Kompetenzstelle „Eltern und Rechtsextremismus“ (KER) in Sachsen-Anhalt - Darstellung aktueller landesbezogener Erhebungen und Empfehlungen. In: Bartelheimer, Jan/Milke, Ricarda/Simon, Titus/Wolff, Mirko (Hrsg.): Eltern und Rechtsextremismus. Eine Herausforderung für die familienbezogene Beratung und sozialpädagogische Familienhilfen. Dokumentation. Halle (Saale), S. 16–68
- Bepanthen-Kinderförderung: Vertrauensstudie 2022. Angst vor der Zukunft? Jugendliche zwischen gesunder Skepsis und gefährlicher Verschwörungsneigung. <https://www.bepanthen.de/kinderfoerderung/sozialforschung/vertrauen-bei-kindern-und-jugendlichen> (12.06.2023)
- Beratungsnetzwerk Hessen (2022): Jahresbericht 2021 des Beratungsnetzwerks Jahresbericht 2021 Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Marburg
- Berg, Annika von/Haidar-Adis, Ghidar/Hugenroth, Laura/Kargl, Gloriett (2021): Rekrutierung in den islamistischen Extremismus. Ein Beitrag zur Definition und Systematisierung. Violence Prevention Network. Berlin
- Bergmann, Marie Christine/Kliem, Sören/Krieg, Yvonne/Beckmann, Laura (2019): Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2017. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover
- Besche, Julia/Boran, Sevda/Pischel, Yvonne/Raddatz, Anna-Carla/Röh, Elisabeth/Koopmann, Micha/Beushausen, Lars/Zick, Lisa Marleen/Opitz, Simon/Ferber, Inga/Neiner, Susanne (2021): Soziale Arbeit unter Druck von rechts. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 168. Jg., H. 1, S. 28–31
- Bischoff, Ursula/Haase, Katrin/König, Frank/Weigelt, Ina (2020): Wissenschaftliche Begleitung der Landes-Demokratiezentren. Abschlussbericht 2019 Programmevaluation „Demokratie leben!“. Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)
- Bohn, Irina/Hallmann, Julia/Karpf, Michael, Korn, Anna/Manstetten, Ruth/Saßmannshausen, Jan unter Mitarbeit von Volf, Irina und Waibel Max (2019): Abschlussbericht zum Berichtszeitraum 01.01.2015 – 31.12.2019 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben!“. Frankfurt (Main)/Berlin

- Braun, Marina/Ehnert, Katrin/Euteneuer, Jonas/Hemmann, Max/Johann, Tobias/Rehse, Aline/Rüger, Stella/Walter, Elisa (2022): Demokratieförderung im Kindesalter: Kontext- und Wirkungsanalysen. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld „Demokratieförderung“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Halle (Saale)
- Bundestagsdrucksache (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin
- Calmbach, Marc/Flaig, Berthold Bodo/Edwards, James/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Inga/Schleer, Christoph (2020): Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2020. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn
- Cobbinah, Beatrice/Danielzik, Chandra-Milena (2022): Rassismus in Strukturen und Arbeitsabläufen von Polizei und Justiz. In: Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.): Rassismus in der Strafverfolgung. Von der Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Berlin, S. 12–32
- Das Progressive Zentrum (2023): Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. Berlin
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar/Aderholz, David/Behrmann, Inken (Hrsg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen
- Deimel, Daniel/Hahn-Laudenberg, Katrin (2017a): Erfahrungen der Jugendlichen. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 255–278
- Deimel, Daniel/Hahn-Laudenberg, Katrin (2017b): 4.5 Gesellschaftliche Partizipationsbereitschaft. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 205–232
- Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI) (2018): DIVSI U25-Studie Euphorie war gestern. Die „Generation Internet“ zwischen Glück und Abhängigkeit. Hamburg
- Dietrich, Kai/Jaruczewski, Karola/Schuhmacher, Nils/Vetter, Willy (2019): „Auch wenn alle anderen dagegen sind“. Potenziale von Jugendarbeit für Demokratiebildung und die Auseinandersetzung mit Rassismus. Abschlussbericht des Modellprojekts „MUT – Interventionen. Geschlechterreflektierende Prävention gegen Rassismus im Gemeinwesen“. AGJF Sachsen e.V. Chemnitz
- Dittmar, Vera (2022): Rückkehrerinnen und ihre Kinder: Herausforderungen, Ressourcen und systemische Beratungsstrategien. In: Emser, Corinna/Kreienbrink, Axel/Müller, Nelia Miguel/Rupp, Teresa/Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hrsg.): SCHNITT:STELLEN 2.0. Neue Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus. Nürnberg, S. 70–84
- Dörfer, Andre (2021): Politische Sozialisation online. Wie gehen Jugendliche mit rechtsextremen Social-Media-Inhalten um? In: Freier, Carolin/König, Joachim/Manzeschke, Arne/Städler-Mach, Barbara (Hrsg.): Gegenwart und Zukunft sozialer Dienstleistungsarbeit. Chancen und Risiken der Digitalisierung in der Sozialwirtschaft. Wiesbaden, S. 227–241
- Döring, Maurice/Röing, Tim/Boemcken, Marc von (2020): „Prävention ist keine ‚Eintagsfliege‘“. Herausforderungen und Bedarfe der Prävention islamistischer Radikalisierung aus lokaler Perspektive in Nordrhein-Westfalen. Bonn International Center for Conversion. Bonn
- Eifert, Christian (2021): Zuwanderer im Jugendstrafvollzug und in der Untersuchungshaft. Bericht aus einer laufenden empirischen Untersuchung in Hessen. In: Dessecker, Axel/Rettenberger, Martin (Hrsg.): Migration und Kriminalität. Wiesbaden, S. 99–131
- El-Wereny, Mahmud (2020): Radikalisierung im Cyberspace. Die virtuelle Welt des Salafismus im deutschsprachigen Raum - ein Weg zur islamistischen Radikalisierung. Bielefeld
- Emser, Corinna/Haase, Imke/Moeller, Mika/Nagel, Christoph/Pelzer, Robert (2022a): Distanzierungsverläufe vom salafistischen Extremismus. Eine empirische Studie über die Vielfalt individueller Wege der Loslösung vom Salafismus. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Emser, Corinna/Kreienbrink, Axel/Müller, Nelia Miguel/Rupp, Teresa/Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hrsg.) (2022b): SCHNITT:STELLEN 2.0. Neue Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus. Nürnberg
- Farrokhzad, Schahrazad/Jagusch, Birgit (2022): Formen, Kontext und Auswirkungen extrem rechter und rassistischer Gewalt auf das Alltagsleben von Menschen mit Migrationsgeschichte und BPoC in NRW. Erfahrungen und Beobachtungen von Fachkräften und in Institutionen – Perspektiven zum Weiterdenken. TH Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Institut für Migration und Diversität. Köln
- Figlestahler, Carmen/Schau, Katja (2020): Zwischen Kooperation und Grenzziehung – Aushandlungen von Sicherheitsbehörden und Akteur*innen Sozialer Arbeit in der Radikalisierungsprävention. In: Soziale Passagen, 12. Jg., H. 2, S. 421–439
- Figlestahler, Carmen/Schau, Katja (2021): Entwicklung, Handlungspraxen und Herausforderungen im Feld der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)

- Figlestahler, Carmen/Greuel, Frank/Langner, Joachim/Leistner, Alexande/Rehse, Aline/Roscher, Tobias/Schau, Katja/Steil, Armin/Walter, Elisa/Zimmermann, Eva (2019): Dritter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“ Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2017. Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)
- Fischer, Sebastian (2019): Rechtsextremismus als Herausforderung für den Unterricht. Empirische Zugänge und didaktische Perspektiven. In: Schedler, Jan/Achour, Sabine/Elverich, Gabi/Jordan, Annemarie (Hrsg.): Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung. Wiesbaden, S. 111–120
- Frank, Anja/Glaser, Michaela (2020): "Ich hab´ einen Standpunkt, das ist der Islam". Zur biografischen Bedeutung und Funktion totalisierender Islamauslegungen. In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. Halle (Saale), S. 54–74
- Frank, Anja/Scholz, Anna Felicitas (2023): Islamismus in der Jugendphase. Eine rekonstruktive Studie zu Radikalisierungsprozessen. Leverkusen-Opladen
- Frindte, Wolfgang (2021): „Mehr Demokratie wagen“. Rechtsextreme Einstellungen von deutschen Jugendlichen und das Potenzial von demokratischer Praxis in Elternhaus und Schule. In: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 1. Jg., H. 1, S. 108–130
- Gardemann, Christine (2021): Studierendenperspektiven auf Schüler*innenmitbestimmung im Englischunterricht. Auswertung eines literaturdidaktischen Master-of-Education-Seminars und einer Onlinebefragung von Studierenden dreier Universitäten. In: PFLB Zeitschrift für Schul- und Professionsentwicklung, 3. Jg., H. 3, S. 69–84
- Geschke, Daniel/Klaßen, Anja/Quent, Matthias/Richter, Christoph (2019): #Hass im Netz: der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Eine Bundesweite repräsentativ Untersuchung. Jena
- Gille, Christoph/Jagusch, Birgit (2019): Die Neue Rechte in der Sozialarbeit in NRW. Exemplarische Analysen. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. Düsseldorf
- Glaser, Michaela (2012): ‚Rechtsextremismus‘ – eine Begriffsdiskussion. Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus. Berlin
- Goede, Laura-Romina/Lopez Trillo, Amelie (2020): Islamistischer Extremismus: anderes Geschlecht, andere Risikofaktoren? In: Rechtspsychologie, 6. Jg., H. 4, S. 533–558
- Goede, Laura-Romina/Schröder, Carl Philipp/Lehmann, Lena (2019): Perspektiven von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo (2022): 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich. Bielefeld
- Goll, Thomas (2020): Politische Konzepte junger Kinder – Ergebnisse einer explorativen Teilstudie. Technische Universität Dortmund
- Görtler, Michael (2022): Rechtspopulismus als (komplexe) Problemstellung der Sozialen Arbeit. In: Soziale Passagen, 14. Jg., H. 1, S. 193–199
- Greuel, Frank/König, Frank/Langner, Carsta (2020): Erfolgreich ausgestiegen, oder? Herausforderungen in der (wirkungsorientierten) Evaluation von Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit. In: JUMP (Hrsg.): Abgelegt · Abgereist · Ausgestiegen. Perspektiven der Ausstiegsarbeit rechts. 10 Jahre JUMP – Ausstiegsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Waren, S. 175–186
- Große Prues, Peter (2022): Demokratie-Erziehung als Querschnittsaufgabe. Eine Studie zu Subjektiven Theorien von Lehrkräften. Bad Heilbrunn
- Haase, Katrin (2021): Entwicklungen und Herausforderungen im Feld der Beratung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Wissenschaftliche Begleitung Handlungsbereich Land im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in der Förderphase 2020 bis 2024. Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)
- Hahn-Laudenberg, Katrin/Abs, Hermann Josef (2017): 4.1 Politisches Wissen und Argumentieren. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 77–111
- Hatton, Whitney (2020): Praxishandbuch Extremismus und Justizvollzug. Islamistischer Radikalisierung begegnen. Wiesbaden
- Held, Josef/Hackl, Rita/Bröse, Johanna (2017): Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung. Politische Orientierungen von jungen Auszubildenden in Baden-Württemberg. Tübinger Forschungsgruppe für Migration | Integration | Jugend | Verbände. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin
- Heller, Aylene/Dilling, Marius/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2022): Autoritarismus im soziökonomischen Kontext. Eine Mehrebenenanalyse zur regionalen Verteilung autoritärer Einstellungen in Deutschland. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar/Aderholz, David/Behrmann, Inken (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 161–184

- Hempel, Lisa (2017): Elternberatung und Rechtsextremismus – eine bundesweite Einordnung. In: Bartelheimer, Jan/Milke, Ricarda/Simon, Titus/Wolff, Mirko (Hrsg.): Eltern und Rechtsextremismus. Eine Herausforderung für die familienbezogene Beratung und sozialpädagogische Familienhilfen. Dokumentation. Halle (Saale), S. 69–74
- Henkenborg, Peter (2014): Politische Bildung als Schulprinzip. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach/Ts., S. 212–221
- Hippe, Thorsten/Hedtke, Reinhold (2020): Politische Bildung und Demokratie-Lernen in der Sekundarstufe. Curriculumanalyse für den Bereich Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche in den Fächern der sozialwissenschaftlichen Bildung. Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut. München
- Hoffmann, Anika/Illgner, Christian/Leuschner, Fredericke/Rettenberger, Martin (2017): Extremismus und Justizvollzug. Literaturlauswertung und empirische Erhebungen. Wiesbaden
- Hohnstein, Sally/Greuel, Frank (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Deutsches Jugendinstitut e.V. Halle (Saale)
- Hohnstein, Sally/Zschach, Maren (2023): Digitale Extremismusprävention international – Anregungspotenziale für die deutsche Praxis? Deutsches Jugendinstitut e. V. Halle (Saale)
- Höke, Julia (2018): Kinderperspektiven auf Beteiligungsmöglichkeiten im Kindergarten. Implikationen für Forschung und Praxis vor dem Hintergrund kindlicher Akteurschaft und generationaler Ordnung. In: Ruppin, Iris (Hrsg.): Kinder und Demokratie. Weinheim, S. 96–118
- Hövermann, Andreas (2022): Verschwörungsdenken und die Abwertung Ukraine-Geflüchteter in der sich zuspitzenden Energiekrise. Analysen anhand des Erwerbspanelns der Hans-Böckler-Stiftung. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut. Düsseldorf
- Ipsen, Flemming/Wörner-Schappert, Michael/Eisentraut, Steffen (2017): Rechtsextreme Medienstrategien. Inszenierung von Radikalität im Social Web und ihre Attraktivität für Jugendliche. In: Hohnstein, Sally/Herding, Maruta (Hrsg.): Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. Halle (Saale), S. 17–38
- Jakob, Maria/Jukschat, Nadine/Herding, Maruta (2023): Radikalisierungsprävention im Gefängnis. (Sozial-)Pädagogisches Handeln unter erschwerten Bedingungen. Weinheim
- Jasper, Janina/Ziemes, Johanna F./Abs, Hermann Josef (2017): 4.2 Identität und politische Selbstwirksamkeit. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 111–134
- Jellonnek, Fabian/Reinesch, Pit (2018): Hetzen und Jammern. Eine Analyse medialer Inhalte, Strategien und Kanäle der Neuen Rechten. Hamburg
- Kaase, Max (2000): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 4., völlig überarb. und aktualisierte Aufl. Bonn, S. 473–478
- Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver (2022): Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar/Aderholz, David/Behrmann, Inken (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen, S. 245–270
- Karahan, Engin (2016): Muslimische Perspektiven auf Jugendpräventionsarbeit in Deutschland: Hindernisse, Bedenken und Möglichkeiten. Berlin
- Karliczek, Kari-Maria/Ohlenforst, Vivienne/Schaffranke, Dorte/Walkenhorst/Dennis (2023): Evaluation bundesfinanzierter Beratungsstellen. Abschlussbericht der Evaluation der Beratungsstellen zur Distanzierung und Deradikalisierung vom islamistischen Extremismus. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg
- Kessler, Stefanie (2018): Politische Bildung mit sozialbenachteiligten Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine Spurensuche in Vergangenheit und gegenwärtiger Praxis. In: Hufer, Klaus-Peter/Oeftering, Tonio/Oppermann, Julia (Hrsg.): Wo steht die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung?, S. 72–95
- Kessler, Stefanie (2021): Demokratielehre in Politikunterricht und Schule. Eine qualitativ-rekonstruktive Studie zu Lehrorientierungen von Politiklehrern/innen. Dissertation, Friedrich-Schiller-Universität. Jena
- Kiefer, Michael (2018): Wie mit gefährdeten Jugendlichen umgehen? Prämissen und Praxis einer sekundären Prävention in schulischen Kontexten. <https://www.bpb.de/themen/islamismus/dossier-islamismus/268742/wie-mit-gefaehrdeten-jugendlichen-umgehen/> (09.06.2023)
- Kiefer, Michael (2020): Religion in der Radikalisierung. In: Sponick, Sören/Wagner, Kathrin (Hrsg.): Aspekte von Radikalisierungsprozessen. Fallgestützte Studien. Osnabrück, S. 15–34
- Kiess, Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2015): Was ist eine rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie? <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/198945/was-ist-eine-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie/> (09.06.2023)
- Kiess, Johannes/Dilling, Marius/Schliessler, Clara/Kalkstein, Fiona (2022): Verschwörungsglaube bei Jugendlichen: Kann Schule Demokratie stärken? Else Frenkel-Brunswik Institut. Leipzig
- Klevesath, Lino/Munderloh, Annemieke/Sprengeler, Joris/Grahmann, Florian/Reiter, Julia (2021): Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen. Bielefeld

- Kliem, Sören/Krieg, Yvonne/Kudlacek, Dominic/Baier, Dirk/Bergmann, Marie Christine (2018): Zur Prävalenz rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung aus Niedersachsen. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Baier, Dirk/Bergmann, Marie Christine (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft : die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Originalausgabe. Gießen, S. 307–322
- Knopke, Katharina/Krüger, Laura/Siri, Jasmin (2017): Vereinzelt, konfliktscheu, weltoffen? Studierende und Politik. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn
- Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) (2021): Handreichung zur digitalen Distanzierungsarbeit. Erkenntnisse, Expertise und Entwicklungspotenziale. Berlin
- Krieg, Yvonne/Rook, Leonie/Beckmann, Laura/Kliem, Sören (2020): Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2019. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover
- Krüger, Christine/Gille, Christoph/Wéber, Júlia (2022): Einflussnahmen der extremen Rechten auf die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 2. Jg., H. 2, S. 196–214
- Kurtenbach, Sebastian/Linßer, Janine/Weitzel, Gerrit (2020): Anfällig für Radikalisierung? Einstellungen und Haltungen von Jugendlichen aus unterschiedlichen Lebenswelten zu den Themen Demokratie, Religion, Diskriminierung und Geschlecht. International Center for Conversion. Bonn
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn, S. 283–300
- Landesamt für Medien NRW (2020): Ergebnisbericht forsa-Befragung zu: Hate Speech 2020. Düsseldorf
- Langner, Joachim (2020): Religion als Ressource in der Radikalisierungsprävention? In: Langner, Joachim/Herding, Maruta/Hohnstein, Sally/Milbradt, Björn (Hrsg.): Religion in der pädagogischen Auseinandersetzung mit islamistischem Extremismus. Halle (Saale), S. 160–185
- Lehmann, Lena/Goede, Laura-Romina/Schröder, Carl Philipp (2020): Meine Gewaltaffinität, mein Interesse an Politik und meine Zukunftssicht? Einflussfaktoren von extremistischen Einstellungen bei Jugendlichen
- Lehmann, Teresa (2020): Demokratiebildung und Rituale in Kindertageseinrichtungen. Die Vollversammlung im Spannungsfeld von demokratischer Partizipation und pädagogischer Ordnung. Wiesbaden
- Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016): Rechtsextreme Frauen. Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen/Berlin/Toronto
- Lemme, Luisa/Neuhof, Julia (2015): Verstehensweisen von Staat - eine empirische Untersuchung der Lernersicht. In: Weißeno, Georg/Schelle, Carla (Hrsg.): Empirische Forschung in gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Ergebnisse und Perspektiven. Wiesbaden, S. 111–125
- LpB NRW (Hrsg.) (2021): Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/van Santen, Eric (2022): Herausforderungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Empirische Erkenntnisse. Weinheim
- Manzel, Sabine/Hahn-Laudenberg, Katrin/Zischke, Frank Eike (2017): Lehrervoraussetzungen. Ausbildung und Überzeugungen von Lehrer*innen im Fach Politik/Sozialwissenschaften. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 325–353
- Materna, Georg/Lauber, Achim/Brüggen, Niels (2021): Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit visuellen politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien. München
- Mayer, Marion (2022): Schluss mit dem Dornröschenschlaf?! Auswirkungen (extrem) rechter Orientierungen sowie menschenrechtsfeindlicher Handlungen auf Beratung. In: ZRex – Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung, 2. Jg., H. 2-2022, S. 236–250
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg.) (2021): JIM-Studie 2021. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest c/o Landesanstalt für Kommunikation. Stuttgart
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs) (Hrsg.) (2022): JIMPlus2022. Fake News und Hate Speech. Fake News und Hatespeech im Alltag von Jugendlichen. Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LKF), Medienanstalt Rheinland-Pfalz. Stuttgart
- Meysen, Thomas/Brandt, Leon A./Fakhir, Zainab/Witte, Susanne/Kindler, Heinz (2022): Fachliches Handeln zum Wohl von Kindern und Jugendlichen im Kontakt mit „anderen“, fundamentalistischer und radikaler Religiosität und Weltanschauung. Handlungsempfehlungen aufbauend auf zentralen Erkenntnissen des Projekts „Radikal, fundamentalistisch, anders – Fachkräfte im Kontakt (RaFiK)“. Deutsches Jugendinstitut e.V. München
- Milbradt, Björn/Frank, Anja/Greuel, Frank/Herding, Maruta (Hrsg.) (2022): Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention. Opladen/Berlin/Toronto

- Möller, Kurt/Lempp, Marion/Maier, Katrin (2022): Ratsuchende, Anfragethemen, Hintergründe und Bearbeitungsweisen: Erkenntnisse aus Falldokumentationen der „Beratungsstelle SALAM gegen islamistische Radikalisierung“ des Landes Rheinland-Pfalz. In: Emser, Corinna/Kreienbrink, Axel/Müller, Nelia Miguel/Rupp, Teresa/Wielopolski-Kasaku, Alexandra (Hrsg.): SCHNITT:STELLEN 2.0. Neue Erkenntnisse aus Forschung und Beratungspraxis im Phänomenbereich islamistischer Extremismus. Nürnberg, S. 85–99
- Möller, Kurt/Küpper, Beate/Buchheit, Frank/Neuscheler, Florian (2015): Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen (APR NRW). Esslingen
- Neitzert, Alina/Döring, Maurice/Röing, Tim/Boemcken, Marc von (2021): Haftanstalten als Orte der Radikalisierungsprävention? Herausforderungen und Bedarfe der Präventionsarbeit in Justizvollzugsanstalten Nordrhein-Westfalens. Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC) gGmbH. Bonn
- Nentwig-Gesemann, Iris/Walther, Bastian/Theedinga, Minste (2017): Kita-Qualität aus Kindersicht. Eine Studie des DESI-Instituts im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Berlin
- Neumann, Peter/Winter, Charlie/Meleagrou-Hitchens, Alexander/Ranstorp, Magnus/Vidino, Lorenzo (2018): Die Rolle des Internets und sozialer Medien für Radikalisierung und Deradikalisierung. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Peace Research Institute Frankfurt. Frankfurt (Main)
- Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna (2018): Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht. In: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und politische Bildung. Frankfurt (Main), S. 53–61
- Obermaier, Magdalena (2022): Youth on standby? Explaining adolescent and young adult bystanders' intervention against online hate speech. In: *New Media & Society*, DOI: 10.1177/14614448221125417
- Obermaier, Magdalena/Schmuck, Desirée (2022): Youths as targets: factors of online hate speech victimization among adolescents and young adults. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*, 27. Jg., H. 4, DOI: 10.1093/jcmc/zmac012
- Palloks, Kerstin/Steil, Armin (2015): Bericht der Evaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Modell-Projekts „Verantwortung übernehmen – Eltern stärken. Arbeit mit rechtsextrem orientierten Eltern“ (Rexel) von Violence Prevention Network, gefördert durch das BMFSFJ und die Bundeszentrale für politische Bildung
- Paus, Inger/Börsch-Supan, Johanna (2020): Die Jugend in der Infodemie. Eine repräsentative Befragung zum Umgang junger Menschen in Deutschland mit Fake News während der Coronakrise. Vodafone-Stiftung. Berlin
- Pearson, Elizabeth/Winterbotham, Emily (2018): Frauen, Gender und islamistische Radikalisierung. Eine Befragung in muslimischen Milieus. In: Glaser, Michaela/Frank, Anja/Herding, Maruta (Hrsg.): Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe. Weinheim/Basel, S. 25–38
- Peyerl, Katrin/Züchner, Ivo/Dotzert, Anna (2021): Demokratieförderung im Grundschulalter: Perspektiven auf den Hort und die Angebote der Kinder und Jugendhilfe in der Ganztagsgrundschule. Eine Expertise für das Deutsche Jugendinstitut. Deutsches Jugendinstitut e.V. München
- Pfahl-Traughber, Armin (2014): Linksextremismus – analytische Kategorie oder politisches Schlagwort? Begriffsbestimmung – Kritik – Kritik der Kritik. <https://www.bpb.de/themen/linksextremismus/dossier-linksextremismus/191096/linksextremismus-analytische-kategorie-oder-politisches-schlagwort/> (16.05.2023)
- Pfirter, Laura (2022): Gewalt im Netz: Zur Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Hass und Hetze in Bayern. Berlin
- Quent, Matthias/Geschke, Daniel/Peinelt, Eric (2017): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. Berlin/Erfurt
- Rafael, Simone/Dinar, Christina/Heyken, Cornelia (2017): Digitale Antidiskriminierungsarbeit. IDZ. Jena
- Rappenglück, Stefan (2018): Politische Bildung in Jugendverbänden. In: Hufer, Klaus-Peter/Oeffering, Tonio/Oppermann, Julia (Hrsg.): Wo steht die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung?, S. 56–71
- Rathke, Nele (2022): Informelles und formales Lernen im Kontext von Demokratielernen und -erleben an Sekundarschulen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Eine qualitativ-explorative Studie. In: Brodowski, Michael/Stapf-Finé, Heinz (Hrsg.): Sozialen Zusammenhalt stärken. Entstehung von demokratiefernen Einstellungen und Möglichkeiten sozialräumlicher Demokratieentwicklung. Opladen/Berlin/Toronto, S. 143–185
- Reinemann, Carsten/Nienierza, Angela/Fawzi, Nayla/Riesmeyer, Claudia/Neumann, Katharina (2019): Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen. Wiesbaden
- Richter, Elisabeth/Lehmann, Teresa/Sturzenhecker, Benedikt (2017): So machen Kitas Demokratiebildung. Empirische Erkenntnisse zur Umsetzung des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“. Weinheim/Basel
- Röing, Tim (2021): Ist ein bisschen Deradikalisierung besser als keine? Zur Ausstiegsarbeit mit Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus dschihadistischen Gruppen in Deutschland. Bonn International Center for Conversion. Bonn
- Rüttgers, Martin (2022): Kooperationen und Synergien zwischen Partnerschaften für Demokratie und den Koordinierungsstellen des Netzwerks Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Gutachten. Berlin

- Schmidt, Anja (2022): Politische Argumentations- und Urteilskompetenz bei Schülerinnen und Schülern. Wiesbaden
- Schneekloth, Ulrich/Albert, Mathias (2019): Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (Hrsg.): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim, S. 47–101
- Schneider, Lisa (2019): Zwangskontexte als Handlungsfeld für eine kritische politische Bildung. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie – Politik, Essen und Sexualität. In: Kriminologie – Das Online-Journal, H. 2, S. 180–194
- Schröder, Carl Philipp/Goede, Laura-Romina/Lehmann, Lena (2020a): Perspektiven von Studierenden. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“. Hannover
- Schröder, Carl Philipp/Goede, Laura-Romina/Lehmann, Lena (2020b): Perspektiven von Studierenden. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen Politik, Religion und Gemeinschaft im Rahmen des Projektes „Radikalisierung im digitalen Zeitalter (RadigZ)“. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Hannover
- Schroeder, Wolfgang/Greef, Samuel/Elsen, Jennifer Ten/Heller, Lukas/Inkinen, Saara (2022): Einfallstor für rechts? Zivilgesellschaft und Rechtspopulismus in Deutschland. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn
- Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian/Schwerthelm, Moritz (2021): Fünf Anmerkungen zu aktuellen »Angriffen von Rechts« auf die Offene Jugendarbeit. In: >blickwinkel, H. 2, S. 3–6
- Schutter, Sabina/Braun, Magdalena (2018): Herausforderungen von Kindertageseinrichtungen in einer vielfältigen Gesellschaft. Hochschule Rosenheim
- Selby, Anne/Walkenhorst, Dennis/Weyda, Kevin (2021): Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autarken und begleiteten Fällen der Distanzierung vom islamistischen Extremismus. Zwischenergebnisse des Projektes DISLEX 3D. Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH. Berlin
- Shamdin, Yasmine/EI-Auwad, Hanin (2023): Islamistische Stimmungsmache in den Sozialen Medien. Wie Islamist:innen internationale Konflikte instrumentalisieren. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/519310/islamistische-stimmungsmache-in-den-sozialen-medien/> (09.06.2023)
- Sischka, Kerstin (2019): Ist eine Deradikalisierung möglich? Eine sozialpsychologisch-psychoanalytische Perspektive auf Jugendliche und ihre Familien im Bann des dschihadistischen Terrorismus. In: Psychoanalytische Familientherapie (Nr. 39), 20. Jg., H. 2, S. 69–96
- Soßdorf, Anna (2016): Zwischen Like-Button und Parteibuch. Die Rolle des Internets in der Politischen Partizipation Jugendlicher. Wiesbaden
- Sponholz, Liriam (2020): Der Begriff „Hate Speech“ in der deutschsprachigen Forschung: eine empirische Begriffsanalyse. In: SWS-Rundschau, 60. Jg., H. 1, S. 43–65
- Sponick, Sören/Wagner, Kathrin (Hrsg.) (2020): Aspekte von Radikalisierungsprozessen. Fallgestützte Studien. Osnabrück
- Sponick, Sören/Wagner, Kathrin/Kiefer, Michael/Roth, Viktoria/Srowig, Fabian/Zick, Andreas (2020): „Religion als Faktor der Radikalisierung?“. Eine praxisorientierte Handreichung aus dem "Forschungsnetzwerk Radikalisierung und Prävention" (FNRP). Institut für Islamische Theologie. Osnabrück
- Srowig, Fabian/Roth, Viktoria/Pisoiu, Daniela/Seewald, Katharina/Zick, Andreas (2018): Radikalisierung von Individuen: Ein Überblick über mögliche Erklärungsansätze. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt (Main)
- Stärck, Alexander/Wach, Katharina/Zankl, Philipp (2019): Demokratie und Vielfalt in der Kindertagesbetreuung. Wissenschaftliche Begleitung des Teilbereichs im Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Deutsches Jugendinstitut e.V. München
- Statista (2023): Anzahl der Strafgefangenen im Jugendstrafvollzug in Deutschland nach Geschlecht von 2014 bis 2022 (geschlossener und offener Vollzug; Stichtag jeweils 31. März). <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1353225/umfrage/strafgefangene-im-jugendstrafvollzug-nach-geschlecht/> (09.06.2023)
- Stelly, Wolfgang/Lutz, Paulina/Thomas, Jürgen/Bartsch, Tillmann (2022): Muslim*innen im Jugendstrafvollzug – ein Forschungsbericht. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe, H. 2, S. 120–135
- Treskow, Laura/Baier, Dirk (2020): Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V./Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften. Hannover/Zürich
- Tultschinetski, Sina/Theis, Désirée/Rieth, Alisa (2022): Evaluation der politischen Bildung im Jugendstrafvollzug – Ansätze, Chancen, Herausforderungen. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt (Main)
- Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.) (2022): Hört uns zu! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Düsseldorf

- Vogt, Angelika/Coquelin, Mathieu/König, Hannes/Ekin-Atik, Saime (Hrsg.) (2021): Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg. Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2021. Demokratiezentrum Baden-Württemberg
- Wachs, Sebastian/Wright, Michelle F. (2021): Associations between Online Hate Victimization and Perpetration. The buffering effects of technical and assertive coping. In: MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung, 16. Jg., S. 109–128
- Weißeno, Georg/Weschenfelder, Eva/Landwehr, Barbara (2015): Motivation, Systemvertrauen und Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern im Politikunterricht. In: Weißeno, Georg/Schelle, Carla (Hrsg.): Empirische Forschung in gesellschaftswissenschaftlichen Fachdidaktiken. Ergebnisse und Perspektiven. Wiesbaden, S. 53–66
- Wenzler, Nils/Broden, Anne/Alla, Younes/Chehata, Yasmine/Sium, Nardos/Axel, Miriam (2019): Gesellschaftliche Bedrohung von Rechts: Analyse der Beratungsanfragen an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus. Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Düsseldorf
- Wetzels, Peter/Brettfeld, Katrin/Endtricht, Rebecca/Farren, Diego/Fischer, Jannik M.K. (2022): Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021. Deskriptive Grundaussagen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland 2021“. Forschungsbericht No. 4. Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg. Hamburg
- Wolter, Berit (2020): Demokratiebildung im Bereich Kita in den Bildungsprogrammen der Bundesländer. Rechercheergebnisse. Kompetenznetzwerk „Demokratiebildung im Kindesalter“. Berlin
- Yuzva Clement, David (2020): Offene Kinder- und Jugendarbeit im Kontext des Salafismus. Soziale Arbeit und Radikalisierungsprävention. Wiesbaden
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn
- Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2020): Jung, feindselig, rechts!? Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im intergenerativen Vergleich. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 23. Jg., H. 6, S. 1149–1178
- Ziemes, Johanna F./Hahn-Laudenberg, Katrin/Birindiba Batista, Igor/Abs, Hermann Josef (2017): 4.4 Institutionenbezogene Einstellungen. In: Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster/New York, S. 161–204

9 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 3.1: Anteilswerte zu politischem Desinteresse aus ausgewählten aktuellen Studien, in Prozent 15

Tab. D 1: Übersicht Studien 77

10 Anhang

Tab. D 1: Übersicht Studien

Autorinnen und Autoren	Studienname	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Abs u. a 2020	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Keine Primärerhebung, bezieht sich auf Daten der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Achour/Wagner 2019		Quantitativ	n=3.378 Schüler:innen (Jahrgangsstufen 9–10 und 11–13)	Deutschland (außer Bayern)	k. A.
Ahlrichs 2019		Qualitativ	n=14 Jugendbildungsreferent:innen von Jugendverbänden und Jugendringen	Stuttgart	2015–2016
Allroggen/Rau 2021		Quantitativ	n=2.503 (Bevölkerungsumfrage, Durchschnittsalter 49,52 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Antes/Gaedicke/Schiffers 2020	Jugendstudie Baden-Württemberg	Quantitativ	n=2.311 Jugendliche (12–18 Jahre)	Baden-Württemberg	2019
Apfel 2022		Qualitativ	n=5 Lehrkräfte (32–58 Jahre)	Hessen	k. A.
Baier/Manzoni/Bergmann 2016		Quantitativ	n=13.083 Jugendliche (9. Jahrgangsstufe)	Niedersachsen	2013
Becker 2020		Qualitativ	n=14 Expert:innen, Dokumentenanalyse	k. A.	k. A.
Behrendt u. a. 2017		Quantitativ	N=45 Stellen, die Sozialpädagogische Familienhilfe oder Formen der Ehe-, Familien- oder Lebensberatung leisten	Sachsen-Anhalt	2015
Bepanthen-Kinderförderung	Bepanthen-Vertrauensstudie 2022	Quantitativ	n=831 Kinder (6–11 Jahre) & n=751 Jugendliche (12–16 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2021
Beratungsnetzwerk Hessen 2022		Quantitativ	Monitoring aller Beratungs- und Bildungsprozesse: Beratungsfälle n=217, Bildung n=117	Hessen	2021
Bergmann u. a. 2019	Niedersachsensurvey 2017	Quantitativ	n=8.938 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 14,92 Jahre)	Niedersachsen	2017

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Besche u. a. 2021		Qualitativ	n=5 Vertreter:innen eines freien Projekts	Niedersachsen	k. A.
Bischoff u. a. 2020	Wissenschaftliche Begleitung der Landes-Demokratiezentren	Mixed-methods	Umfassende Programmevaluation; Quantitative Erhebung: n=14 Vertreter:innen aller LDZs und andere Programmakteur:innen, n=73 Beratungsbeteiligende der Opferberatung, n=8.315 Monitoring der Mobilien Beratung; Qualitative Erhebung (Interviews): n=18 Vertreter:innen aller LDZ, n=20 Vertreter:innen der Partnerschaften für Demokratie, n=9 Beratungsbeteiligende der Mobilien Beratung	Unterschiedlich	2015–2019
Bohn u. a. 2019	Wissenschaftliche Begleitung der Partnerschaften für Demokratie	Mixed-methods	Multidimensionales Evaluationsverfahren: variiert je nach Schwerpunkt	Deutschland (bundesweit)	2015–2019
Braun u. a. 2022	Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte im Handlungsfeld Demokratieförderung	Qualitativ	Kontextanalysen: (1) Kontext Hort, (2) Kontext Ganztagsgrundschule; Multiperspektivische Wirkungsanalysen: n=2 Modellprojekte (MP) im Bereich „Demokratieförderung durch Beteiligung in (früh-)pädagogischen Einrichtungen für Kinder und Familien“, n=2 MP im Bereich „Demokratieförderung im Hort“	Deutschland (bundesweit)	2021–2022
Calmbach u. a. 2020	SINUS-Jugendstudie	Qualitativ	n=72 Jugendliche (14–17 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2019
Yuzva Clement 2020		Qualitativ	N=15 Sozialarbeiter:innen	Deutschland (bundesweit)	2016–2017
Cobbinah/Danielzik 2022		Qualitativ	3 Fokusgruppen mit n=14 Teilnehmenden, 2 Gruppendiskussionen mit n=26 Teilnehmenden, Expert:inneninterviews mit n=7 Strafanwält:innen, Strafrichter:innen, Nebenklagevertreter:innen und Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Dokumentations- und Beratungsstellen, Interviews mit n=27 Vertreter:innen von Staatsanwaltschaft/ Generalstaatsanwaltschaft und Polizei/LKA (Partnerländer, Sachsen, Schleswig-Holstein), Interviews mit n=17 polizeilich und justizielle Opferschutzbeauftragte/Ansprechpersonen und Mitarbeiter:innen von Dokumentations- und Beratungsstellen (Partnerländer)	Hauptsächlich Bayern, Berlin, Brandenburg und Niedersachsen (Partnerländer)	k. A.
Das Progressive Zentrum 2023		Mixed-methods	n=1.008 Jugendliche (16–23 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2022
Decker u. a. 2022	Leipziger Autoritarismus-Studie 2022	Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=2.522 (ab 16 Jahren)	Deutschland (bundesweit)	2022

Autorinnen und Autoren	Studienname	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Deimel/Hahn-Laudenberg 2017a	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Deimel/Hahn-Laudenberg 2017b	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet 2018	DIVSI U25 Studie	Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=1.730 Jugendliche (14–24 Jahre, repräsentativ); Qualitative Erhebung: n=k. A. (zwei Altersgruppen: 14–17, 18–24 Jahre, Hamburg und Berlin)	Deutschland (bundesweit/ Hamburg und Berlin)	2018
Dietrich u. a. 2019		Qualitativ	Interviews mit Fachkräften und Jugendlichen n=k. A.	k. A.	k. A.
Dittmar 2022		Qualitativ	Interviews mit Berater:innen n=k. A., Fallprotokolle	Bundesweit	k. A.
Dörfer 2021		Qualitativ	n=4 Jugendliche	Hochschule Coburg	2018/2019
Döring u. a. 2020		Qualitativ	n=55 davon 10 Mitarbeiter:innen in lokalen Beratungsstellen, 21 Sozialarbeiter:innen, 10 Angestellte im städtischen bzw. kommunalen öffentlichen Dienst, 4 Lehrkräfte, 7 Polizeibeamt:innen und 3 Vertreter von Moscheegemeinden	NRW	2019
Eifert 2021		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=366 inhaftierte Zuwanderer (Vollerhebung); Qualitative Erhebung: n=72 inhaftierte Zuwanderer (Einzelfallanalyse)	JVA Wiesbaden, JVA Rockenberg	2016–2017
El-Wereny 2020		Qualitativ	Analyse der Internetpräsenz islamistischer Webseiten	k. A.	k. A.
Emser u. a. 2022a		Qualitativ	n=16 (19–52 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2019-2020
Emser u. a. 2022b	Trendanalysen	Qualitativ	k. A., Berater:innen unterschiedlicher Beratungsstellen	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Farrokhzad/Jagusch 2022		Quantitativ	n=805, vollständig ausgefüllt n=349 Fachkräfte aus unterschiedlichen Regelstrukturen und Behörden	Nordrhein-Westfalen	2021
Figlestahler u. a. 2019a		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=158 (Projektbereiche D und E) bzw. n=68 (Projektbereich E); Qualitative Erhebung: Leitfadengestützte, offene Interviews n=11, Gruppendiskussionen n=10, Teilnehmende Beobachtungen n=10	Deutschland (bundesweit)	2018

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Figlesthler u. a. 2019b		Mixed-methods	Online-gestützte Monitoring n=119, Leitfadengestützte Interviews n=37, Teilnehmende Beobachtungen n=15, offenen Interview mit Kooperationspartnern n=8, Dokumentenanalyse n=38	Deutschland (bundesweit)	2017
Figlesthler/Schau 2021		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=12 Angebote; Qualitative Erhebung: n=13 Angebote	Deutschland (bundesweit)	2020
Fischer 2019		Qualitativ	n=83 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe, Gymnasium) (Studie 1); n=34 Projektteilnehmer:innen (Berufsschullehrer:innen) (Studie 2)	Oldenburg (Studie 1); Sachsen (Studie 2)	k. A.
Frank/Scholz 2023		Qualitativ	Interviews mit jungen Betroffenen n=8, Interviews mit Angehörigen und Freund:innen n=4, Vergleichserhebungen n=2	k. A.	k. A.
Frindte 2021		Quantitativ	n=2.112 Jugendliche (14–19 Jahre)	Hamburg, Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schulpreisschulen (bundesweit)	2018/2019
Gardemann 2021		Quantitativ	Fragebogen n=62, Seminararbeiten eines literaturdidaktischen Master-of-Education-Seminars	k. A.	2020
Geschke u. a. 2019		Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=7.349 (18–95 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2019
Gille/Jagusch 2019		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=377 Fachkräfte; Qualitative Erhebung: n=24 Expert:innen; Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der AfD-Fraktion im Landtag von NRW (2017-2019)	Nordrhein-Westfalen	k. A.
Goede/Lopez Trillo 2020		Quantitativ	Sekundärauswertung JuPe Daten, n=6.715 Schüler:innen des 9. Jahrgangs	Bundesweit	2018
Goede/Schröder/Lehmann 2019	JuPe-Studie/ RadigZ-Studie	Quantitativ	n=6.715 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 14,7 Jahre)	11 Bundesländer (nicht: Schleswig-Holstein, Bayern, Sachsen, Saarland, Baden-Württemberg)	2018
Gökbudak/Hedtke/Hagedorn 2022	5. Ranking Politische Bildung	Quantitativ	Rechtliche Vorgabe in 16 Bundesländern	Deutschland (bundesweit)	2021
Goll 2020	PKjK-Teilstudie	Qualitativ	n=5 Kinder (5 Jahre)	Hessen	2020
Görtler 2022		Qualitativ	n=20 Fachkräfte (Einzel- und Gruppeninterviews)	k. A.	k. A.

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Große Prues 2022		Qualitativ	n=125 praktizierende Politiklehrkräfte allgemeinbildender Sekundarschulen	Überwiegend Niedersachsen, auch Hessen und Schleswig-Holstein	2016–2017
Haase 2021	Wissenschaftliche Begleitung Handlungsfeld Land	Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=15 Träger aus 13 Bundesländern mit 20 Beratungsstellen; Qualitative Erhebung: n=2-3 Mitarbeiter:innen aus 7 Beratungsstellen in 6 Bundesländern	k. A.	2020
Hahn-Laudenberg/Abs 2017	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Held/Hackl/Bröse 2017		Mixed-methods	n=176 Auszubildende, n=67 Betriebsrät:innen	Region im Süden Baden-Württembergs	k. A.
Hippe/Hedtke 2020		Quantitativ	Analyse von Lehrplänen (Curriculumanalyse)	Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen	2011, 2013, 2015–2019
Hoffmann u. a. 2017		Qualitativ	n=5 Expert:innen	k. A.	k. A.
Hohnstein/Greuel 2015		Qualitativ	n=22 Mitarbeitende der Angebote im Handlungsfeld Rechtsextremismus	k. A.	2012–2014
Hohnstein/Zschach 2023		Qualitativ	Analyse der digitalen Extremismuspräventionsangebote	k. A.	2021
Höke 2018		Qualitativ	n=13 Kinder	k. A.	2015
Hövermann 2022		Quantitativ	n=6234 Erwerbstätige (davon 5322 aus der Basisstichprobe von April 2020 und 912 aus der Aufstockungsstichprobe, ab 16 Jahren)	Deutschland (bundesweit)	2022
Ipsen u. a. 2017		Qualitativ	Analyse zweier Videos mit rechtsextremen Inhalten	k. A.	k. A.
Jakob/Jukschat/Herding 2023		Qualitativ	Narrative Interviews: n=25-30 Vertreter:innen aller (Teil-)Modellprojekte, n=13 Vertreter:innen von Haftanstalten/Bewährungshilfe, n=9 zuständige Referent:innen in Landesjustizministerien, n=6 Inhaftierten; Teilnehmende Beobachtungen: n=6 Fortbildungsmaßnahmen für Justizbedienstete, n=6 Gruppenarbeiten mit inhaftierten Menschen, n=4 Teamsitzungen in Modellprojekten	Deutschland (bundesweit)	2018–2022

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Jasper/Ziemes/Abs 2017	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Jellonek/Reinesch		Qualitativ	Analyse medialer Inhalte, Strategien und Kanäle der Neuen Rechten	k. A.	k. A.
Karahan 2016		Qualitativ	n=5 Vertreter:innen muslimischer Gemeinschaften auf der Bundes- oder Landesebene	Nordrhein-Westfalen, Hessen, Süddeutschland	2015
Karliczek u. a. 2023		Mixed-methods	n=6 Beratende der Beratungsstellen (Interviews mit jeweils drei Personen), n=12 externe Akteuren, n=2 Beratungsnehmenden, n=2 Fokusgruppen mit Beratenden (pro Beratungsstelle)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Kessler 2018		Qualitativ	n=9 Jugendarbeiter:innen	Thüringen, Niedersachsen	2014–2015
Kessler 2021		Qualitativ	n= 23 Politiklehrer:innen	Deutschland (bundesweit)	2012–2013
Kiess u. a. 2022		Quantitativ	Keine Primärerhebung, bezieht sich auf Paus/Börsch-Supan 2020: n=2.064 Jugendliche (14–24 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2020
Klevesath u. a. 2021		Qualitativ	13 Fokus-Interviews mit insgesamt 20 Personen (Einzel- und Doppelinterviews) (18–35 Jahre, Durchschnittsalter 23,6 Jahre)	Niedersachsen	k. A.
Kliem u. a. 2018		Quantitativ	n=4.107 Jugendliche (9. Jahrgangsstufe)	Niedersachsen	2017
Knopke/Krüger/Siri 2017		Qualitativ	n=60 Masterstudierende	Deutschland (bundesweit)	2017
Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX) 2021		Qualitativ	Expert:innen der digitalen Bildungsarbeit, n=k. A.	k. A.	k. A.
Krieg u. a. 2020	Niedersachsensurvey 2019	Quantitativ	n=12.444 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 15,05 Jahre)	Niedersachsen	2019
Krüger/Gille/Wéber 2022		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=252 Fachkräfte; Qualitative Erhebung: n=21 Fachkräfte; Dokumentenanalyse der parlamentarischen Aktivitäten der AfD-Fraktion im Landtag von MV (2017–2020): n=90 Dokumente	Mecklenburg-Vorpommern	2020–2021
Küpper 2018		Quantitativ	Sekundärauswertung FES- und ADS-Studie	Bundesweit	2016
Kurtenbach u. a. 2020		Quantitativ	n=162 (10–25 Jahre, Mehrheit (79%) 14–20 Jahre)	Nordrhein-Westfalen	2018

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Lamberty/Rees 2021	Mitte-Studie 2020/21	Quantitativ	Teil der Mitte-Studie 2020/21: Bevölkerungsumfrage n=1.810 (Durchschnittsalter 53 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2020/2021
Landesamt für Medien NRW 2020	Forsa Befragung 2020	Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=1.010 (ab 14 Jahren)	Deutschland (bundesweit)	2020
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2021	Demokratie-Bericht NRW	Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=1.000	Nordrhein-Westfalen	2020
Langner 2020		Mixed-methods	Keine Primärerhebung, bezieht sich auf Datenmaterial, das im Rahmen der wB des Programmbereichs „Radikalisierungsprävention“ vom DJI erhoben wurde	k. A.	2015–2019
Lehmann/Goede/Schröder 2020		Quantitativ	Sekundärauswertung der JuPe-Befragung, n=6.863 Schüler:innen des neunten Jahrgangs	Bundesweit	2018
Lehmann 2020		Qualitativ	1 Kindertageseinrichtung als ethnografisches Forschungsfeld: n=15 Beobachtungsprotokolle	Norddeutschland	2015
Lemme/Neuhof 2015		Qualitativ	n=123 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe)	Bremen	2012–2013
Mairhofer u. a. 2022		Quantitativ	n=1.350 Einrichtungen der OKJA	Deutschland (bundesweit)	2018
Manzel/Hahn-Laudenberg/Zischke 2017	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016
Materna/Lauber/Brüggen 2021		Qualitativ	n=45 Jugendliche (Durchschnittsalter 18 Jahre)	k. A.	k. A.
Mayer 2022		Qualitativ	n=6 Beratungsexpert:innen	k. A.	k. A.
Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2021	JIM-Studie 2021	Quantitativ	n=1.200 Jugendliche (12–19 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2021
Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2022	JIMPlus-Studie 2022	Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=1.060 Jugendliche (12–19 Jahre); Qualitative Erhebung n=36 Jugendliche (14–19 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2022
Meysen u. a. 2022		Qualitativ	n=38 Fachkräften	Deutschland (bundesweit)	2019

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Möller/Lemp/Maier 2022		Qualitativ	Analyse von 50 Falldokumentationen	Rheinland-Pfalz	2018–2021
Möller u. a. 2015		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=145 Dokumentenauswertung Fälle; Qualitative Erhebung: n=10, davon n=8 Klienten und n=2 Elternpaaren von (ehemaligen) Ratsuchenden	Nordrhein-Westfalen	k. A.
Neitzert u. a. 2021		Qualitativ	25 Interviews, davon: n=9 Integrationsbeauftragte, n=3 Präventionsbeauftragte, n=3 Islamwissenschaftler:innen des (ZIK) der Justizakademie NRW, n=9 Mitarbeitende der Bewährungshilfe, außerdem: Mitarbeitende der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Ausstiegsprogramme in NRW sowie von Trägern sonstiger zivilgesellschaftlicher Angebote in den JVAen und der muslimischen Religionsbetreuung.	Nordrhein-Westfalen	2021
Nentwig-Gesemann/Walther/Thedinga 2017		Qualitativ	n=79 Kinder (4–6 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2016
Oberle u. a. 2018		Qualitativ	n=125 praktizierende Politiklehrkräfte allgemeinbildender Sekundarschulen	Überwiegend Niedersachsen, auch Hessen und Schleswig-Holstein	2016–2017
Obermaier 2022		Quantitativ	n=1.180 Jugendliche (16–25 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Obermaier/Schmuck 2022		Quantitativ	n=1.180 Jugendliche (16–25 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Palloks/Steil 2015		Qualitativ	Befragung: n=12 Projektteilnehmer:innen in Justizvollzugsanstalten; Reflexionsgespräche mit Anstaltspsycholog:innen, Sozialarbeitenden oder Anstaltsleitung: n=2 Justizvollzugsanstalten (Brandenburg, Sachsen-Anhalt); Rückmeldungen von Fachkräften aus der Jugendhilfe (Brandenburg), Personen aus dem Begleitausschuss eines Lokalen Aktionsplans (Sachsen) und der Koordinationsstelle ; Interviews: n=5 Kolleg:innen des Projektteams	Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt	2014
Paus/Börsch-Supan 2020		Quantitativ	n=2.064 Jugendliche (14–24 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2020
Pearson/Winterbotham 2018		Qualitativ	n=20 Expert:innen, n=157 teilnehmende Expert:innen und nicht-Expert:innen, Familienangehörigen von 5 radikalisierten Jugendlichen	Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Niederlande	k. A.
Peyerl/Zürchner/Dotzert 2021		Qualitativ	Sample hat exemplarischen Charakter (kein Anspruch auf Vollständigkeit/Repräsentativität): n=22 Projekte in Einzeleinrichtungen, davon:	Je nach Verfügbarkeit: Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,	k. A.

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
			n=18 Horte und n=4 Ganztagsgrundschulen, n=19 Programme/Verbundprojekte/Initiativen, davon: n=12 Schulen (nicht ausschließlich Ganztagsgrundschulen)	Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz (je 1 Bsp.); Bayern (2 Bsp.); Sachsen, mehrere Bundesländer/bundesweit (3 Bsp.); Berlin, Hessen (4 Bsp.), Sachsen-Anhalt (8 Bsp.), Brandenburg (11 Bsp.)	
Pfirter 2022		Qualitativ	Interviews: n=16 zivilgesellschaftliche Organisationen Bayerns, die sich mit Thema „Digitale Gewalt) beschäftigen (bzw. eine Ausnahme mit HaitAid als bundesweit agierende Organisation), n=7 staatliche Einrichtungen im Bereich Prävention und Bildung, Strafermittlung und -vollstreckung	Hauptsächlich Bayern	k. A.
Quent u. a. 2017		Quantitativ	n=44 Personen (15–60 Jahre, Durchschnittsalter 33 Jahre)	Thüringen	k. A.
Rafael/Dinar/Heyken 2017		Qualitativ	n= ca. 50 Konversationen mit Jugendlichen (13–24) die sich in Hinwendungsprozessen zu rechtsextremistischen Weltbildern im öffentlichen Raum befanden	Online	2015–2016
Rathke 2022		Qualitativ	1 Fokusgruppendifkussion mit 5 Schüler:innen aus Sekundarschulen in Marzahn-Hellersdorf (14–18 Jahre)	Berlin-Marzahn	2020
Reinemann u. a. 2019		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=1.061 Jugendliche (Durchschnittsalter 17 Jahre), Qualitative Erhebung: Leitfadendifkerviews mit Jugendlichen (14-19 Jahre), Kontrollierte Rezeptions- und Wirkungsstudie: n=249 (50% 13–14 Jahre, 50% 14–17 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2016
Richter/Lehmann/Sturzenhecker 2017		Qualitativ	6 KITAS, 8 Experteninterviews, 20 Gruppengespräche, 19 TB	Deutschland (bundesweit)	2011–2016
Röing 2021		Qualitativ	n=14 Fachpersonen in Beratungsstellen	4 Bundesländer in Deutschland	k. A.
Rüttgers 2022		Mixed-methods	n=135 mitwirkende Partnerschaften für Demokratie bei 1. Online-Umfrage, n=117 Koordinierungsstellen des Courage-Netzwerks bei 2. Online-Umfrage, n= 6 Experteninterviews	Deutschland (bundesweit)	2021
Schmidt 2022		Quantitativ	n=401 Schüler:innen (11./12. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 16,67 Jahre)	Baden-Württemberg	2014–2015

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Schneekloth/Albert 2019	Shell Jugendstudie	Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=2.572 Jugendliche (12–25 Jahre), Qualitative Erhebung: n=20	Deutschland (bundesweit)	2019
Schneider 2019		Qualitativ	Expert:innendiskussionen, Teilnehmer:innendiskussionen, Workshopgespräche, teilnehmende Beobachtungen, Akten- und Dokumentenanalysen, Analysen der Workshopmaterialien, n=k. A.	k. A.	k. A.
Schröder/Goede/Lehmann 2020	StuPe-Studie/ RadigZ-Studie	Quantitativ	n=4.835 Studierende (Durchschnittsalter 24,2 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2018/2019
Schroeder u. a. 2022		Mixed-methods	n=192 verbändliche Organisationen auf der Bund- oder Landesebene	Deutschland (bundesweit)	2021
Schuhmacher u. a. 2021		Mixed-methods	n=262 (191 Einrichtungen durch Fragebogen und 71 eigene Recherche) in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft oder freie Träger	Deutschland (bundesweit)	2020
Schutter/Braun 2018		Mixed-methods	Quantitative Erhebung n=94, Qualitative Erhebung n=10	Sachsen und Thüringen	2017
Selby u. a. 2021		Qualitativ	n=13 bzw. 8 begleitete und 5 autarke Fälle	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Shamdin/El-Auwad 2023		Qualitativ	Analyse von YouTube- und Instagram-Inhalten	Online	k. A.
Soßdorf 2016		Mixed-methods	10 Gruppendiskussionen mit Schüler:innen aus jeweils einer Klassen (ca. 16 Jahre), schriftliche Befragung n=631 Schüler:innen (14–19 Jahre)	Nordrhein-Westfalen	2014
Sponick/Wagner 2020		Mixed-methods	Multidisziplinäre Untersuchung (quantitativ & qualitativ) von Chatprotokollen jugendlicher Attentäter, 25 qualitative Interviews mit Expert:innen aus der deutschen Präventionslandschaft, Fokusgruppen mit 2 muslimischen Jugendgruppen (18–32 Jahre), 2 vertiefende Einzelinterviews mit Mitgliedern der Diskussionsgruppen, Gerichtsaktenanalysen von 33 Straftäter:innen (15–35 Jahre)	k. A.	k. A.
Stärck/Wach/Zankl 2019		Qualitativ	n=35 Expert:innen (Interviews), n=19 Erwachsenen (Telefoninterviews)	Deutschland (bundesweit)	2019
Stelly u. a. 2022		Mixed-methods	Quantitative Erhebung: n=828 Jugendstrafgefangene (Durchschnittsalter 20,1 Jahr); Qualitative Erhebung (Interviews): n=8 Anstaltsleiter:innen, n=7 islamische Betreuer:innen, n=9 Sicherheitsbeauftragte, Integrationsbeauftragte, christliche Seelsorger:innen und Mitarbeitende des Sozialdienstes, n=35 gläubige und praktizierende Muslim:innen	Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen	2018–2021

Autorinnen und Autoren	Studiename	Quantitativ/ Qualitativ	Sample	Erhebungsregion	Erhebungsjahr
Treskow/Baier 2020		Mixed-methods	Auswertung polizeilich registrierter Straftaten; Interviews n=6 Expert:innen im Bereich Verfassungsschutz, Prävention und Wissenschaft; Sekundärauswertung von Jugendbefragungen	Niedersachsen	Unterschiedlich
Tultschinetski/Theis/Rieth 2022		Qualitativ	Wissenschafts-Praxis-Dialog: n=5 Workshops mit Projektmitarbeiter:innen; Projekttagebücher (Protokolle, Transkripte, Arbeitsergebnisse); Interviews: n=5 Expert:innen für Evaluation mit Erfahrung im Haftkontext, für den Jugendstrafvollzug/den Haftkontext im Allgemeinen oder wissenschaftliche Expert:innen für (politische) Bildungsarbeit in Haft	JVA Herford, JVA Bielefeld, JVA Hameln, JVA Adelsheim, JVA Stuttgart	2021
Vodafone Stiftung Deutschland 2022	Vodafone Jugendstudie	Quantitativ	n=2.124 Jugendliche (14–24 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2021
Wachs/Wright 2021		Quantitativ	n=1.480 Schüler:innen (12–17 Jahre)	Bremen, Berlin, Brandenburg	k. A.
Weißeno/Weschenfelder/Landwehr 2015		Quantitativ	n=669 Schüler:innen (9. Jahrgangsstufe)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Wenzler u. a. 2019		Qualitativ	Dokumentierte Beratungsanfragen an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus in NRW n=970	Nordrhein-Westfalen	2012–2018
Wetzels u. a. 2022	Motra-Studie	Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=4.483 (18-99 Jahre, Durchschnittsalter 50,9 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2021
Wolter 2021		Mixed-methods	Bildungspläne aller Bundesländer	Deutschland (bundesweit)	2020
Zick/Berghan/Mokros 2020		Quantitativ	Keine Primärerhebung, bezieht sich auf (1) Querschnittsdaten der Mitte-Studie 2018/19: Bevölkerungsumfrage n=2.005 bzw. 1890 (Durchschnittsalter 51,4 Jahre), und (2) für den Zeitverlauf Daten der Mitte-Studien 2014 & 2016: Bevölkerungsumfragen n=k. A. (ab 16 Jahren)	Deutschland (bundesweit)	k. A.
Zick/Küpper 2021	Mitte-Studie 2020/21	Quantitativ	Bevölkerungsumfrage n=1.810 (Durchschnittsalter 53 Jahre)	Deutschland (bundesweit)	2020/2021
Ziemes u. a. 2017	International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016	Quantitativ	Teil des ICCS: n=1.451 Schüler:innen (8. Jahrgangsstufe, Durchschnittsalter 13,5 Jahre)	Nordrhein-Westfalen und international (24 Länder)	2016

Quelle: Eigene Darstellung